



IRS Institut für
Regionalentwicklung
und Strukturplanung

Weitere Beiträge

■ Internationale Kooperationen	27
■ Konferenzen und Tagungen	29
■ Workshops	30
■ Neues aus den Wissenschaftlichen Sammlungen	33
■ Kurz notiert	34
■ Aus den raumwissenschaftlichen Partnerinstituten	36
■ Neu im IRS	38
■ Zu Gast im IRS	39
■ Lehrveranstaltungen	39
■ Berufungen – Vorträge	40
■ Veröffentlichungen	42
■ Nachlese	44

Zehn Jahre Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg

Leitbilder, Masterpläne und Visionen

Heiderose Kilper

Ein Unikat der Raumplanung

Kooperation über Landesgrenzen hinweg hat in der deutschen Raumplanung Tradition. 1955 ist die Gemeinsame Landesplanung Hamburg-Schleswig-Holstein eingerichtet worden, 1957 die Gemeinsame Landesplanung Hamburg-Niedersachsen. 1963 folgte die Gemeinsame Landesplanung Bremen-Niedersachsen. Alle drei hatten ihre historischen Vorläufer, im hamburgisch-preußischen Landesplanungsausschuss von 1928 und im bremisch-preußischen Staatsvertrag von 1931. Die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg, der wir aus Anlass ihres zehnjährigen Bestehens diese Ausgabe von IRS aktuell widmen, reiht sich ein in die Tradition der grenzüberschreitenden Stadt-Umland-Planung. Nicht ganz: Denn die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg fügt sich in diese Tradition nicht umstandslos ein. Sie ist in vielerlei Hinsicht einzigartig. Anders als in den beiden norddeutschen Stadtstaaten-Regionen ging und geht es hier nicht "nur"

um die grenzüberschreitende Stadt-Umland-Planung.

Erstmals in der Geschichte der deutschen Raumplanung haben sich ein Stadtstaat und ein Bundesland zusammengetan, um die Gesamtheit beider Territorien als *einen* Planungsraum zu behandeln. Die Gemeinsame Landesplanung (GL) kann für sich reklamieren, nicht nur eine der ersten, sondern – zumal nach der gescheiterten Volksabstimmung zur Länderfusion vom 6. Mai 1996 – auch eine der bedeutendsten Institutionen zu sein, in der die Idee eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg weiterlebt und sich in konkreten Planungen und Programmen manifestiert. Zweifellos ist in diesem Zusammenhang die Planung des Großflughafens Berlin-Brandenburg International in Berlin-Schönefeld eines der politisch wichtigsten gemeinsamen Projekte. Michael Arndt liefert in seinem Beitrag dazu Argumente aus spieltheoretischer Sicht.

Aber nicht nur aufgrund ihres Planungsraums ist die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg einzigartig. Sie ist es auch deshalb, weil

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Sie halten ein Heft voller Ausnahmen in Händen: Diese Ausgabe von IRS aktuell erscheint außerhalb des regulären quartalsmäßigen Erscheinungsturnus und als eine Doppelnummer. Wir nehmen das zehnjährige Bestehen der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg (GL), die bereits eingeleitete raumbezogene Neuorientierung bei der Logik der Förderung und die derzeitigen Prozesse der Leitbildentwicklung für die Hauptstadtregion zum Anlass, um zurück zu schauen, um auf der Grundlage eigener Forschungen Vergleiche zu ziehen, aber auch um nach vorne zu blicken. Für all das haben wir ausnahmsweise auch einige Gastbeiträge aufgenommen – an prominenter Stelle vor allem eine gemeinsame Positionierung der sachlich zuständigen Ressortchefs, Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (Berlin) und Minister Frank Szymanski (Brandenburg). Insgesamt konnte so eine Fülle an interessanten Innen- und Außenansichten auf die Zusammenarbeit zweier Bundesländer versammelt werden.

Der zweite Teil des Heftes ist aufgrund des späteren Erscheinungstermins zwar ebenfalls etwas umfangreicher geraten. Er enthält aber wie üblich kurze Informationen über die laufenden Aktivitäten des Instituts: Berichte aus Projekten, von Konferenzen und Workshops, Mitteilungen zu den neuesten Veröffentlichungen und zu den jüngsten Vorträgen unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Angaben über die Lehrveranstaltungen, die von Angehörigen des Instituts im gerade begonnenen Sommersemester an den Berlin-Brandenburger Universitäten angeboten werden.

Ich wünsche Ihnen eine anregende und kurzweilige Lektüre.

Gregor Prinzensing

P.S.: Die nächste Ausgabe von IRS aktuell (Nr. 53) wird regulär zum 1. Oktober 2006 erscheinen.

sie seit ihrer Gründung mit Herausforderungen konfrontiert ist, die von anderer Qualität sind und weit über das hinausgehen, was wir vor der deutschen Einigung als Probleme von Suburbanisierung in großen Agglomerationsräumen kennen gelernt haben: die Bewältigung der räumlichen Folgen der ökonomischen und politischen Systemtransformation in Ostdeutschland nach der deutschen Einigung. Exemplarisch dafür steht das Land Berlin. Nach fünfzig Jahren der Spaltung und der politischen Konfrontation waren West- und Ost-Berlin zu einer Hauptstadtregion mit einem einheitlichen politisch-administrativen System und mit einer einheitlichen Infrastrukturausstattung zusammenzuführen.

Die nachfolgenden Beiträge mit Befunden aus unserer Forschung belegen einige der Aufgaben für Raumplanung und Raumentwicklung, die in der Zukunft noch zu bearbeiten sind. Daran zeigt sich, dass die raumplanerischen Aufgaben in Berlin-Brandenburg mit denen in anderen deutschen Metropolregionen nur bedingt vergleichbar sind.

Hohe regionale Disparitäten als Folge von Deindustrialisierung und Abwanderung

Die ländlich-peripheren Räume in Brandenburg leiden rund 15 Jahre nach der deutschen Einigung unter starken Bevölkerungsverlusten, während sich ein räumlicher Konzentrationsprozess der Bevölkerung im Großraum Berlin abzeichnet. Hans Joachim Kujath nennt die Bevölkerungsveränderungen in Berlin-Brandenburg im Vergleich zu westdeutschen Regionen "dramatisch". Er spricht von der "demographischen Abwärtsspirale", die wiederum zu Überkapazitäten bei den Infrastrukturen und am Wohnungsmarkt sowie zur Ausdünnung der Siedlungsstruktur in Brandenburg führt.

Europäische Metropolregion in einer erweiterten Europäischen Union

Seit 1995 ist die Region Berlin-Brandenburg in der deutschen Raumordnung als Europäische Metropolregion

ausgewiesen. Diese Entscheidung der Ministerkonferenz für Raumordnung muss eher als Auftrag und Verpflichtung denn als Bestätigung eines Status quo verstanden werden. Mit der Ost-Erweiterung der Europäischen Union hat dieser Status für Berlin-Brandenburg eine neue Qualität bekommen. Die Region ist aus der geographischen Randlage der Europäischen Union deutlich in deren Zentrum gerückt. Sie als "Scharnier" zwischen den west- und osteuropäischen Metropolräumen zu positionieren – darin liegt für die Zukunft der Hauptstadtregion eine vitale Entwicklungsoption. Darauf verweisen die Beiträge von Sabine Zillmer und Ulf Matthiesen. Allerdings lässt sich derzeit noch keine osteuropäische Integrationszone unter Einschluss von Berlin-Brandenburg identifizieren.

Wandel von der Industriemetropole zum Standort der Wissensökonomie

Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum in den großen städtischen Agglomerationen werden künftig davon abhängen, wie es gelingt, diese als Standorte der neu entstehenden Wissensökonomie zu qualifizieren. Hans Joachim Kujath zeigt in seinem Beitrag, dass Berlin-Brandenburg mit seiner Vielzahl an hochqualifizierten Wissensarbeitern Wachstumspotenziale in verschiedenen Feldern der Wissensökonomie bietet. In den größeren Städten Brandenburgs entstehen Cluster neuer wissensintensiver Industrien und Dienstleister. Er nennt auch Anforderungen, die erfüllt sein müssen, sollen diese für neue Nutzungsansprüche attraktiv sein. Ganz ähnlich konstatiert Ulf Matthiesen, dass es im "Berliner Umland als Kraftraum" (noch) zu wenig "sticky knowledge places" gibt, an denen sich heterogene Wissenskulturen produktiv überlagern und so gegenseitig stimulieren können.

Neuausrichtung der regionalen Förderpolitik und Revision des bisherigen Leitbildes

Mit dem Leitbild der "Dezentralen Konzentration" sollte eine Raumentwicklung unterstützt werden, die sich

an gesamträumlichen Ausgleichszielen orientierte. Vorgesehen war nicht nur die Verteilung von Wachstumsüberschüssen aus dem Metropolraum Berlin in die Peripherie, sondern auch die gezielte Förderung von Regionalen Entwicklungszentren in einiger Distanz zum Metropolraum. Von diesen Regionalen Entwicklungszentren wiederum sollten Ausstrahlungseffekte der Städte für ihr Umland ausgehen. Heute wissen wir, dass die erfolgreiche Umsetzung dieses Leitbildes an Bedingungen geknüpft war, die sich so in Berlin-Brandenburg nicht erfüllt haben. Hans-Joachim Bürkner reflektiert dies in seinem Beitrag. Manfred Kühn bilanziert kritisch die bisherige formelle Regionalplanung in Brandenburg und verweist auf interessante Beispiele projektorientierter Planung. Gerhard Mahnken setzt sich mit dem Prozess zur Generierung eines neuen Leitbildes auseinander, der aktuell von der Gemeinsamen Landesplanung organisiert und moderiert wird. Der Beitrag von Suntje Schmidt belegt durch einen Vergleich mit südeuropäischen Metropolregionen die Bedeutung des Leitbildprozesses.

Berlin-Brandenburg als Referenzraum

Für das IRS ist der Raum Berlin-Brandenburg ein bevorzugter Untersuchungsraum. Jede der vier Forschungsabteilungen arbeitet an Projekten, in denen auch Entwicklungen der Hauptstadtregion und der Städte und Regionen Brandenburgs untersucht werden. Der Beitrag von Ludger Gailing, der sich mit den Regionalparks in Berlin und Brandenburg als Versuch einer innovativen Kulturlandschaftspolitik auseinandersetzt, steht hier stellvertretend für die *empirische Forschung in den Leitprojekten* des Instituts. Ein Großteil der *Dissertationen*, an denen derzeit im Institut gearbeitet wird, befasst sich in ihrem empirischen Teil ebenfalls mit Referenzregionen im Raum Berlin-Brandenburg. Dies gilt zumal auch für den Bereich der *Politikberatung*. Jüngstes Beispiel dafür ist das Projekt "Starke Städte – Masterplan Stadtumbau",

über das Petra Jähne und Thomas Knorr-Siedow berichten.

Dies gilt ebenso für unsere *Wissenschaftlichen Sammlungen*. Die Bestände an Bild- und Schriftquellen zur Planungsgeschichte der DDR, die am IRS aufbewahrt, gepflegt und der wissenschaftlichen Forschung zugänglich gemacht werden, sind als Brandenburgisches Kulturgut registriert. Und dies gilt natürlich für unsere *Mitwirkung an der akademischen Lehre*. In den vergangenen drei Jahren (2003-2005) haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IRS über fünfzig Lehrveranstaltungen an den Universitäten in Cottbus und Potsdam, aber auch an allen drei Universitäten in Berlin durchgeführt. Im selben Zeitraum sind über achtzig Studentinnen und Studenten, die überwiegend an den Universitäten in Berlin und Brandenburg studieren, bei uns als Praktikanten betreut worden. Beides zeigt, wie sehr und wie selbstverständlich die Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg im IRS bereits Realität ist.

Ein Wort in eigener Sache, den Standort des Instituts in Erkner betreffend. Ulf Matthiesen weist in seinem Beitrag darauf hin, dass gerade die Brandenburger Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen in besonders massiver Weise nach dem Prinzip der "Dezentralen Konzentration" lokalisiert wurden. Dies trifft auch für das IRS zu. Zur Institutseröffnung im April 1996 hat das Institut ein "IRS aktuell spezial" veröffentlicht. In einem der Beiträge wird Erkner als ein widersprüchlicher Standort bezeichnet, mit seinen stillgelegten Teer- und Bakelite-Produktionsstätten, aber auch mit seinem landschaftlichen Reichtum an Seen, Flüssen und großen Waldgebieten. Optimistisch-zuversichtlich wird formuliert, dass der Forschungsstandort Erkner für das IRS problemnahe Arbeitsbedingungen biete, weil damit vor Ort die stadregionale Freiraumplanung im suburbanen Raum Berlins verfolgt und mitgestaltet werden könnte. Um es euphemistisch zu formulieren: Diese Bedingungen bieten sich heute, zehn Jahre spä-

ter, in unveränderter Form. Umso mehr freuen wir uns deshalb über die Bereitschaft der Stadt Erkner, nunmehr gemeinsam mit dem Institut den Prozess der Standortentwicklung im räumlichen Umfeld des IRS beherzt anzugehen. Und umso mehr freuen wir uns auch über die Unterstützung, die die Landesregierung Brandenburg dafür sowohl im Kuratorium wie im Verein des Instituts signalisiert hat.

Zum Schluss bleibt mir die angenehme Aufgabe, den Gast-Autoren für ihre Beiträge zu danken. Wilhelm Schulte, Leiter des Amtes für Landesplanung der Freien und Hansestadt Hamburg, schildert die seit geraumer Zeit erfolgende Implementierung von *regional governance* in der Metropolregion Hamburg. Gerald Zahn, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Regionaler Entwicklungszentren (ARGE REZ), stellt Herausforderungen des derzeit stattfindenden Leitbildprozesses aus der Sicht des Städtekranzes Berlin-Brandenburg vor.

Mein herzlicher Dank geht an Frau Senatorin Junge-Reyer und Herrn Minister Szymanski, die mit ihrem gemeinsamen Beitrag dem IRS eine besondere Reverenz erwiesen haben. Im Namen des Instituts gratuliere ich der "Jubilarin" Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg zum zehnjährigen Bestehen. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit in den nächsten zehn Jahren.



Heiderose Kilper
Direktorin des Leibniz-Institutes
für Regionalentwicklung und
Strukturplanung

Ingeborg Junge-Reyer

Frank Szymanski

Unser Weg zur Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg

Zu Beginn des Jahres 1996 gegründet, arbeitet die gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg seit nunmehr zehn Jahren in Potsdam.

Die gemeinsame Landesplanung ist zugleich Teil der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wie des Brandenburger Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung. Sie wurde Mitte der 90er Jahre zeitgleich zur damals erstmalig angestrebten Fusion beider Länder gebildet. Daher verdankt sie ihre Entstehung auch den damaligen Bemühungen beider Landesregierungen, über gegenseitige Abstimmungen hinaus

auch zu gemeinsamen Projekten zu kommen. Die Einrichtung einer Zweiländerbehörde war ursprünglich nur auf eine Übergangsperiode bis zur Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes hin angelegt und ist auf dem Gebiet der Landesplanung einmalig in Deutschland geblieben. Die gemeinsame Landesplanung hat sich als ein zuverlässiges und zukunftsfähiges Instrument der Abstimmung der gemeinsamen Ziele der Landesentwicklung zwischen Berlin und Brandenburg bewährt.

Unbeschadet unterschiedlicher Interessen in Einzelfragen ist es der Landesplanung gelungen, die räumliche Gesamtentwicklung planmäßig und einvernehmlich zu betreiben, und das anerkanntermaßen mit beachtlichem Erfolg. Die Gemeinsame Landesplanung hat im vergangenen Jahrzehnt ein Landesentwicklungsprogramm und die Landesentwicklungspläne für den engeren Verflechtungsraum, für den Gesamttraum und für die Flughafenstandortentwicklung vorgelegt. Darüber hinaus hat die Landesplanungsabteilung für große Einzelprojekte wie z.B. gewerbliche Ansiedlungen und Infrastrukturprojekte Raumordnungsverfahren

durchgeführt. Als besonderer Konfliktbereich erweist sich bis heute die Steuerung des großflächigen Einzelhandels. Zur Überprüfung der Steuerungsinstrumente und zur Vorbereitung entwicklungspolitischer Entscheidungen wird die räumliche Entwicklung im Rahmen der Raumbewertung mit Hilfe eines leistungsfähigen Planungsinformationssystems analysiert. Im

Gastbeitrag



*Ingeborg Junge-Reyer
Senatorin für
Stadtentwicklung*



*Frank Szymanski
Minister für Infrastruktur und
Raumordnung*

Ergebnis wurden zwei gemeinsame Raumordnungsberichte und eine Reihe anderer Veröffentlichungen vorgelegt.

Die Landesplanungskonferenz, die zweimal jährlich unter dem Vorsitz der beiden Regierungschefs tagt, hat sich als effektives Gremium zur Abstimmung der Berlin-Brandenburger Landespolitiken bewährt. Im Juni 2005 haben sich der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, und der Brandenburger Ministerpräsident, Matthias Platzeck, darauf verständigt, die Planungen beider Länder zu überarbeiten. Das Ziel besteht nunmehr darin, die Gemeinsame Landesplanung von einem Instrument des Interessenausgleichs umzugestalten zu einer Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und für Infrastrukturentwicklung für den gemeinsamen Raum. Dazu wird das Leitbild der Dezentralen Konzentration abgelöst. Zunächst wollen die beiden Länder im Diskurs mit allen relevanten Akteuren und Institutionen ein neues gemeinsames Leitbild für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg entwickeln. Nach einem ersten Auftaktworkshop im Dezember 2005 wurden von der Gemeinsamen Landesplanung inzwischen zwei Fachkonfe-

renzen zum neuen Leitbild durchgeführt.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen europäischer Metropolregionen wurde Anfang März mit internationaler Beteiligung über das Thema "Berlin-Brandenburg in Europa" diskutiert. Mit dem Thema "Wissen, Wirtschaft und Infrastruktur" wurde diese Diskussion am 31. März 2006 in Potsdam fortgesetzt. Im April 2006 wurden zudem eine Reihe von Foren mit den politisch Verantwortlichen aller Brandenburger Regionen durchgeführt. Diese Veranstaltungen wurden gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden Brandenburgs vorbereitet und auch Berliner Vertreterinnen und Vertreter hinzugeladen. Als gemeinsame europäische Metropolregion und deutsche Hauptstadtregion wollen Berlin und Brandenburg sich gegenseitig in ihren

sehr unterschiedlichen Talenten ergänzen, auf ihren jeweiligen Stärken aufbauen und sich so erfolgreich den Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs der Metropolregionen stellen. Diese Zukunftsstrategie ist gerichtet auf Innovation und mehr zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Gleichzeitig wird die Gemeinsame Landesplanung ein neues Landesentwicklungsprogramm und einen integrierten Gesamtplan aufstellen, der die bisherigen Landesentwicklungspläne ablösen wird. Das System der landesplanerischen Instrumente wird vereinfacht, bisherige Mehrfachregelungen gleichen Inhalts in verschiedenen Plänen abgeschafft und die Planungsinhalte auf das erforderliche Maß reduziert. Verbindliche Regelungen werden nur noch in den Landesentwicklungsplänen festgelegt und dadurch die Rechtssicherheit und Verständlichkeit der Planungen erhöht. Auch in den kommenden Jahren wird die Gemeinsame Landesplanungsabteilung eine zentrale Rolle im Prozess der Zusammenarbeit und der Diskussion beider Länder behalten und damit einen wichtigen Beitrag leisten für eine starke Region Berlin-Brandenburg. ■

Petra Jähne

Thomas Knorr-Siedow

Masterplan Stadtumbau – Leitbilder auf Gegenseitigkeit

Diskussionen um Leitbilder und Masterpläne haben in der Bundesrepublik derzeit Konjunktur. Der Themenkanon reicht von der allgemeinen Landesentwicklung und der Rolle der Städte darin (z.B. Nordrhein-Westfalen) über die Gesundheitsversorgung und -wirtschaft (z.B. Baden-Württemberg) bis zur kommunalen Wohnungspolitik (z.B. Dortmund). Dies kann als Hinweis auf eine zunehmende Unübersichtlichkeit der Entwicklung verstanden werden. Auch der *Masterplan zur Stärkung der Brandenburgischen Städte*¹, der im Auftrag des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung vom IRS gemeinsam mit Partnern aus der Wissenschaft, der Landes- und Kommunalverwaltungen sowie der Planungspraxis entwickelt wurde, gehört zu dieser Palette von Vorhaben. Sie bewegen sich zwischen Zielformulierung einerseits und Selbstvergewisserung über den Stand der Dinge und die Möglichkeiten des Handelns von Politik, Verwaltungen und Zivilgesellschaft andererseits.

Beide Elemente – Visionen und Selbstvergewisserung über Potenziale und Beschränkungen – scheinen gleich wichtig dafür zu sein, Erfolg versprechende Entwicklungskorridore abzustechen. Die ostdeutschen Entwicklungsdiskurse haben in den vergangenen 15 Jahren widersprüchliche Phasen durchlaufen. Nach einer empirisch kaum begründeten euphorischen Periode des 'Alles ist möglich' der frühen 90er Jahre und der folgenden, lange durch Abwehr und Verleugnung geprägten Phase der Ernüchterung droht nun eine durch die Realität von Schrumpfung und Einsparungsnot-

1 Starke Städte – Masterplan Stadtumbau: Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung an den Landtag (Dezember 2005) auf Basis des Abschlussberichts der Gutachterphase; IRS in Zusammenarbeit mit Ernst Baseler und Partner sowie Ingeborg Beer, Stadtforschung, (November 2005).

wendigkeiten geprägte 'Angststarre' zu folgen.

Dialog, Balance und Interessen

Regionale und städtische Leitbilder sollen einen möglichst durch Konsens der Akteure getragenen Handlungsrahmen für eine gemeinsame Zukunft abstecken. Sie sollen einen zugleich strategischen als auch reflexiven Charakter haben. Für wünschenswert und für erreichbar erachtete Zukunftsbilder über die Alltagsperspektiven einzelner Akteure hinaus sind zu beschreiben und sollen die Akteure in ihren Handlungen an diesen Konsens über die nähere Zukunft rückbinden. Dies allein scheint kompliziert genug, zumal die angestrebte Entwicklung selbst in einen dynamischen Kontext eingebunden ist – hier sei nur an die Auswirkungen der globalen Entwicklung auf die regionale und lokale Wirtschaft, aber auch an den Wandel der Demographie und den Abbau von Bundes- und europäischen Förderungen erinnert. Noch komplizierter wird die notwendige kontinuierliche Abgleichung zwischen den Zielen und den Möglichkeiten, wenn die unterschiedlichen Interessen berücksichtigt werden, die sich in der Stadtentwicklung institutionell verflechten – Landes- und Stadtpolitik, Eigeninteressen von Verwaltungen, Wirtschaft, Bürger- und andere Partikularinteressen. Insofern musste ein auf eine gemeinsame Umsetzung durch das Land und die Städte gerichteter Masterplan für den Stadtumbau auf zumindest drei Ebenen argumentieren.

- Realistische Analysen machen die Notwendigkeit deutlich, Politik angesichts der zukünftig radikal begrenzten finanziellen Spielräume auf Erfolg versprechende Vorhaben zu fokussieren und dafür intelligente Bündelungen von Politiken und Förderung zu organisieren. Darin enthalten sind Forderungen nach einer noch engeren Integration der jeweiligen Ressortpolitiken – auf Landes- und Stadtebene z.B. zwischen Stadtplanung, Wirtschaftsförderung und Bildungsförderung – und einer besseren Koordination der Landesressorts untereinander zu einer abgestimmten *Politik für die Städte*.

- Planungs- und entwicklungsorientierte Systematisierungen lassen erkennen, dass die brandenburgischen Städte in der komplizierten Landesstruktur zwischen metropolitanem Verdichtungs- und dem peripheren Raum unterschiedliche Aufgaben erfüllen. Es wird unterschiedliche Typen von Städten mit *Schrittmacherfunktionen* und mit *Ankerfunktion* in der Region geben, wobei dynamische Verschiebungen in dieser Schichtung im Wettbewerb unter den Städten erwünscht sind. Um jedoch die Stärken der jeweiligen Städte zu fördern – nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern zunehmend durch Kompetenzentwicklung – werden klare Rollenverhältnisse herzustellen sein. Starke Städte brauchen eigenverantwortliche Kompetenz, während dem Land die Verantwortung für die Entwicklung des Landes als Gesamtheit zukommt.
- Um Leitbild und Masterplan so umzusetzen, dass alle relevanten Akteure in fairen und nachvollziehbaren Verfahren beteiligt werden und die angestrebten win-win-Situationen entstehen können, sind kommunikative und prozedurale Elemente entscheidend. Die unterschiedlichen Akteure sind mit Vereinbarungen und verlässlichen Verfahren anzuregen, ihre Kompetenzen ausgerichtet auf die Potenziale und Ressourcen der Städte und mit geschärftem Gespür für Innovation in die Entwicklung einzubringen. Um passfähige Ziel- und Methodenrelationen zu entwickeln sowie eine gemeinsame Umsetzung und reflexive Erfolgskontrolle sicherzustellen, muss ein angemessener Governance-Prozess entwickelt werden. Er soll es den beteiligten Ressorts, den Städten in ihrer unterschiedlichen Ausstattung und Potenz und auch der Zivilgesellschaft möglich machen, verlässlich ihren 'Gewinn' abzuschätzen.

Sozialwissenschaftliche Raumforschung und praktische Politik

Selten war das IRS bisher mit seiner forschungsbasierten Beratung so dicht an den Entwürfen komplexer Politiken

eines Auftrag gebenden Ministeriums beteiligt. Insofern erscheint eine Prüfung sinnvoll, ob der Masterplan aus der Perspektive der Landespolitik, der Städte und der Forschung als die win-win-Situation interpretiert werden kann, die von Anfang an als Ziel des Verfahrens beschrieben wurde.

Von Auftraggeber und Gutachtern wurde von Beginn an eine kooperative Praxisforschung angestrebt. So wurde der Masterplan Stadtumbau nicht als ein 'Planwerk' für baulich-räumliche Veränderungen oder Investitionen im engeren Sinn verstanden, sondern als ein handlungsorientiertes Verfahren, um *notwendige Prioritätensetzungen* und *angemessene Intensitäten* des Einsatzes von Fördermitteln anzuregen und eine strategische Verknüpfung mit den Strukturen und Projekten vor Ort zu erreichen.

Im Ergebnis erwies sich die Zusammenarbeit als intensiver Lernprozess, in dem Forschung und Praxis sich gegenseitig zur Revision von als gesichert geltenden Erkenntnissen und Routinen aufriefen – und entsprechend reagierten. So fiel es den Forschern nicht leicht, das in der Verwaltungs- und Governance-Forschung seit längerem vertretene Postulat einer möglichst weitgehenden Verwaltungsintegration aus der Verfahrenserfahrung von Einzelressorts und Abteilungen kritisch zu hinterfragen. Dagegen hatte die ministerielle Praxis daran zu knabbern, dass eine Balance der Entwicklung nur entstehen kann, wenn tatsächliche Macht über Entwicklungen auf die Ebene der Städte als den tragenden Akteuren übertragen und Bürokratieabbau ernst genommen wird.

Insbesondere Analyseergebnisse und zentrale Verfahrenselemente des Masterplan Stadtumbau haben relativ komplikationslos Eingang in die neue Förderpraxis einer enger zwischen den unterschiedlichen Brandenburger Ministerien koordinierten Stadtpolitik gefunden. So erhalten *Integrierte Stadt-*



Abb. 1: Strategiefelder einer integrierten Politik für die Städte
Quelle: IRS (2005)

entwicklungskonzepte, die aus der Perspektive der Städte entwickelt werden, neben regelmäßigen ressortübergreifenden Förderkonferenzen eine neue Bedeutung für die Steuerung von Stadtentwicklungen. Andere Elemente, wie die Aufforderung der Forschung zu einer öffentlichen Auseinandersetzung mit den Entwicklungsrestriktionen und mit der Tatsache, dass es neben den Schrittmacherstädten auch Verliererstädte geben wird, waren schwerer in den Verfahren zu etablieren. Sie können nur umgesetzt werden, wenn Städte und Stadtpolitiker selbst bereit sind, sich aktiv mit ihren Potenzialen und Restriktion auseinanderzusetzen.

Win-Win auch für die Forschung?

Die Voraussetzungen für den Gewinn einer sozialwissenschaftlich orientierten Raumforschung aus dem Masterplanverfahren lagen auf zwei Ebenen. Zum einen war entscheidend, dass sich die disziplinären Gutachten des Masterplans nah an grundlagenorientierten Forschungen des Instituts zu Governance, Wissensmanagement und Raumentwicklung bewegten. Genuine Forschung – nicht mit Forschungsdienstleistung zu verwechseln – konnte bearbeitet werden, ohne dass die Praxispartner in die Lage von passiven 'Forschungsobjekten' rückten.

Basis für die selbstbewusste Kommunikationskultur, die den Forschungsprozess trug, war jedoch auch das Vertrauenskapital, das in einer gemeinsamen Forschungs- und Beratungstradition erarbeitet wurde. Zwar waren Ansprüche aus der Theorie nicht immer

leicht vermittelbar, doch konnte im Diskurs mit den Planungs- und Verwaltungsexperten der Praxis die Agenda einer raumwissenschaftlichen Grundlagenforschung für eine Verbesserung der Praxis mobilisiert werden. Die Forschungs- und Beratungsbeziehungen, die zwischen dem IRS, dem MIR sowie den Akteuren in den Städten und dem Städtenetz der Regionalen Entwicklungszentren (ARGE REZ) seit Mitte der 90er Jahre bei der Entwicklung neuer Steuerungsformen der Stadt- und Regionalentwicklung bestehen, haben damit den Rahmen gebildet für ein innovatives Kooperationsprojekt von Wissenschaft und Praxis.

Auch die sozialwissenschaftliche Raumforschung kann durch einen solchen Projekttyp eine neue Qualität erlangen. Nachdem ressortnahe Forschung sich vielfach zu sehr dem 'besseren' Management der Steuerung eines unkritisch erwarteten Wachstums und der folgenden Krisenbewältigung angeschlossen hatte, besteht mit kommunikativ ausbalancierten Vorhaben die Chance zu einer Forschung, die sich dem Verständnis der Praxis öffnet und sie unterstützt. Neben dem notwendigen Gewicht der Grundlagenforschung, die in dieses Verhältnis eingebracht werden kann, bekommen forschungsmethodische Aspekte eine neue Bedeutung.

Als eine Konsequenz für die derzeitige Leitbildentwicklung für Berlin und Brandenburg kann aus dem Masterplanprozess die Aufforderung abgeleitet werden, längerfristige Lernprozesse und eine reflexive Rückversicherung über die Leitbilder in die Verfahren einzubauen. Dies sind Voraussetzungen dafür, dass sie 'angenommen' und zur eigenen Sache der Region erklärt werden können. So wie der Masterplan Stadtumbau sich erst in der Umsetzungspraxis bewährt, nachdem der wissenschaftliche Part als weitgehend 'erledigt' gelten kann, erweisen sich Leitbilder erst, wenn sie Entwicklungen tatsächlich tragen – sonst sind sie verzichtbar.

Als eine Konsequenz für die derzeitige Leitbildentwicklung für Berlin und Brandenburg kann aus dem Masterplanprozess die Aufforderung abgeleitet werden, längerfristige Lernprozesse und eine reflexive Rückversicherung über die Leitbilder in die Verfahren einzubauen. Dies sind Voraussetzungen dafür, dass sie 'angenommen' und zur eigenen Sache der Region erklärt werden können. So wie der Masterplan Stadtumbau sich erst in der Umsetzungspraxis bewährt, nachdem der wissenschaftliche Part als weitgehend 'erledigt' gelten kann, erweisen sich Leitbilder erst, wenn sie Entwicklungen tatsächlich tragen – sonst sind sie verzichtbar.

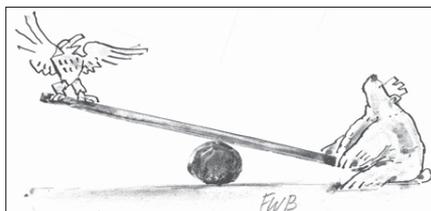
Michael Arndt

Spielregeln einer "wilden Länderehe" – Auch eine "wilde Ehe" kann funktionieren

Über zehn Jahre sind seit dem Scheitern des regionalen Zukunftsprojektes "Länderfusion Berlin-Brandenburg" vergangen. Ein Jahr ist es her, dass der zweite Anlauf "Länderfusion 2006" durch das Land Brandenburg in die Zukunft verschoben wurde. Daher rechnen Optimisten im günstigsten Fall mit weiteren vier bis fünf Jahren, bis die Berliner und Brandenburger Bürger zu einem neuen Votum aufgefordert werden können. Pessimisten schauen gar nicht mehr auf den Kalender, sie haben das Projekt "Länderfusion" aufgegeben und sich mit dem Status Quo arrangiert. Aus der wissenschaftlichen Perspektive lässt sich allerdings anmerken, dass beide Länder auch in Form einer "wilden Ehe" gut zusammen arbeiten können. Die sozialen Kosten einer negativen Fusionsentscheidung sind wesentlich höher als die Transaktionskosten einer kooperativen Beziehung. Erinnern wir uns: Zum einen war der wirkliche Output der ersten Volksabstimmung "Beharrung und Konkurrenz". Die sozialen Kosten dieser Entscheidung lassen sich kaum exakt beziffern. Zum anderen haben beide Länder in den letzten Jahren durchaus positive Erfahrungen in der Kooperation gemacht. Ohne den unmittelbaren Druck der "Länderfusion" wurde zum Beispiel die Zusammenführung beider Sendeanstalten (ORB, SFB), die gemeinsame Flughafenplanung sowie die Zusammenführung der Oberlandesgerichte organisiert. Dies mag für viele nicht ausreichend sein. Derartige kooperative Schlüsselprojekte sind jedoch notwendig, um eine Stimmung des Aufbruchs und der regionalen Gemeinsamkeiten zu produzieren.

Szenen einer "wilden Länderehe"

Wie wird der Kooperationsprozess zwischen beiden Ländern in der Zukunft ablaufen und wird er funktionieren? Die Krux ist: Weder die Öffentlichkeit noch die beiden Länder selbst scheinen derzeit ihre genauen Absichten zu kennen. Solange dieser Zustand anhält, werden



Grafik: F.W. Bernstein

beide Länder ihre spezifischen Anforderungen an eine Zusammenarbeit bzw. auch an eine Fusion entweder erhöhen oder in einer abwartenden Haltung verharren, bis die gewählte Strategie zu mehr Verlusten als zu Gewinnen führt. Deutlich wurde dies mit der Aufkündigung der vorgesehenen Zeitplanung der Länderfusion durch das Land Brandenburg. Die Antwort Berlins ist eine abwartende Haltung gegenüber weiteren Projekten (z.B. eine gemeinsame Wirtschaftsförderung). Dies würde eine veränderte Lage Berlins im Gefüge der Zusammenarbeit, d.h. einen partiellen Souveränitätsverlust bedeuten. Eine andere Schlüsselszene der "wilden Ehe" war das Infragestellen des potenziellen Standortes für den gemeinsamen Parlamentssitz in Potsdam durch den Parlamentspräsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses. Erst von diesem Zeitpunkt an kam aus dem Land Brandenburg wieder Bewegung in die Diskussion.

Kooperationsprozesse sind in erster Linie Lernprozesse

Beide Beispiele zeigen: Kooperationsprozesse sind in erster Linie Lernprozesse, in denen Vertrauen gewonnen wird und gegensätzliche Standpunkte Schritt für Schritt abgebaut werden müssen. Entscheidend ist nicht die Anzahl von getroffenen Vereinbarungen, sondern der "Mehrwert" der Prozessresultate selbst. Positive Ergebnisse werden situativ erarbeitet und können allerdings auch das Verhalten anderer regionaler Akteure beeinflussen. Letztendlich wird ein Korridor gebildet, der in ein "win-win-Denken" oder zu einer "Mehrwert-Philosophie"¹ führt.

Eine Methode, derartige Prozessverlaufsmuster zu erklären, liefert die Spieltheorie. Mit der seit 1944 bekannten Theorie werden strategische Probleme

analysiert und optimale Lösungswege aus Konflikten erarbeitet. Bekannt ist u.a. das 1985 veröffentlichte Buch des Mathematikers und Politikwissenschaftlers Robert Axelrod "Die Evolution der Kooperation". Er zeigt auf, dass während eines Kooperationsprozesses immer mit Widersprüchen, Mehrdeutigkeiten und mit positiven, aber auch negativen Bekundungen zu rechnen ist. Die Öffentlichkeit wird immer eine Melange zwischen Kooperations- und Konkurrenzverhalten im Handeln des einzelnen Landes beobachten, d.h. die Gleichzeitigkeit von Cooperation + Competition = Coopetition². Die Antwort auf die Frage, was überwiegt, lässt sich nur situativ erschließen und kann nur bei Kenntnis der tatsächlichen Strategie der potenziellen Kooperationspartner gefunden werden. Jeder potenzielle Kooperationspartner muss die Überlegungen oder zumindest den politischen Handlungsspielraum des anderen Mitspielers berücksichtigen – genauso wie jener die Tatsache, dass sein Gegenüber dies ebenfalls tut. Je mehr Informationen über die wahren Absichten der Beteiligten vorliegen, umso einfacher lässt sich eine angemessene Kooperationsstrategie zum gegenseitigen Vorteil entwickeln.

Neues Leitbild zur Beförderung eines win-win-Denkens.

Vielleicht lohnt es sich, auf der Grundlage derartiger Modelle die unterschiedlichen und widersprüchlichen "Szenen der wilden Länderehe" systematisch aufzubereiten und wissenschaftlich zu reflektieren. Auch die politische Entscheidung des Landes Brandenburg, den seinerzeitigen Fusionsfahrplan aufzukündigen, kann als Notbremse eines Kooperationsprozesses verstanden werden, um höhere soziale Kosten zu vermeiden. Umgekehrt könnte die Entwicklung eines neuen Leitbildes für die Metropolregion Berlin-Brandenburg eine Perspektive für ein gemeinsames Wertschöpfungs-system öffnen, in dem sich ein win-win-Denken entfaltet. Vielleicht, aber nur vielleicht, sind beide Länder bereits viel weiter in der Einübung kooperativer Verhaltensweisen als die Öffentlichkeit glaubt. ■

1 Walz, H.: <http://www.fh-ludwigshafen.de/fb3/walz/coopetition.htm>

2 Nalebuff, B.; Brandenburger, A.: Coopetition (1996)

Berlin-Brandenburg als Schnittstelle europäischer Räume?

Durch die 2004 vollzogene EU-Osterweiterung hat sich die räumliche Lage Berlin-Brandenburgs verändert. Berlin-Brandenburg befand sich innerhalb der EU 15 in einer geographischen Randlage und hat nun eine deutlich zentralere räumliche Lage innerhalb der EU 25 bzw. der zukünftigen EU 27 erlangt. Vor dem Hintergrund dieser Lageverschiebung, aber auch aufgrund der unterschiedlichen sozio-ökonomischen Entwicklungen in Ostdeutschland und

in den neuen Mitgliedsländern ergibt sich die Frage, inwieweit sich für Berlin-Brandenburg neue Chancen ergeben haben bzw. in der nahen Zukunft ergeben können. Kann sich die Metropolregion als Schnittstelle zwischen dem westeuropäischen Kernraum der EU und den östlichen Nachbarländern etablieren oder bleibt die Veränderung der räumlichen Lage ohne Konsequenzen für die räumliche Orientierung der wirtschaftlichen Aktivitäten Berlin-Brandenburgs?

Um dieser Frage nachzugehen, werden im Folgenden v.a. ausgewählte Ergebnisse aus den ESPON-Projekten 2.2.2

und 2.4.2 vorgestellt, welche unter Beteiligung des IRS bearbeitet wurden. Dazu ist zum einen die Erreichbarkeit verschiedener Metropolräume mit Blick auf die sie verbindende Transportinfrastruktur zu hinterfragen. Nur wenn hinreichend günstige Verbindungen zwischen den Metropolen in verschiedenen europäischen Räumen bestehen, kann eine Metropolregion Schnittstellenfunktionen übernehmen. Zum anderen gibt aber auch eine Analyse der metropolitanen Funktionen Auskunft über deren Bedeutung in den verschiedenen Regionen.

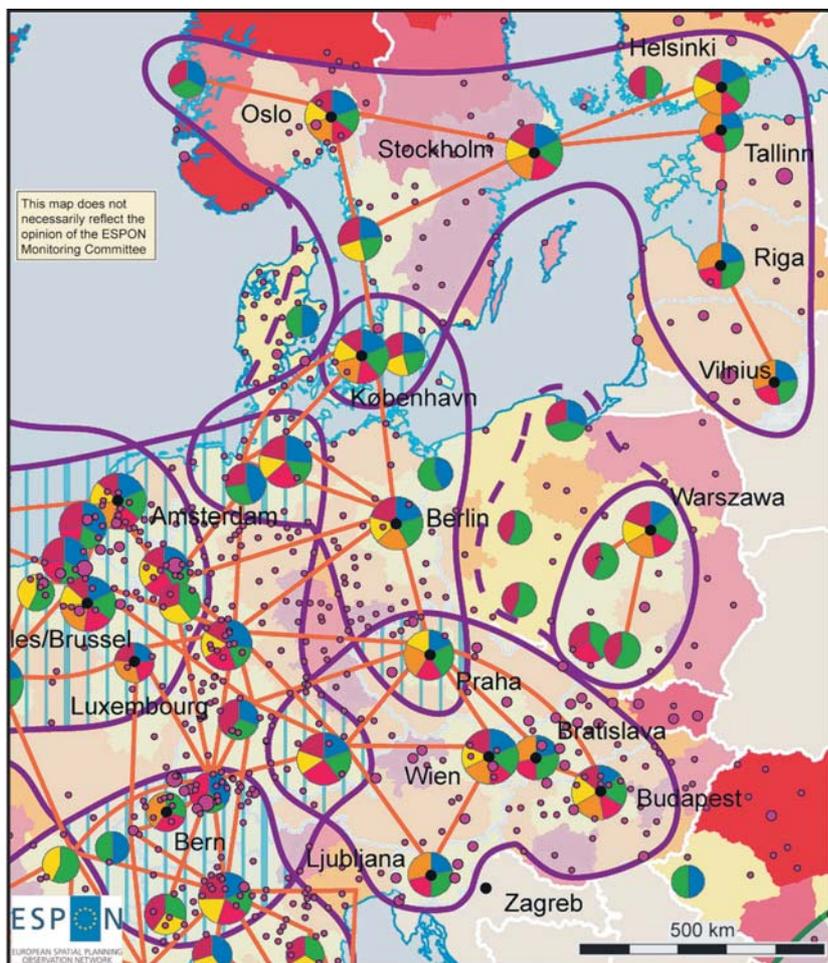
Auf der Grundlage von Erreichbarkeiten bzw. Reisezeiten zwischen den einzelnen Metropolräumen lassen sich so genannte 'global integration zones' herleiten. Diese Zonen zeichnen sich durch geringe Reisezeiten zwischen den jeweiligen Metropolräumen und gute Erreichbarkeiten von Zwischenräumen aus. Darüber hinaus sind alle in den Analysen der ESPON-Projekte berücksichtigten metropolitanen Funktionen (siehe dazu unten) mit zumindest nationalem Bedeutungsumfang in jeder dieser Zonen vertreten. Regionen, die Schnittstellen mehrerer Zonen darstellen (hinge regions), entstehen durch die Überlappung verschiedener 'global integration zones'. Um zu Aussagen hinsichtlich einer 'Schnittstelle Berlin-Brandenburg' zu kommen, ist es notwendig, diese Region im Kontext der umliegenden europäischen Metropolräume zu betrachten.

Erreichbarkeit Berlin-Brandenburgs

Berlin-Brandenburg zeichnet sich durch eine Konzentration der Transportmöglichkeiten nach Westen, Norden und Süden aus. Mit Ausnahme Prags ist keiner der in den neuen Mitgliedsländern der EU gelegenen Metropolräume innerhalb einer Stunde per Bahn oder Flugzeug von Berlin-Brandenburg aus erreichbar. Dies bestätigt eine anhaltende westeuropäische Orientierung der Region.

Gleichzeitig vereint Berlin-Brandenburg für die meisten betrachteten Funktionen Aktivitäten von nationaler bzw. euro-

Global Integration Zones in Mittel-Ost-Europa



Ausschnitt aus: BBR - Projekt 2.4.2, 2005, Endbericht

-  Europäische Integrationszone
-  Mögliche Erweiterung bei verbesserter Erreichbarkeit
-  Relevanz unterschiedlicher metropolitaner Funktionen zumindest auf nationaler Ebene in MEGAs (Metropolitan European Growth Areas)

päischer Signifikanz. So sind die Verwaltungs-, Wissens-, Transport-, Tourismus- und Industriefunktion von hoher Bedeutung für den Stellenwert der Metropolregion. Im Zusammenhang mit der Industriefunktion deuten die jüngsten Entwicklungen der Exporte auf eine zunehmende Bedeutung Osteuropas für Berlin-Brandenburg hin. Es fehlen aber die privatwirtschaftlichen Entscheidungsfunktionen in Berlin-Brandenburg. Zusammen mit nicht hinreichend ausgebauten Transportverbindungen in die polnischen Metropolräume ergeben sich daraus Schwierigkeiten, Berlin-Brandenburg zu einer Schnittstelle zwischen west- und osteuropäischen Regionen auszubauen.

Im Vergleich zu den benachbarten Regionen in den neuen Mitgliedsländern zeichnet sich die Region Berlin-Brandenburg durch eine vergleichsweise gute Ausstattung mit verschiedenen Potenzialfaktoren (Arbeitsmarkt-, Innovations-, regionales Marktpotenzial etc.) aus. Gleichzeitig vereint die Metropolregion auch im Vergleich zu den nächstliegenden polnischen Metropolräumen deutlich höhere funktionale Bedeutungen mit einer größeren Vielfalt.

Gemeinsam mit den anderen Hauptstadtregionen Mitteleuropas (Prag, Wien, Bratislava, Budapest und Warschau) bildet Berlin-Brandenburg ein Triangel von Metropolräumen mit einer vergleichsweise guten Potenzialausstattung und umfangreichen metropolitanen Funktionen, die von mindestens nationaler Bedeutung sind. Die bisherigen Transportverbindungen zwischen diesen Metropolräumen sind jedoch nur bedingt für die Schaffung einer integrierten Zone in diesem Raum hinreichend. Gleiches gilt für das Angebot an Kommunikationsinfrastrukturen zwischen diesen Metropolregionen. Insbesondere Kommunikationsinfrastrukturen für den zeitnahen Transfer großer Datenmengen (Breitband) sind in diesem Raum unzureichend. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass für die Schaffung eines integrierten Raumes neben den sozio-ökonomischen Voraussetzungen auch entsprechende verkehrliche Beziehungen bzw. Transport- und Kommunikationsinfrastrukturen zwi-

schen den Metropolräumen notwendig sind. Der diesbezüglich existierende Mangel beschränkt die Möglichkeiten Berlin-Brandenburgs als Scharnier zu den osteuropäischen Metropolräumen zu fungieren.

Während also aus funktioneller Sicht Potenziale für eine Scharnierfunktion Berlin-Brandenburgs ersichtlich sind, werden diese unter Erreichbarkeitsgesichtspunkten nicht wahrgenommen.

Ausblick

Zusammenfassend kann Berlin-Brandenburg demzufolge als Teil eines sich integrierenden Raumes charakterisiert werden, der sich weiterhin überwiegend an der alten EU 15 orientiert. Aufgrund funktionaler Beschränkungen im Bereich der privatwirtschaftlichen Entscheidungsfunktion von Berlin-Brandenburg und weitreichender funktionaler Begrenztheit bei den meisten benachbarten Metropolräumen in den neuen Mitgliedsländern der EU sowie infolge der genannten Erreichbarkeitsmängel lässt sich derzeit noch keine osteuropäische Integrationszone unter Einschluss Berlin-Brandenburgs identifizieren. Dementsprechend ergibt sich in dieser Region bisher keine Überlappung verschiedener Zonen, durch die Berlin-Brandenburg die Rolle einer Schnittstelle europäischer Räume erhalten könnte. Damit stellt Berlin-Brandenburg – im Gegensatz zu Wien – bisher kein multifunktionales Zentrum einer nach Osteuropa orientierten Integrationszone dar.

Für die Zukunft lassen sich daraus Anforderungen ableiten, die erfüllt werden müssten, wenn sich Berlin-Brandenburg als Schnittstelle zwischen west- und osteuropäischen Metropolräumen etablieren möchte. Vor allem geht es dabei um den qualitativ angemessenen Ausbau entsprechender Verkehrsverbindungen. Eine umfangreiche Nutzung dieser Infrastrukturen wird jedoch nur erreicht werden, wenn sowohl Berlin-Brandenburg als auch die osteuropäischen Metropolräume sowie die im oben genannten Triangel eingeschlossenen Räume ihre jeweiligen komparativen Vorteile für eine sozio-ökonomische Integration realisieren. ■

Wilhelm Schulte

Die Entwicklung von Metropolregionen im Spannungsfeld von formeller und informeller Planung – dargestellt am Beispiel der Metropolregion Hamburg

Gastbeitrag



*Wilhelm Schulte
Leiter des Amtes für
Landesplanung der Freien
und Hansestadt Hamburg*

1 Die Metropolregion Hamburg und die Entwicklung der Zusammenarbeit

Die Metropolregion Hamburg, eine freiwillige Kooperation der drei Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg, erfasst beiderseits der Elbe einen Siedlungs- und Wirtschaftsraum von ca. 20.000 km² mit ca. 4,3 Mio Einwohnern und 1,9 Mio Beschäftigten. Hervorgegangen aus der Gemeinsamen Landesplanung der 50er Jahre und zunächst ausgerichtet auf Projekte der Freizeit und Naherholung im engeren Umland von Hamburg, wurden die Planungsthemen und Projektfelder in den 90er Jahren neu bewertet und die territoriale Ausdehnung auf die o.a. Gebiete vorgenommen. Mitglieder der Metropolregion sind neben den drei Bundesländern 14 Landkreise aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Die inhaltliche Grundlage der Kooperation bildet das gemeinsame Regionale Entwicklungskonzept (REK) aus dem Jahr 2000 – der informelle "common sense" der Metropolregion.



Abb. 1: Die Metropolregion Hamburg in ihren Grenzen Quelle: eigene Darstellung

2 Veränderte Rahmenbedingungen

Großen und bedeutenden Städten wie Hamburg, den so genannten Metropolen, kommt nicht nur eine immer größer werdende Bedeutung zu, sie haben sich auch einem verschärften nationalen, europäischen und weltweiten Standortwettbewerb zu stellen. Damit stellt sich die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Metropolstandorte eines Landes mit zunehmender Brisanz. Diese Fähigkeit wird ganz wesentlich von der kritischen Masse bestimmt, mit der sich die Metropole Hamburg mit ca. 1,7 Mio Einwohnern in einer Metropolregion von ca. 4,3 Mio Einwohnern diesem Wettbewerb stellen und auf der "Wettbewerbsbühne" auftreten kann. Regionalmarketing und Internationalisierung sind somit neue Schlüsselprojekte einer Metropolregion.

Die Metropole Hamburg will sich mit dem "Leitbild der wachsenden Stadt" diesen Herausforderungen stellen. Sie will nachhaltig werden, das heißt Qualität vor Quantität und für die Metropolregion weniger Konkurrenz nach innen als vielmehr bessere und gemeinsame Wettbewerbsfähigkeit nach außen. Das heißt aber auch, sich gemeinsam im nationalen Schrumpfungsprozess der Bevölkerung durch Migrationsgewinne zu behaupten.

3 Inhaltliche Ausrichtung der Zusammenarbeit

Die Umsetzung des Gemeinsamen Regionalen Entwicklungskonzeptes erfolgt nicht in formellen Regionalplänen, sondern mit regionalen Entwicklungsprojekten unter kommunaler bis hin zu trilateraler Zusammenarbeit in der Metropolregion. Die Metropolregion Hamburg unterscheidet sich mit diesem informellen und projektorientierten Planungsansatz von anderen Metropolregionen wie Frankfurt a.M., Stuttgart oder Berlin-Brandenburg,



Abb. 2: Metropolcard



Abb. 3: Gewerbeimmobilienmesse EXPANSION

die über formelle Planungsinstrumente wie einen in Aufstellung befindlichen regionalen Flächennutzungsplan, einen Regionalplan oder eine gemeinsame Landesplanung auf gesetzlicher Grundlage verfügen. Diese formellen Planungsinstrumente haben die Schwäche längerer förmlicher Planverfahren, an notwendigen Kompromissen bei mehrheitlichen Beschlüssen orientierter Wirksamkeit und schwindender Aktualität mit der Dauer der Verfahren. Eine zentrale Rahmenbedingung ist

aber die Akzeptanz. Ein formeller Plan lebt von der Akzeptanz seiner Vorgaben oder häufig genug eher von der Abweichung. Ein regionales Entwicklungsprojekt dagegen – orientiert an der optimierten Umsetzung eines gemeinsamen informellen Entwicklungskonzeptes – ist durch die mit eigenen Mitteln beteiligten lokalen Projektträger mit einer hohen Erfolgsgarantie behaftet. Dieser Erfolg wird auf schnellstmöglichem Weg von der Planungsidee bis zum Investment gesucht.

Die regionalen Entwicklungsprojekte wurden durch Wettbewerbe generiert, an denen sich Gebietskörperschaften, Vereinigungen, Verbände und andere lokale wie regionale Akteure beteiligen konnten. Aus über 100 qualifizierten Projektvorschlägen wurden zuletzt 2003 28 neue Projekte als Modell- und Leitprojekte der Metropolregion ausgewählt. Diese erhalten mit der Anerkennung eine Anspruchsberechtigung auf eine Anschubfinanzierung aus den beiden bilateralen Förderfonds, die zusammen mit 2,4 Mio. Euro pro Jahr ausgestattet sind. Die Metropole Hamburg beteiligt sich mit 50% an diesen Förderfonds und an der Unterstützung der regionalen Projekte, auch wenn diese überwiegend nicht in Hamburg selbst realisiert werden:

- die "Metropolcard" für die touristische Nutzung des Verkehrsverbundes und der Freizeit- und Kultureinrichtungen der Metropolregion,
- die jährliche Gewerbeimmobilienmesse EXPANSION,
- die touristische Erschließung der Maritimen Landschaft Unterelbe,
- der gemeinsame Internetauftritt unter www.hamburg.de zur Stärkung des Regionalmarketings,
- der erste von weiteren geplanten Regionalparks, "die Wedeler Au", der Freiraum und Landschaft als Entwicklungsfaktoren der Region herausstellt und
- die "Süderelbe AG", ein Zusammenschluss dreier Landkreise und einer Vielzahl ihrer Kommunen südlich der Elbe mit dem Hamburger Stadtbezirk Harburg sowie der Freien und Hansestadt selbst zu einer Aktiengesellschaft und Wachstumsinitiative. Ziel der Süderelbe AG ist es, die ge-

meinsame Entwicklung der regionalen Kompetenzcluster "Hafen/Logistik", Luftfahrtindustrie (Airbus/EADS) und andere voranzubringen, verbunden mit der Nutzung von Synergieeffekten mit den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen in der Region.

Diese Projekte und der damit verbundene Aufbau von Netzwerken sind immer stärker strategisch und an gemeinsamen "win-win-Effekten" ausgerichtet. Die kommunalen Akteure haben erkannt, dass die vorhandenen Potenziale der Region zu bündeln und in kooperativer Form einzusetzen sind, um auf diese Weise eine "kritische Masse" von regionaler Bedeutsamkeit und Wirkung zu erreichen.

4 Perspektiven der Kooperation

Mit der 2003 eingeleiteten Reorganisation der Gremien und der internen Arbeitsstrukturen sowie der inhaltlichen Konzentration auf die Kernthemen Wettbewerbsfähigkeit, Raumstruktur und Daseinsvorsorge vollzieht die Metropolregion derzeit eine Neuorientierung. Dabei werden die Kompetenzfelder der regionalen Wirtschaftsstruktur ("Stärken", "Cluster") und die internationale Ausrichtung der Kooperation in den Mittelpunkt der künftigen Zusammenarbeit gestellt.

Zeitgleich werden die Arbeitsformen effizienter organisiert und schrittweise die Geschäftsstelle zu einer Art "Clearingstelle" ausgebaut. Ihre Hauptaufgaben werden in Zukunft im Bereich der Projektbegleitung, der Öffentlichkeitsarbeit und des Informationsmanagements liegen, um die Region im europäischen Wettbewerb noch besser zu positionieren. Darüber hinaus werden die Beratungs- und Entscheidungsgremien, der Regionsrat und die Regionalkonferenz stärker kommunalisiert. In der Regionalkonferenz werden die Abgeordneten der Region aus den Landtagen, Vertreter der Bürgerschaft Hamburgs und Vertreter der Kreisparlamente aus der Metropolregion die Diskussion um die Leitlinien der Regionalentwicklung stärker bestimmen. Im Regionsrat werden neben den Ver-

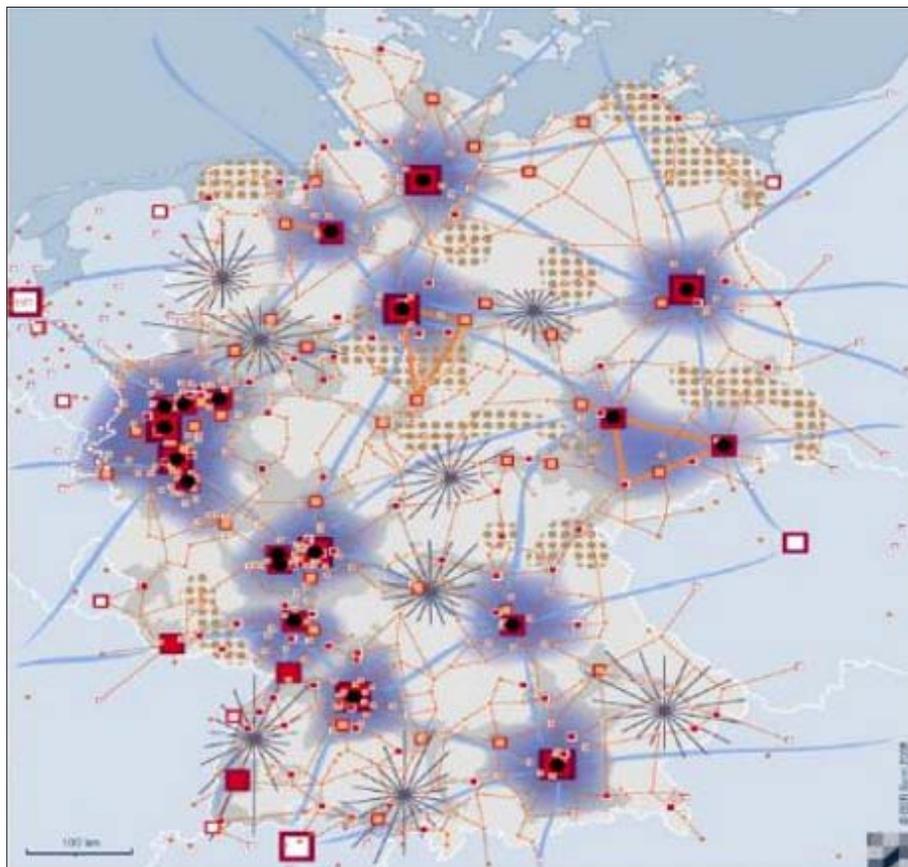


Abb. 4: Leitbild zur Förderung von Wachstum und Innovation

tretern der drei Landesregierungen alle Landräte der Metropolregion sowie eine gleich große Anzahl Bürgermeister und nicht nur jeweils zwei Vertreter wie bisher Sitz und Stimme haben.

Die Metropolregion Hamburg hat mit der erfolgreichen Teilnahme am Wettbewerb "Region der Zukunft" und der Mitwirkung im Initiativkreis der deutschen Metropolregionen mit dazu beigetragen, ein neues strategisches Leitbild der Metropolregionen zu entwickeln und erfolgreich voran zu bringen. Die Ministerkonferenz für Raumordnung hat dazu einen Prüfauftrag zur Fortschreibung der Leitbilder der Raumentwicklung erteilt. Die Diskussion der Leitbilder darf aber bezogen auf die Metropolregionen nicht an deren aktuellen Grenzen und den derzeit noch engen Kooperations- und Verflechtungsräumen enden. Auch wenn im Rahmen nationaler und europäischer Förderpolitiken zukünftig auch die "Wachstumsmotoren" gestärkt werden sollen und damit über spezifische Fördermöglichkeiten und -notwendigkeiten nachzudenken sein wird, kann man auf eine Ausgleichspolitik

zur Unterstützung und Heranführung der peripheren Räume nicht verzichten. Beides bedingt sich gegenseitig. Es wird künftig noch stärker darauf ankommen, die Mitverantwortung der Metropolen über ihre Metropolregion hinaus bis an ihre jeweilige Peripherie zu begründen und daraus so etwas wie regionale Verantwortungsgemeinschaften für überregionale oder europäisch bedeutsame Wirtschaftsräume zu bilden, wie sie beispielhaft auch Eingang in die Leitbilddiskussionen gefunden haben. Diese können auch mehrere Großstädte und Metropolenkerne enthalten. Sie sollen und können die vorhandene administrative Raumbildung der Gebietskörperschaften nicht ersetzen, aber sie können Netzwerke regionaler Kompetenzen bilden, um damit "Metropolisierungsprozesse" in gemeinsamer selbst organisierter Verantwortung zu gestalten und zu steuern. Die Perspektive der Agglomerationen und für die Metropolregion Hamburg könnte deshalb auch in einem erweiterten Regionalverbund eines europäisch bedeutsamen Wirtschaftsraumes liegen, gemeinsam mit der Metropolregion Bremen/Oldenburg bis in die

peripheren Verflechtungsräume in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

Die in der Metropolregion Hamburg praktizierte interkommunale Kooperation über drei Ländergrenzen hinweg auf informeller Basis hat sich schon jetzt bewährt. Die Kommunen haben die Chancen gemeinsamer regionaler Projekte erkannt und genutzt. Die angrenzenden Räume insbesondere in Schleswig-Holstein streben angesichts dieser Erfolgsaussichten nach erweiterter Kooperation im Sinne großräumiger Verantwortungsgemeinschaften, wie sie aktuell mit den neuen Leitbildern in der Ministerkonferenz für Raumordnung diskutiert werden. Wenn es gelingt diese Zusammenarbeit von metropolitanen Kernen, ihren engeren und weiteren bis peripheren Verflechtungsräumen flächendeckend für die Bundesrepublik zu entwickeln, dann erhält auch der raumordnerische Grundsatz gleichwertiger Lebensbedingungen eine neue gestalterische Kraft.

Agglomerationen eröffnen also neue Perspektiven und Gestaltungsspielräume für die Raumentwicklung; sie gilt es zu nutzen! ■

Suntje Schmidt

Modelle räumlicher Planung in südeuropäischen Metropolräumen

Ein Austausch über Potenziale und Engpässe sowie Handlungsoptionen für die räumliche Entwicklung von Metropolregionen steht im Mittelpunkt des Interreg IIIC-Projektes "Coronas Metropolitanas". Für die beteiligten Metropolregionen Athen, Berlin-Brandenburg, Madrid und Rom wurden jeweils sehr unterschiedliche Konstrukte der räumlichen Planung gefunden. Sie reichen von zeitlich begrenzten, projektbezogenen Verbänden einzelner Institutionen bis hin zu dem stabilen Konstrukt der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin

und Brandenburg. Die südeuropäischen Partner zeigen großes Interesse an dieser institutionalisierten Form einer übergreifenden räumlichen Planung. Aus ihrer Sicht ist eine derartige Einrichtung einmalig und eröffnet Erfolg versprechende Optionen für eine nachhaltige und ausgeglichene Entwicklung. Im Folgenden werden die Modelle der räumlichen Planung in den südeuropäischen Metropolregionen kurz vorgestellt, um mögliche übertragbare Elemente hervor zu heben.

So ist die räumliche Planung in Griechenland stark hierarchisch und formal organisiert, eine institutionalisierte übergreifende Raumentwicklungspolitik für die Metropolregion wurde erst spät in Form der Präfektur von **Athen** eingeführt. Eine formelle Beteiligung privater oder zivilgesellschaftlicher Akteure wird bis jetzt nicht praktiziert und erfolgt lediglich bei Eigeninitiativen auf Projektbasis. Obwohl die Metropolregion Athen als stärkster Entwicklungsmotor des Landes anerkannt ist, fehlt es an Instrumenten und Leitbildern, die eine Kooperation zwischen den Gemeinden und Städten sowie der Präfektur vereinfachen. Erst als 1983 eine Art Flächennutzungsplan von den Kommunen gefordert wurde, entwickelte sich allmählich eine abgestimmte regionale Entwicklungsplanung für die Metropolregion. 1985 wurden der *Regulatory Plan and Programme of Environment Protection in G.A.A.* mit dem Ziel der Einrichtung spezieller Entwicklungszonen und -achsen sowie der "*Regulatory Urban Plan*" (RUP) verabschiedet. Durch eine Gebietsreform und Neuorganisation der Verwaltung erhielt die Präfektur von Athen ein erweitertes Kompetenzfeld. Zu den wichtigsten Neuerungen zählt, dass in einem Vierjahresturnus ein Präfekt, ein Konzil sowie sechs Komitees gewählt werden, die unabhängig vom Staat Entscheidungen treffen und Maßnahmen umsetzen können. Inhaltliche Schwerpunkte der Komitees bilden die wirtschaftliche Entwicklung, die Stadtplanung sowie die Verkehrs- und Kommunikationsnetze. Derzeit besteht das Problem darin, dass die einzelnen Kommunen in der Präfektur Athen zum Teil gegensätzliche Inter-

essen verfolgen. Um Entwicklungsleitlinien und -maßnahmen umzusetzen, müssen zwischen den Kommunen und der Präfektur Verträge und Vereinbarungen abgeschlossen werden. Dies verzögert und hemmt eine praktische Umsetzung. Darüber hinaus deckt die Präfektur nicht das gesamte Gebiet der Metropolregion der "Greater Athens Area" (G.A.A.) ab, so dass zusätzliche Abstimmungsprozesse durchgeführt werden müssen.

In Spanien wurde mit der Verfassung von 1978 eine umfassende Gebietsreform durchgeführt. Aus dieser gingen 1983 17 autonome Regionen, 52 Provinzen und 8.111 Gemeinden hervor. In diesem Zusammenhang wurde auch die autonome Region **Madrid** gebildet, die aus der Metropole und 179 Gemeinden besteht. Darüber hinaus lässt die Verfassung auch die Bildung weiterer Gebietseinheiten zu (z.B. Makroregionen, Bezirke und Metropolregionen). Es ist Aufgabe der autonomen Region, per Erlass Metropolregionen mit den entsprechenden administrativen Organen zu gründen, deren Kompetenzen zu definieren sowie deren politische Legitimation zu sichern. Trotz dieser Option hat sich eine solche Organisation für Madrid nicht durchgesetzt. Grund hierfür ist u.a. der Widerstand von Seiten der suburbanen Gemeinden, die dadurch einen Kompetenzverlust befürchteten. Erst 1987 erwies sich das politisch unterstützte Programm *Madrid Region Metropolitana* als eine erfolgreiche Alternativlösung zur Regionsbildung. Die erfolgreiche Unterstützung des Wahlkampfes der *Federación Socialist Madrileña* in der Metropole und im Umland sicherte politische Kontinuität und führte zur Neuformulierung der Entwicklungsstrategien für den Gesamtraum. Die Region wurde von öffentlicher Seite weniger als Metropole mit ländlichem Hinterland, sondern erstmals als zusammenhängende funktionale Metropolregion wahrgenommen. Schon im folgenden Jahr wurde die öffentlich finanzierte Entwicklungsagentur ARPEGIO eingerichtet: "As an independent authority with financing capacity, ARPEGIO could buy land, prepare it for development (infrastruc-

ture, utilities, etc.), and develop/co-develop it."¹ Somit bestand die regionale Entwicklungsplanung für die Metropolregion aus einer *Planungseinheit* sowie einer Einrichtung zur *Umsetzung* der Pläne. Anfang der 90er Jahre wurde der Einfluss dieser Organisation schwächer. Seitdem wird versucht, die bis dahin flexibel gestalteten Abkommen und Vereinbarungen zwischen den Gemeinden, der autonomen Region und Madrid durch institutionalisierte Verfahrensabläufe wieder zu stabilisieren.

In Italien werden fünf Gebietskörperschaften unterschieden: funktionale Einheiten (Nord-, Zentral- und Süditalien), Regionen (20), Provinzen (103), Gemeinden und Sonderformen (z.B. Zusammenschlüsse mehrerer Gemeinden). Als eine Sonderform wurde 1990 bzw. 2000 das Konzept der Metropolräume eingeführt, das zwölf Metropolen als Kerne definierte. Zu den Aufgabenbereichen der jeweiligen Regierungsbehörde für den Metropolraum zählen u.a. Territorial- und Infrastrukturplanung (Transport, Abwasser und Wasser, Energie, öffentliche Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich) sowie Schutz und Vermarktung kultureller Bestände und der Umwelt. Gleichzeitig wurden "Metropolitane Konferenzen" eingerichtet, die sich aus dem Präsidenten der Provinz sowie den Bürgermeistern der Provinzgemeinden zusammensetzen. Ziele der Konferenz sind die Abstimmung gemeindeübergrenzter Politiken, die Definition der räumlichen Abgrenzung des Metropolraumes und das Formulieren von Vorschlägen zur Institutionalisierung eines politischen Organs für den Metropolraum. Ende der 90er Jahre stellte die Konferenz zur Abgrenzung des Metropolraumes von **Rom** ihre Arbeit ein, weil die Interessenlage der Gebietskörperschaften zu unterschiedlich war. Inzwischen wurde der Diskussionsprozess erneut aufgenommen, bereits 25 von 119 Gemeinden der Provinz haben formal bestätigt,

1 Neuman, M.; Gavinha, J. (2005): The Planning Dialectic of Continuity and Change: The Evolution of Metropolitan Planning in Madrid. In: European Planning Studies Vol. 13, No. 7 Oct. 2005, S. 985-1012.

sich an einer Abgrenzung und Institutionalisierung des Metropolraumes zu beteiligen. Währenddessen werden Maßnahmen zur Stabilisierung der sozio-ökonomischen Entwicklungen im Metropolraum allein auf Projektbasis durchgeführt, für die jeweils zeitlich befristete, projektgebundene Konsortien von Gemeinden und Institutionen gebildet werden.

Die Beispiele zeigen, dass bestehende institutionelle Rahmenbedingungen und die nationale Logiken regionaler und lokaler Planung die Möglichkeiten und Handlungsoptionen der Planung beeinflussen. Ein einheitliches Modell zur Organisation der räumlichen Planung für Metropolregionen kann so nicht gebildet werden. Dennoch sind einige Elemente der südeuropäischen Modelle besonders erwähnenswert:

- Einer der Hauptgründe für die Krise des **spanischen Modells** liegt darin, dass es an gemeinsam formulierten Zielen und Leitbildern fehlt. Die übergeordnete Planung und Umsetzung entstand als Reaktion auf vorhandene Probleme. Aufgrund fehlender gemeinsamer *Zielvorstellungen* wurden keine gemeinsamen Entwicklungsstrategien zum Ausbau des vorhandenen Ansatzes entwickelt.
- Das **griechische Beispiel** zeigt, dass *hoher administrativer Aufwand* Entwicklungsansätze verlangsamt und schließlich dazu führt, dass Planungen nicht umgesetzt werden. Erschwert wird die Umsetzung darüber hinaus durch die fehlende *Einbindung von Akteuren* außerhalb der Verwaltung. Die Sensibilisierung für die Notwendigkeit einer regionalen Planung in der Metropolregion fehlt. Ferner werden Zielvorstellungen entwickelt, die an den Interessen und Bedürfnissen der Akteure vorbei gehen und Konflikte verursachen.
- Auch das Beispiel der **Metropolregion von Rom** zeigt, dass *administrative Grenzen und Gesetze* die Raumentwicklung einer Metropolregion behindern können. Wie in Griechenland entstehen Spannungen zwischen den Kompetenzen

und Einflussbereichen unterschiedlicher Raumeinheiten (Gemeinden – Präfekturen bzw. Gemeinden – Provinzen). Divergierende kommunale Interessen gewinnen Vorrang gegenüber gemeinsamen Zielen und behindern eine stringente Raumentwicklungspolitik für die Metropolregion.

- Allen vorgestellten Beispielen gemeinsam ist das Problem einer Abgrenzung der Metropolregion. Das spanische Beispiel zeigt, dass – sofern eine Planungseinheit besteht – der Erfolg von Planungen in einer räumlich klar definierten Region auch von einer institutionalisierten Umsetzungseinheit mit eigenen Kompetenzen und finanziellen Ressourcen für Projekte abhängt.

Eine metropolitane räumliche Planung konnte in keiner der vorgestellten Metropolregionen binnen kurzer Zeit etabliert und umgesetzt werden. Alle Modelle haben auch nach Jahrzehnten gemeinsamer Anstrengungen noch keine vollständig zufrieden stellende Lösung gefunden. Daher ist es bemerkenswert, dass in der Metropolregion Berlin-Brandenburg nur sechs Jahre nach einer tief greifenden politischen Wende und einem anhaltenden gesellschaftlichen und wirtschaftsstrukturellen Wandel eine länderübergreifende Landesplanung eingerichtet werden konnte. Es liegt in der Natur der Sache, dass nicht sofort für alles eine zufrieden stellende Lösung gefunden wurde. Gesellschaftliche Entwicklungen sowie innerregionale Probleme erfordern ein ständiges Überdenken und Überarbeiten vorhandener Instrumente. Starre Planungssysteme behindern eine solche flexible Ausrichtung. Die hier vorgestellten Beispiele machen dies deutlich. Sie unterstreichen, dass gemeinsam entwickelte Leitbilder und vor allem die gesicherte Umsetzung der Leitbilder in Projekten neben der Einbindung öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure entscheidende Erfolgsfaktoren für die Entwicklung von Metropolregionen sind.

Ulf Matthiesen

Von Krafräumen und Speckwürfeln. Ein Beitrag zur clusterorientierten Brandenburger Entwicklungspolitik

1 Zum gegenwärtigen Stand der Debatte

Vor einem Jahr wurde von Seiten der brandenburgischen Landesregierung ein scharfer Kurswechsel in der Förder- und Entwicklungspolitik des Landes Brandenburg proklamiert. Im alltäglichen Politikdiskurs wird das seither als "Cluster-Politik" oder als "Förderung regionaler Wertschöpfungs-Cluster" gehandelt: weg von der Gießkanne, hin zur Förderung von schon funktionierenden Wachstumskernen und (mehr oder weniger) vernetzten Branchenschwerpunkten im institutionellen Rahmen eines vereinfachten, stark auf das Berliner Umland konzentrierten raumplanerischen Zentrensystems.

Die öffentliche Meinung hat das auf der einen Seite als ehrlichen und überfälligen Kurswechsel begrüßt. Andererseits ist ein scharfer öffentlicher Streit im Gange über die Auswirkungen dieses Politikwechsels auf das ohnehin schon stark disparitäre Verhältnis von engerem Verflechtungsraum (eV) und äußerem Entwicklungsraum (äE) Brandenburgs. Zustimmung und Ablehnung scheinen hier stark "raumgebunden": die entrüstete "Peripherie" sieht die Effekte der Cluster-Förderung naturgemäß anders als die Speckwürfel im "Speckgürtel".

Die Hauptgründe für die (späte!) Kurskorrektur sind hinlänglich bekannt: a. die Folgen des demographischen Wandels, b. schrumpfende Förderkulissen, c. weiter eskalierende Entwicklungsspreizungen zwischen dem eV und dem entwicklungschwachen äE. Hinzu tritt d. ein gravierendes wissensgesellschaftliches Kompetenzproblem: die Abwanderung der Jungen und Gutausgebildeten, insbesondere junger Frauen (Brain Drain) sowie eine neue Doppelkonstellation von hoher struktureller Dauerarbeitslosigkeit bei gleich-

zeitigen Kompetenzdefiziten auf dem Felde lokaler und regionaler Ökonomien und ihrer Wertschöpfungsketten gerade in den peripheren Räumen mit hohem Entwicklungsbedarf.

2 Eine undiskutierte Kernannahme und eine Gegenthese

Im Windschatten dieser Diskussionen ist eine zentrale Voraussetzung für die neue Förderpolitik und ihre Entwicklungskonzeption in frappierender Weise *undiskutiert* geblieben: die Annahme, dass das brandenburgische Umland Berlins schon jetzt ein dynamisch vernetzter Speckgürtel mit pulsierenden Wachstumskernen und Branchenschwerpunkten ist. Ministerpräsident Platzeck hat dafür den sportiven Entwicklungsbegriff des "*Krafraums*" eingeführt. Oranienburg, Falkensee, Potsdam, Teltow, Ludwigsfelde und Dahlewitz bilden danach die räumlichen Kerne dieses bestens aufgestellten, eng vernetzten Krafraums.

Diese den entwicklungspolitischen Kurswechsel tragende *Krafraum-These* mit ihrer Annahme von gut vernetzten, potenziell selbsttragenden Entwicklungsdynamiken in den Wachstumskernen und Branchenclustern des eV möchten wir mit unserem Diskussionsbeitrag ein wenig aus dem diskursiven Windschatten ziehen.

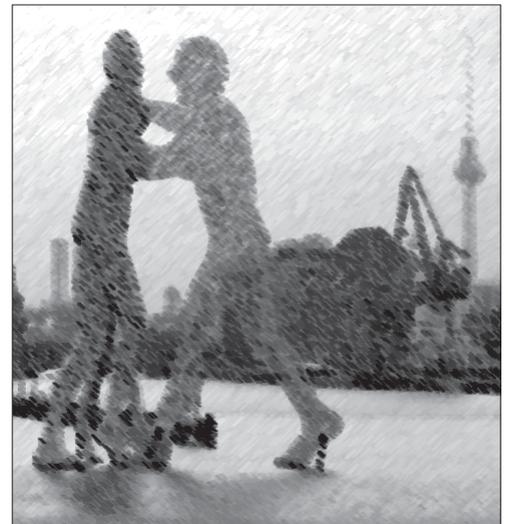
Für eine *realistische* Neu-Formulierung der brandenburgischen Entwicklungspolitik sehen wir eine möglichst *wirklichkeitsgetreue und differenzierende* Analyse dieses Teilraumes und seiner Potenziale als entscheidend an. Deshalb konzentrieren wir unseren Kommentar zum Paradigmenwechsel der brandenburgischen Entwicklungspolitik auf diesen einen, allerdings *zentralen* Punkt.

Gegen die in unseren Augen überzogene Krafraum-These möchten wir die Gegenthese eines insgesamt stagnierenden Wirtschaftsraums – mit einer *peripheren* Metropole in ihrer Mitte – stellen. Zwar ist dieser Raum von einer Reihe (allerdings noch nicht optimal

vernetzter) "Speckwürfel" sowie "Wissens- und Kompetenzinseln" an den gerade markierten Standorten geprägt. Keinesfalls aber ist er schon durch einen geschlossenen, kräftig-dynamisch und wissensbasiert sich entwickelnden "Speckgürtel" gekennzeichnet.

3 Empirische Evidenzen

Wir müssen uns hier auf wenige Belege beschränken (Datenbasis sind Strukturdatenanalysen innerhalb des DFG-Vergleichsprojektes "Suburbanisierung im 21. Jahrhundert" – gemeinsam mit der HafenCity Universität Hamburg).



Die Berliner Metropolregion ist bislang weithin *kein* dynamischer, sondern eher ein suboptimal vernetzter stagnierender Wirtschaftsraum. Gerade die Metropole selbst nimmt bislang – nicht zuletzt wegen ihres weit unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums – eine periphere Stellung innerhalb der europäischen Städtenetze ein. Weder ist Berlin in das Netz der westeuropäischen Wachstumsregionen eingegliedert, noch hat diese Metropolregion bislang zu einer deutlichen Drehscheiben-Funktion zwischen West- und Osteuropa gefunden. Vielmehr laboriert Berlin weiter an ähnlichen Strukturproblemen wie die anderen ostdeutschen Bundesländer (Stichwort: De-Industrialisierungseffekte). Selbst die massive Clusterung von Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen in der Metropolregion – neben der Hauptstadtfunktion ein unzweifelhaftes Potenzial – kann

te bislang *nicht hinreichend* in geschlossene Wertschöpfungsketten integriert werden.

Insgesamt verdichtet sich vor dem Hintergrund aktueller Strukturdaten für den "Krafraum" folgendes Bild: Der engere Verflechtungsraum Brandenburgs ist bislang kein geschlossenes und sich dynamisch vernetzendes Standortgebiet – kein Krafraum oder "Speckgürtel" also, sondern allenfalls ein Band von nicht systematisch vernetzten Speckwürfeln. Das gilt trotz der mit Recht hervorgehobenen Branchencluster im Bereich von BioTech, Luft- und Raumfahrt, Medien, Verkehr, Kulturtourismus. Vor allem im Vergleich mit anderen Metropolregionen ähnlicher Größe zeigt sich, wie im Falle Berlins Gewerbe- und Wohnsuburbanisierungsprozesse seit 1990 insgesamt eher verhalten als dynamisch verlaufen sind. Die Zahl der Arbeitsorte mit hoher Wirtschaftskraft im eV ist *vergleichsweise* gering geblieben. Das gleiche gilt für die Entwicklung von Pendlerverflechtungen, die Dynamiken der Achsenräume etc. Zudem verteilen sich die Arbeitsorte räumlich stark gestreut. "Gewinner" und "Verlierer" der Verflechtungsprozesse von Kernstadt und engerem Verflechtungsraum liegen nicht selten in unmittelbarer Nachbarschaft.

4 Abschließende Bemerkungen zur Rolle der Humanressourcen

Die deutlichen Unterschiede in der Real- und Potenzialanalyse des "Krafraumes" haben natürlich Auswirkungen auf die Zieldimension der brandenburgischen Entwicklungspolitiken. Vor dem Hintergrund unserer skeptischeren Lagebeurteilung scheinen einige abschließende Bemerkungen zum jetzt zentralen Politikfeld der Stärkung von Humanressourcen für das "rohstoffarme und küstenferne" Flächenland Brandenburg angebracht:

- Zunächst spricht vieles dafür, dass auch hier parallel zu den neuen branchenspezifischen "Cluster-" und Kompetenzfeld-Förderungen der globale Trend einer Stärkung der Humanressource "Wissen" aufgegriffen wird. Allerdings ist eine

solche Politik längst kein unumstrittener Selbstläufer mehr. Die Kausalitäten, die nicht-intendierten Nebeneffekte sowie die Implementierungszwänge einer konkurrenzfähigen wissensbasierten Regionalentwicklungspolitik sind alles andere als klar. Vieles spricht dafür, dass sich unter der Ägide wissensbasierter Raumentwicklungen und ihrer harten Exzellenzdynamiken Disparitäten und Differenzen eher weiter verstärken werden. Nun ist gerade die Brandenburger Wissenschafts- und Forschungslandschaft in besonders massiver Weise nach dem Förderprinzip der "Dezentralen Konzentration" lokalisiert worden, mit einer geringen Bündelung der Ressourcen, wenigen kritischen Massen und einigen Fehlallokationen. Insgesamt gibt es – mit Ausnahme von Potsdam – auch im "Krafraum" zu wenig "sticky knowledge places", also Orte, an denen sich heterogene Kompetenzen produktiv überlagern und stimulieren.

- Ungewiss bleibt weiter auch die unterstellte Funktion des "Krafraums" als Zielgebiet von Kompetenz-Wanderungen, die im äußeren Entwicklungsraum ausgelöst werden. Es gibt keine Hinweise dafür, warum hoch qualifizierte und hoch mobile Fachkräfte auf dem Weg zu profitablen Arbeitsmärkten ihre Suche abrupt im schwachen "Krafraum" abbremsen. Eher ist es so, dass etwa im veritablen Speckwürfel Dahlewitz (Rolls Royce) von 1.200 auf globalen Kompetenzmärkten akquirierten Fachkräften nur extrem wenige Personen und ihre Familien im Umland siedeln und dort Steuern zahlen. Stattdessen haben sie die internationalen Schulen und die grüne Urbanität des Berliner Südwestens schätzen gelernt. Auch das ein Hinweis, dass sich die Krafraumpotenziale des eV nur mit und nach einer Fusion werden perspektivischer nutzen lassen.
- Dazu muss die Statur und der Status des "Krafraumes" noch einmal neu und schärfer begutachtet werden. Die reale und heterogene Spezifik der Teilräume der Metropolregion wird immer wichtiger.

Darauf scheint die beschlossene Schwerpunktförderung noch zu wenig justiert. Unsere Speckwürfel-These legt hier unter anderem nahe, gerade Vernetzungsprozesse im eV zu verstärken – auch da, wo sie zunächst nur die eigenen Interessen in den Blick nehmen (etwa bei den Vernetzungsversuchen zwischen Stahnsdorf, Kleinmachnow und Teltow). Über Prioritäten muss viel stärker öffentlich gestritten werden, um den Paradigmenbruch in den Leitideen für die Berlin-Brandenburger Metropolregionsentwicklung lernfähig zu halten und in Richtung auf einen größeren Realismus zu verbessern.

- Sicher ist schließlich: Eine räumlich beziehungsweise lokal differenzierte Förderpolitik sollte lokale Begabungen dort fördern, wo sie aufzufinden sind. Das erfordert aber neue, unkonventionelle Suchprozesse, nicht nur eine Änderung der Förderkopf-Abflussrichtungen unter dem Label Cluster. Generelles Credo muss hier sein, lokale und regionale Potenziale in ihrem Zusammenspiel korrekter einzuschätzen. Allerdings drohen auch hier Fallen: etwa die einer zu großen Endogenitätsempfase ("Aus eigener Kraft!"). Klar ist einerseits: Ohne lokale und regionale Selbstorganisationspotenziale geht fast nichts mehr. Zugleich aber darf gerade die lokale Ebene nicht überlastet werden – etwa durch die Delegation der Lösung von überlokalen Strukturproblemen nach unten. Hier kommt alles auf neue Mischungen von "weichen" mit "harten" Netzwerken, die Förderung heterogener Wissenskulturen sowie die Optimierung der Wissenskreisläufe von der Forschungs- und Hochschuleseite bis zur Produktebene an. Eines ist gewiss: Die posttraditionale Wissensgesellschaft hält gerade für den potenziellen "Krafraum" der Berlin-Brandenburger Metropolregion insgesamt große neue Herausforderungen und neue Disparitäten bereit. Uns scheint es zwingend, diese Herausforderungen anzunehmen und in einer öffentlichen Debatte noch prononcierter abzuwägen. ■

Demographischer und wirtschaftlicher Strukturwandel – Konsequenzen für die Planung in der Metropolregion Berlin-Brandenburg

Demographischer Wandel, wirtschaftsräumliche Polarisierung

Das wohl auffälligste Phänomen des Wandels in der Metropolregion Berlin-Brandenburg ist der beschleunigte demographische Wandel, der mit wirtschaftlicher Strukturschwäche und sozialer Differenzierung verschränkt ist. Die Bevölkerungsveränderungen sind in Berlin-Brandenburg im Vergleich zu westdeutschen Regionen dramatisch. Aktuelle regionalisierte Bevölkerungsanalysen und -prognosen zeigen, dass die einzelnen Regionsteile stark voneinander abweichende und sogar gegenläufige Entwicklungen im Hinblick auf Einwohnerzahlen, Alterung und Heterogenisierung der Bevölkerung durchlaufen. So zeichnet sich ein räumlicher Konzentrationsprozess der Bevölkerung im Metropolraum Berlin ab (Abwanderungen vollziehen sich von den Randregionen Brandenburgs, außerhalb des Metropolraumes, nach Berlin und in die westlichen Bundesländer). Durch die Abwanderung junger Bevölkerungsteile, vor allem Frauen, beschleunigt sich die demographische Alterung.

Die demographischen Prozesse sind verschränkt mit dem wirtschaftlichen Wandel. Problematisch ist, dass die im Rahmen des DDR-Industrieprogramms planmäßig auf- und ausgebauten Industriestandorte – von Ausnahmen (Schwedt) abgesehen – innerhalb weniger Jahre weitgehend zusammengebrochen sind. Der radikale Abbau von Industriearbeitsplätzen hat in vielen Gebieten der Region die demographische Abwärtsspirale befördert. Überkapazitäten der Infrastrukturen und des Wohnungsangebots sind die Folge. Diese Entwicklung wird verschärft, weil viele dieser Gebiete nicht oder nur sehr begrenzt in die entstehende neue Arbeitsteilung der durch Wissen geprägten post-industriellen

Ökonomie einbezogen sind; hier steht das Humankapital im Mittelpunkt. Der Wechsel von einer auf Rohmaterialien basierenden Wirtschaft zu einer Wirtschaft, in der Wissen zum entscheidenden Produktionsfaktor wird, führt zum Entstehen einer Vielzahl neuer Industrien und Dienstleistungen, aber oft an anderen Standorten als denen der "alten" Industrien.

Regionale Wachstumsstrategie oder Ausgleichspolitik?

Vor diesem Hintergrund stehen die Regional- und Raumpolitik in Berlin und Brandenburg vor der grundsätzlichen Herausforderung, sich entweder weiter am grundgesetzlichen Gebot der "einheitlichen Lebensverhältnisse" zu orientieren und die benachteiligten Regionsteile zu fördern *oder* sich darauf zu konzentrieren, die wirtschaftlichen Wachstumskräfte an den entwicklungs-fähigen Standorten freizusetzen. Instrumente der Raum- und Landesplanung in Verbindung mit verschiedenen strukturpolitischen Instrumenten (Infrastrukturpolitik, GA) waren im Wesentlichen darauf ausgerichtet, einen Ausgleich zwischen den wachsenden Verdichtungsräumen und den ländlichen Peripherien herzustellen. In diesem Ansatz sind die Agglomerationsräume wirtschaftliche Wachstumsmotoren ohne Förderungsbedarf, während man dieses Wachstum in die benachteiligten ländlichen Regionsteile tragen wollte. Die Strategie setzte auch in der Metropolregion Berlin-Brandenburg auf Kapital- und Investitionsförderung sowie Infrastruktur in den klassischen Sektoren der Fertigung.

Antworten auf den Strukturwandel (großräumige Schrumpfungsgebiete, Wissensökonomie) sind in diesem Politik- und landesplanerischen Ansatz strukturell nicht vorgesehen. Es erstaunt deshalb nicht, dass in Berlin-Brandenburg eine grundlegende Revision der Landesplanung eingeleitet wurde. Es geht jetzt mehr um eine der jeweiligen Situation und den Stärken der Landes-teile entsprechenden Qualifizierung, die langfristig wieder in den Pfad der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse münden kann. Konkret bedeutet dies, dass die Landesplanung sich (1)

auf Berlin und das Umland als Standorte der neuen Wissensökonomie konzentrieren muss. Ferner sind (2) die mittleren Städte in dieses auf Wissen gestützte Wachstumskonzept einzubeziehen und (3) Auffangstrategien für die peripheren Räume zu entwickeln. Für jede dieser Raumkategorien sind spezifische landesplanerische und strukturpolitische Maßnahmen gefragt, die bis zur aktiven Entwicklung von Wirtschaftsstandorten und zum Flächenmanagement reichen.

Strategien für den "Zentralraum" der Metropolregion

Metropolen sind heute Standorte der neu entstehenden *Wissensökonomie*. Dieser Wirtschaftskomplex ist auf die Erzeugung und Kommerzialisierung von Informationen spezialisiert und trägt zur Verbreitung von neuem Wissen und Innovationen in den globalen, arbeitsteilig organisierten Firmennetzwerken bei. Während sich die traditionelle industrielle Fertigung zunehmend global verteilt und diese Verlagerungsprozesse gerade in Ostdeutschland zu einer weitgehenden Deindustrialisierung geführt haben, bietet die Bundesrepublik in den großen städtischen Agglomerationen mit den hochqualifizierten Wissensarbeitern Wachstumspotenziale. Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum sind hier an wissensbasierte Produkte und Dienstleistungen im Vorfeld (FuE, Produktdesign) oder am Ende der globalen Fertigungsketten (Marketing) gebunden. Eine Wachstumsstrategie für die Agglomerationsräume muss sich daher vor allem auf das Humankapital bzw. die Wissensarbeiter richten und Angebote schaffen, die diese Standorte für die neuen Nutzungsansprüche attraktiv machen:

- Die neuen Wachstumsindustrien suchen meist hochwertige innerstädtische Standorte. Hier lassen sich Altindustrie- und Konversionsflächen mobilisieren. Die Gewerbegebietsentwicklung zielt ferner auf "Parklandschaften" und Nutzungsmischung.
- Neben der verkehrlichen Erreichbarkeit sind Breitbandanschlüsse der Telekommunikation heute die

wichtigste Transportinfrastruktur für die regionalen Innovationssysteme. Agglomerationen bilden zentrale Knoten im Rückgrat der IuK-Infrastruktur, was eine Voraussetzung für den Wissensaustausch und die Wissensverarbeitung ist.

- Ferner bedarf das wirtschaftliche Netzwerk auch des Ausbaus zu leistungsfähigen Infrastrukturknoten des Personentransports (Flughäfen, Bahnhöfe), aber auch zu Treffpunkten der Wissenscommunities (Messe-, Kongress-, Tagungszentrum, Hotellerie etc.).
- Für die Wissensarbeiter sind entsprechend hochwertige Kultur- und Unterhaltungsangebote vorzuhalten.

All dies heißt, dass die Restrukturierung zu einem neuen "Zentralraum für die Wissensökonomie" zu forcieren ist. Im Umland dieses Zentralraumes fin-

ökonomie in die metropolitanen Wirtschaftszusammenhänge einbezogen. Auch in Berlin und Brandenburg zeigt sich, dass in den größeren Städten Brandenburgs ansatzweise Cluster neuer wissensintensiver Industrien und Dienstleister entstehen. Allerdings genügt dieses Wachstum bisher bei weitem nicht, um den industriellen Niedergang zu kompensieren. Die Politik muss bei den Dienstleistern und Industrien der Wissensökonomie und nicht bei der bisher geförderten Grundstoffindustrie und den Schwerpunkten der klassischen Industrie ansetzen. Ansätze finden sich z.B. in Potsdam (Medienindustrie, Kulturwirtschaft), Neuruppin (Bildung, Kultur, Tourismus), Jüterbog/Luckenwalde (Biotechnologie) und anderen größeren Städten.

Eine wichtige Aufgabe ist in diesem Zusammenhang die Verknüpfung von

- Die Wissensökonomie bedarf besonders leistungsfähiger Kommunikations- und Transportinfrastrukturen. Der Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen und ihre Vernetzung mit den großen Agglomerationen sind zu forcieren.
- Für die neuen Wachstumsindustrien sind Altindustrie- und Konversionsflächen zu hochwertigen innerstädtischen Standorten umzugestalten.
- Ferner ist zu berücksichtigen, dass sich die Qualitätsansprüche an das Wohnen, die sozialen und auch kulturellen Angebote sowie die Ästhetik des Raumes an der Entwicklung zur Wissensgesellschaft orientieren.

Eine derartige Wachstumsstrategie kann auch zur demographischen Stabilisierung beitragen, junge hochqualifizierte Menschen halten und anziehen.

Auffangstrategien für ländlich-periphere Regionsteile

Ein besonderes regional- und strukturpolitisches Problem stellen die Randgebiete der Metropolregion dar, die unter besonders starken Bevölkerungsverlusten leiden. Ihnen geht so das Humanpotenzial für eine Strategie der Wissensökonomie und des wirtschaftlichen Wachstums verloren. Im Mittelpunkt sollten Handlungskonzepte stehen, die anerkennen, dass die regionale Wirtschaft und die soziale Basis nicht mehr auf dem in den Jahren der Nachwendezeit angestrebten Niveau gehalten werden können. Stabilisierungsstrategien sind hier, obwohl auch sie öffentliche Mittel beanspruchen, nicht mit Ausgleichspolitik gleichzusetzen, weil es hier – zumindest derzeit – nicht um die räumliche Steuerung von wirtschaftlichen Aufholprozessen geht.

Auffangstrategien für die peripheren Regionsteile sorgen in diesem Zusammenhang dafür, dass

- die Erreichbarkeit Berlins und der mittleren Stadtregionen von den peripheren ländlichen Gebieten aus verbessert und so das Verbleiben der jungen erwerbsfähigen Bevölkerung gefördert wird,



det ebenfalls eine Expansion der Wissensökonomie statt: Gewerbeparks kombinieren Büro-, Lager- und Serviceflächen. Sie dienen einer Nachfrage aus Handel, Informationsdienstleistungen, Telekommunikations- und Technologieunternehmen.

Wachstumsstrategien für die mittleren Stadtregionen in Brandenburg
 In Westdeutschland werden die mittleren Städte im ländlichen Raum als eigenständige Standorte der Wissens-

bildungs-, wissenschafts-, wirtschafts- und raumentwicklungspolitischen Maßnahmen:

- Die regionale Wirtschaftsförderung (EU-Strukturförderung und GA) sollte mehr als bisher auf den Wandel zur wissensbasierten Wirtschaft gerichtet werden und die Entwicklung regionaler Innovationssysteme mit den Fachhochschulen und Universitäten als Kerne in den Mittelpunkt stellen.

- die Telekommunikationsinfrastruktur auf den neuesten Stand gebracht wird und attraktive Landschaftsräume partiell zu spezialisierten Standorten der Wissensökonomie aufsteigen können,
- der Rückzug von umfassender Daseinsvorsorge mit einer Stabilisierung der Klein- und Mittelstädte als Städte für die Nahversorgung verbunden wird,
- die Verantwortlichen in diesen Räumen stimuliert werden, endogene Entwicklungsstrategien zu suchen (z.B. in der Gesundheitswirtschaft, in der alternativen Verwertung von natürlichen Rohstoffen), die die Standortattraktivität heben und ein zusätzliches Stabilisierungselement sind.

Fazit

In den nächsten Jahren wird sich kaum vermeiden lassen, dass sich die demographische, soziale, wirtschaftliche und räumliche Ungleichheit in der Metropolregion Berlin-Brandenburg vergrößert. Die auf Wachstumspole orientierte Politik wird erst mittelfristig Früchte tragen und die Ressourcen erzeugen, die eine Rückkehr zur wirtschaftsräumlichen Ausgleichspolitik gerechtfertigt erscheinen lassen. Derzeit gilt es, die Wachstumsschwäche in der gesamten Region, die hohe Arbeitslosigkeit, den Rückstand in der wirtschaftlichen Produktivität, in den FuE-Leistungen der Privatwirtschaft zu überwinden. Insgesamt hat die Stadt- und Regionalpolitik sich auf eine wachsende postindustrielle Klientel mit hohen Ansprüchen an die Qualität des eigenen Arbeitsplatzes, an das Design der Städte, deren Image und Kulturangebot einzustellen. Eine derartige Wachstumsstrategie vernachlässigt nicht automatisch die zurückgebliebenen Regionsteile. Auffangstrategien, die die Spirale des demographischen Schrumpfungsprozesses stoppen können, sind vor allem die gute verkehrliche Verknüpfung mit den Wachstums- und Innovationszentren, die Entwicklung der ländlichen Städte zu Orten der infrastrukturellen Nahversorgung sowie die Entdeckung der eigenen Potenziale für eine angepasste wirtschaftliche Entwicklung. ■

Hans-Joachim Bürkner

Rückzug aus der Fläche – beschlossene Sache?

Konzentration auf das Wesentliche

Es ist nicht zu übersehen: in die ostdeutsche Förderlandschaft ist Bewegung gekommen. Nach der ersten Deindustrialisierungswelle der 90er Jahre sowie einigen Konsolidierungstendenzen gegen Ende des Jahrzehnts, die sich hauptsächlich auf die wirtschaftsstärkeren Großstadtreionen beschränkten, ist inzwischen offensichtlich geworden, dass die alten Patentrezepte für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen nicht mehr taugen. Anhaltende regionale Wirtschaftskrisen und Bevölkerungsrückgänge haben die öffentlichen Kassen geleert. Wichtige Steuer-Einnahmequellen fehlen, während die Kosten für die Bereitstellung und Unterhaltung von Infrastrukturen massiv steigen. Diese Entwicklungstrends beeinflussen auch die weitere Entwicklung der Lebensverhältnisse in den von Schrumpfung betroffenen Regionen.

Die klassische staatliche Versorgungspolitik zielte in der Vergangenheit auf die Herstellung gleichwertiger Lebensgrundlagen ab. Die staatliche Daseinsvorsorge hatte dazu ein verbindliches Modell entwickelt, das nicht nur eine hohe Versorgungsqualität sicherstellen, sondern darüber hinaus die Voraussetzungen für staatliche Integration und die gesellschaftliche Partizipation breiter Bevölkerungsschichten bzw. -gruppen schaffen sollte. Während dieses Modell in den Wachstumsphasen der alten Bundesrepublik weitgehend reibungsfrei funktionierte, fehlten in Ostdeutschland von Anfang an die ökonomischen Voraussetzungen dafür: Ausbleibendes Wachstum und Schrumpfung auf breiter Front haben das staatliche Versorgungsmodell ins Leere laufen lassen. In Ländern wie Brandenburg sind Infrastrukturinvestitionen in Milliardenhöhe buchstäblich verpufft – sie haben nicht die erhofften wirtschaftlichen Entwicklungserfolge zeitigt, sondern eher noch Entzugseffekte gehabt. Angesichts mangelnder Arbeitsplätze haben sie einer mobilen,

im Lande aber chancenarmen Bevölkerung den Fortzug oder das Pendeln in andere Bundesländer erleichtert. Faktisch ist damit in den peripheren Regionen Ostdeutschlands die materielle Basis für einen umfangreichen *brain drain*, d.h. die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte entstanden.

Länder und Kommunen versuchen unter diesen Umständen, die knapper werdenden finanziellen Mittel effizienter einzusetzen. "Weg von der Förderung mit der Gießkanne" heißt die generelle Devise. Ein derartiger Wechsel der förderpolitischen Grundsätze bedeutet auch, dass sich der Staat nach einer Phase der Implementation westdeutscher, wachstumsorientierter Raumordnungsprinzipien nun auf breiter Front aus der Fläche zurückzieht. Alte wohlfahrtsstaatliche Ziele wie z.B. der Ausgleich regionaler Disparitäten werden tendenziell aufgegeben. Mittlerweile formulieren einige Bundesländer, darunter das Land Brandenburg, Ideen zur Kontraktion von Regionen und Stadtreionen auf entwicklungsfähige Standorte oder Siedlungskerne, zum Rückbau von wenig nachgefragten Infrastrukturen und zur Neuordnung zentralörtlicher Funktionen.

Die Logik, nach der jetzt umgesteuert wird, scheint auf den ersten Blick einleuchtend zu sein. Fördergelder, die keinen strukturpolitischen Ertrag bringen, gelten als verloren; ihr Einsatz ist politisch kaum legitimierbar. Aus der Sicht der Kommunen und der betroffenen Bevölkerung kann mit den Rückzugsstrategien jedoch erhebliches Konfliktpotenzial verbunden sein. Schließlich geht es nicht nur um die Frage, wie sich die lokalen Lebensverhältnisse unter den neuen Schwerpunktsetzungen entwickeln werden, sondern auch darum, wie die Kommunen mit der veränderten Rolle des Staates überhaupt umgehen können. Was für die einen – die relativ Starken, Erfolgreichen – aufgrund zielgerichteter Stärkenförderung als fortgesetzte Politik des stützenden Staates, des "enabling state" wirksam wird, kann sich für die relativ Schwachen, Gefährdeten als "disenabling" oder gar "disempowerment", d.h. als politische Ab-

kopplung und Entlassung in lokale Handlungsunfähigkeit äußern.

"Die Starken stärken" – Wirtschaftsförderung auf neuen Wegen?

In Brandenburg offenbart sich in diesem Zusammenhang ein politisches Koordinationsproblem. Zum einen versucht die Landesregierung derzeit, die Logik der älteren Ausgleichspolitiken beizubehalten. Wichtige Versorgungsleistungen sollen auf dem Wege der partiellen Reform des Zentrale-Orte-Systems sichergestellt werden. Durch eine geplante Verringerung der Zahl der Zentralen Orte sollen die verbleibenden aufgewertet werden und als "Anker" für die sie umgebenden Mikroregionen dienen. Insbesondere die abwandernde Bevölkerung aus dem ländlichen Raum soll hier "aufgefangen" werden.

Zum anderen wird in einer unabhängig davon geführten Diskussion über die Umgestaltung und Neuausrichtung der Förderpolitiken nachgedacht. Seit ca. einem Jahr sind dabei veränderte Förderlogiken im Gespräch, die auf der Idee der Stärkung bereits starker Standort aufbauen. Das vom Wirtschaftsministerium des Landes entwickelte Konzept der 'Regionalen Wachstumskerne' setzt gezielt auf die Entwicklung zukunftsträchtiger Branchen-Kompetenzfelder. Diese Kompetenzfelder werden jeweils konkret verortet, und zwar in Form der Festlegung von so genannten Branchen-Schwerpunktorten. Sofern diese größer als 20.000 Einwohner sind und zudem wissenschaftliche Einrichtungen und ökonomische Entwicklungspotenziale aufweisen, erhalten sie den Status von "Regionalen Wachstumskernen" und werden bevorzugt gefördert. Ziel ist es, die jeweiligen Standorte im globalen Wettbewerb gut zu positionieren und darüber hinaus Ausstrahlungseffekte für das jeweilige Umland zu erzielen.

Diese Logik war in Teilen bereits in den 90er Jahren in der sog. Clusterpolitik enthalten. Die Förderung von innovativen Clustern, d.h. von räumlichen Konzentrationen klein- und mittelgroßer Unternehmen in technologie- und wissensintensiven Branchen, die

in globale Netzwerke integriert und teilweise auch am Standort vernetzt sind, hat zumindest punktuell für die Etablierung von lokalen Knotenpunkten der flexiblen Produktion, wissensbasierter Dienstleistungen sowie in geringerem Maße auch von Forschung und Entwicklung gesorgt. Allerdings haben kleinere Cluster der Mikroelektronik, der Biotechnologie, der Luft- und Raumfahrttechnik sowie des Fahrzeugbaus, wie sie in Brandenburg entstanden sind, nicht die erhofften Beschäftigungseffekte gehabt. Sie haben darüber hinaus auch kaum Ausstrahlungseffekte für die jeweiligen Regionen gezeitigt.

Generell stecken die neuen, auf globale Integration abzielenden Politikansätze in Brandenburg immer noch in den Kinderschuhen. Politische Strömungen, die die missglückten symbolischen Großprojekte der Ära Stolpe in den 90er Jahren für die Speerspitze der Modernisierung hielten, wirken bis heute nach. Eine dezidierte, auf die Schaffung und Stärkung von Innovationen sowie auf die Integration in globale Wirtschaftszusammenhänge ausgerichtete Wirtschaftspolitik kann unter diesen Umständen nur mit Mühe formuliert und öffentlich kommuniziert werden.

Die neue Konzentrationspolitik begünstigt vor allem die Metropolregion Berlin. Im Berliner Umland sind wichtige Cluster und wachstumsträchtige Dienstleistungsbereiche angesiedelt. Dagegen existieren keine nennenswerten Vorstellungen über den Umgang mit den immer weiter zurückfallenden Peripherien, von der vagen Hoffnung auf neue Ausstrahlungseffekte, die von den sog. Wachstumskernen ausgehen sollen, einmal abgesehen. In den derzeit in demographischer und ökonomischer Hinsicht leer laufenden Randregionen kann das neue politische *laissez faire* dagegen auf lange Sicht für kumulierende Problemlagen sorgen. Während die Effekte der teilweise bereits vorliegenden Konzepte für die "starken" Standorte noch nicht einzuschätzen sind, ist für die nicht konkurrenzfähigen Standorte eine relative Entwertung zu erwarten.

Offene Fragen

Es ist nicht zu übersehen: Von der gesamten Debatte kaum berührt wird die Frage nach der Zukunft der Peripherien. Angesichts der neuen Entwicklungshoffnungen drohen sie schlicht vernachlässigt zu werden. Wird nun der Durchmarsch wirtschaftsdarwinistischen Denkens in den Regionen geprobt? Oder steht uns nur – nach den "blühenden Landschaften" der 90er Jahre – eine Neuauflage unrealistischer Prosperitätsträume bevor, dieses Mal eben auf wenige Erfolg versprechende Standorte begrenzt? Es erscheint dringend geboten, die verfügbaren Optionen für die Entwicklung der Randregionen nüchtern zu sichten und nach realistischen Fördermöglichkeiten Ausschau zu halten.

Es spricht vieles dafür, dass reine Wachstumspolitiken unter den neuen Vorzeichen zu einer beschleunigten Abkopplung der Peripherien führen werden. Korrigierende Politiken, die die negativen Effekte für die Peripherien zumindest partiell mildern wollen, kommen vermutlich ohne ein Mindestmaß an Ausgleichsdenken nicht aus. Allerdings sind derzeit in fast allen Bundesländern einschlägige Überlegungen nahezu ausschließlich auf die Reform des Zentrale-Orte-Systems gerichtet, unter anderem mit dem Ziel, die Grundsicherung für die Städte neu zu definieren. Starre Kriterien- und Ausstattungskataloge werden jedoch den neuen Ansprüchen an politisch-strategische Flexibilität und reaktions-schnelle Weichenstellungen kaum gerecht.

Werden Wachstums- bzw. Konzentrationskonzepte und Ausgleichskonzepte ohne Abstimmung untereinander installiert, so wie dies bislang häufig der Fall war, kann es zu fortschreitenden Kumulationseffekten kommen – positiven für die "starken", negativen für die "schwachen" Städte. Ohne eine differenzierte Förderpolitik, die Wachstums- und Ausgleichsziele neu ausbalanciert und insbesondere die Grundversorgung in den Städten und Dörfern der Randregionen mit dem Blick auf veränderliche Alltagserfordernisse flexibel definiert, werden die anvisierten

Ziele – z. B. städtische "Anker" für die Regionen zu bilden – vermutlich kaum realisiert werden können. Nur passive Sterbehilfe für im Wettbewerb abgeschlagene Städte zu geben und ansonsten auf eine neue Funktionalität der Randregionen – als Erholungsräume, Experimentierfeld für alternative Lebensformen, renaturierte Landschaften usw. – zu setzen, wird angesichts der häufig zu beobachtenden Ortsverbundenheit der verbliebenen Bevölkerung vermutlich nicht ausreichen. ■

Heike Liebmann

Stadtumbau im Land Brandenburg

Die am IRS angesiedelte Bundestransferstelle Stadtumbau Ost begleitet als programmspezifisches Kompetenzzentrum seit Anfang 2004 den Stadtumbauprozess in den fünf neuen Ländern und im Ostteil Berlins. Aus dieser Tätigkeit heraus wird der Stadtumbau in Brandenburg dargestellt.

Das Programm Stadtumbau Ost strebt – in der Kopplung von stadtplanerischen und wohnungswirtschaftlichen Zielen – die Sicherung von Lebensqualität in den von Schrumpfung und Leerstand betroffenen Städten und Stadtquartieren an. Es ist derzeit das wichtigste stadtentwicklungsrelevante Förderprogramm, mit dem versucht wird, auf die Folgen der Schrumpfungprozesse in den Städten zu reagieren. Das Programm eröffnet Chancen, mit zurückgehenden Einwohnerzahlen aktiv umzugehen.

Im Land Brandenburg ist die Stadtentwicklung vor allem in den peripheren Regionen vielfach gekennzeichnet durch Bevölkerungsrückgänge, Wohnungsleerstand, sozialstrukturelle Ausdifferenzierungen, eine schwache Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung sowie damit zusammenhängende Folgeprozesse u.a. in Bezug auf die soziale und technische Infrastruktur. Leerstand und brachfallende Flächen sind dabei die am deutlichsten sichtbaren Zeichen einer grundlegenden Umstrukturierung der Städte.

Dementsprechend konzentriert sich der Stadtumbau in Brandenburg derzeit vorrangig auf Groß- und Mittelstädte abseits des Berliner Agglomerationsraumes. Finanziell gefördert wird der Stadtumbau zurzeit in 31 Kommunen. Im Vergleich mit den anderen Flächenländern ist dies die geringste Zahl an Kommunen im Bund-Länder-Programm Stadtumbau Ost. Brandenburg wird damit in besonderer Weise der Zielstellung des Programms Stadtumbau Ost gerecht, die größeren Städte als Kerne der regionalen Entwicklung zu stärken. Gut ein Viertel der Einwohner des Landes lebt in Stadtumbaukommunen. Aufgrund anderer Prioritätensetzungen liegt dieser Anteil in den anderen Flächenländern bei rund 50 bis 60 Prozent der Bevölkerung.

Gleichzeitig nimmt Brandenburg eine konsequente Zentrierung der Fördermittel auf die Städte und Stadtteile mit den größten Leerstandsproblemen vor. So liegt die durchschnittliche Leerstandsquote in den Fördergebieten mit 21 % um ca. acht Prozent höher als die Leerstandsquote im Landesdurchschnitt.

In Brandenburg wurden bislang ca. 24.000 Wohneinheiten abgerissen. Bis 2009 sollen es rund 50.000 Wohnungen sein. Insgesamt stehen in Brandenburg aus Mitteln des Bundes, des Landes und der Kommunen rund 400 Millionen Euro für den Rückbau und für Aufwertungsprojekte zur Verfügung. Bisher bewilligt ist ein Mittelvolumen von rund 195 Millionen Euro Bundes- und Landesmittel. Davon entfallen rund 120 Millionen auf den Programmteil "Abriss" und rund 75 Millionen auf den Programmteil "Aufwertung". Ursprünglich war der Einsatz der Abriss- und der Aufwertungsmittel im Verhältnis 50:50 vorgesehen, inzwischen hat sich dieses Verhältnis auf 63/37 zugunsten des Abrisses verschoben (Pressemitteilung des MIR Nr. 014/2006 vom 15.02.06).

Mit der stärkeren Konzentration auf die Reduzierung der baulichen Strukturen sowie die Stabilisierung des Wohnungsmarktes erhoffen sich viele Kommunen – gemäß dem Prinzip "eins nach dem anderen" – Handlungsspiel-

räume für künftige Maßnahmen einer urbanen Regeneration. Teilweise sind die Kommunen bisher auch davon ausgegangen, dass sich Regenerierungsprozesse in den Kernstädten und planerisch definierten "Konsolidierungsgebieten" zum Teil selbsttragend entwickeln und diese Gebiete quasi automatisch von Wohnungsabrissen am Stadtrand profitieren. Es zeigt sich aber, dass diese erwünschten Folgewirkungen (beispielsweise erhöhter Zuzug und steigende Bestandsinvestitionen in der Innenstadt) bisher nur in wenigen Fällen tatsächlich eintreten. Während einige Städte mit historischen Stadtkernen in diesen Bereichen seit einigen Jahren erfreulicherweise erhöhte Zuzüge feststellen können, gilt dies nicht gleichermaßen für alle anderen innerstädtischen Quartiere, insbesondere nicht für diejenigen mit gründerzeitlichem Bestand. Notwendig erscheint daher auch im Stadtumbau – neben dem Rückbau von Wohnungen in Schwerpunktgebieten – eine stärkere Konzentration auf die Qualifizierung der zu erhaltenden Quartiere in den Innenstädten. Der Stadtumbau muss für die Bewohner mit der Erfahrung verknüpfbar sein, dass die Veränderungsprozesse in den Städten auch mit konkret wahrnehmbaren Verbesserungen der Lebensqualität verbunden sind. Gleichzeitig dürfen Stadtplanung und Städtebau in ihren Wirkungen nicht überschätzt und die wesentlichen Verursachungszusammenhänge und Problemfolgen der Schrumpfungprozesse nicht aus den Augen verloren werden. Städtische und regionale Schrumpfungprozesse, demographischer Wandel und der damit verbundene Stadtumbau sind mehrdimensionale Problemlagen, mit denen die Kommunen sich durch vielschichtige Ansätze und Strategien auseinandersetzen müssen. Notwendig scheint es daher, ein erweitertes Stadtumbauverständnis zu entwickeln. Im Land Brandenburg wurde deshalb – unter maßgeblicher Mitwirkung des IRS – ein Masterplan Stadtumbau erarbeitet. Stadtumbau ist danach eine gesamtstädtische stadtentwicklungspolitische Aufgabe und bedarf einer "integrierten Politik für die Städte als Wirtschafts- und Lebensraum". ■

Regionalplanung – vom Plan zum Projekt

Die Regionalplanung wurde 1993 im Land Brandenburg gesetzlich eingeführt. Als Träger wurden fünf Planungsgemeinschaften bestimmt: Prignitz-Oberhavel, Uckermark-Barnim, Oderland-Spree, Lausitz-Spreewald und Havelland-Fläming. Mitglieder sind jeweils die Landkreise und kreisfreien Städte. Damit ist die märkische Regionalplanung kommunal verfasst. Die Planungsregionen sind wie "Tortenstücke" keilförmig auf Berlin hin zugeschnitten und erstrecken sich von der inneren bis zur äußeren Landesgrenze. Intention dieses Zuschnitts war es, "eine innerregionale Solidarität und Identität zwischen den Gemeinden, Ämtern und Landkreisen des engeren Verflechtungsraumes und denen des äußeren Entwicklungsraumes zu befördern"¹. Einzige gesetzliche Pflichtaufgabe der Regionalplanung ist die Erstellung und Fortschreibung des Regionalplans. Nach aktuellem Stand liegt in keiner der fünf Planungsregionen ein genehmigter integrierter Regionalplan vor. In vier Regionen wird der Planentwurf überarbeitet, in der Region Havelland-Fläming wurde ein 1998 bereits genehmigter Regionalplan gerichtlich für nichtig erklärt. Lediglich sachliche Teilpläne (Windenergienutzung, Zentrale Orte, Rohstoffsicherung) liegen in allen fünf Regionen vor.

Diese Bilanz der formellen Regionalplanung dreizehn Jahre nach ihrer Gründung fällt ernüchternd aus. Welche Gründe gibt es dafür?

- Die schwache Stellung der Regionalplanung in Brandenburg im Spannungsfeld zwischen Landesplanung und den Planungen der Landkreise: Von der Landesseite her wird die Siedlungs- und Freiraumentwicklung im brandenburgischen

Umland von Berlin seit 1998 bereits relativ fein durch den "Landesentwicklungsplan für den engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin" gesteuert, der nach Maßstab und Darstellungsart zwischen einem Landes- und Regionalplan liegt. Von der kommunalen Seite her bestehen starke Konkurrenzen zu den Landkreisen, die teilweise eigene Kreisentwicklungspläne aufstellen. Manche Landräte akzeptieren die Regionalplanung nur schwer, andere fordern öffentlich bereits deren Abschaffung. Auch bei vielen Bürgermeistern in den Wachstumsgemeinden ist der Regionalplan nicht sonderlich beliebt, da er teilweise mit Restriktionen für die kommunale Bauleitplanung verbunden ist.

- Der räumliche Zuschnitt der Planungsregionen als "Tortenstücke": Ursprünglich gedacht, um einen aktiven Ausgleich zwischen dem wachsenden Berliner Umland und den schrumpfenden Randregionen zu ermöglichen, verhindert gerade die Strukturheterogenität der "Tortenstücke" die Herausbildung einer regionalen Identität. Die fünf Planungsregionen sind gerade kein "weitgehend miteinander verflochtener Lebens- und Wirtschaftsraum" – wie es im § 3 des Landesgesetzes zur Regionalplanung heißt. Während im brandenburgischen Teil des engeren Verflechtungsraumes ausgeprägte Pendler-, Einkaufs- und Ausflugsbeziehungen mit Berlin bestehen, sind weite Teile der Randregionen aufgrund der großen Raumdistanzen und dünnen Besiedlung nur gering mit Berlin und seinem Umland verflochten. Teilweise orientieren sich die Bürger der Lausitz stärker nach Dresden, die der Prignitz nach Hamburg. Die regionalen Planungsstellen verfügen praktisch über keine Instrumente, um der Auseinanderentwicklung und Verschärfung von Disparitäten zwischen dem engeren Verflechtungsraum und dem äußeren Entwicklungsraum entgegenzuwirken.

Eine vorläufige Bilanz der Regionalplanung in Brandenburg kann sich jedoch

nicht auf die formellen Planwerke und Pflichtaufgaben beschränken. Die Stärke der Regionalplanung liegt in der Kür informeller Aufgaben: der Initiierung von Projekten auf regionaler Ebene. Konkrete Projekte können viel eher und sichtbarer Impulse für die Regionalentwicklung erzeugen als abstrakte Regionalpläne. Projekte werden durch die Kooperation privater und/oder öffentlicher Akteure getragen – Adressaten, die der klassische, auf Flächen bezogene Regionalplan überhaupt nicht erreicht. Aktuelle Beispiele für eine projektorientierte Regionalplanung sind etwa die Internationale Bauausstellung Fürst-Pückler-Land und die regionale Agenda in der Region Lausitz-Spreewald, die Erarbeitung eines regionalen Kompetenzprofils für erneuerbare Energien in der Region Uckermark-Barnim oder das Europäische Netzwerk für Windenergienutzung in der Region Havelland-Fläming.

Die zunehmende Ausrichtung der Regionalplanung auf Projekte entspricht durchaus einem zeitgemäßen Planungsverständnis (das allerdings noch nicht gesetzlich verankert ist). Andererseits besteht die Gefahr, dass mit diesem Inkrementalismus strategische Perspektiven für die Planungsregionen kaum mehr entwickelt werden. Dies ist auch schwierig, weil die Planungsregionen in Brandenburg aus den genannten Gründen kaum Handlungsregionen sind. Zudem wirft die starke Projekt-Orientierung die Frage nach den Vorteilen der Regionalplanung im Vergleich mit anderen Akteuren auf. Regionale Projekte werden auch von Fördervereinen, Entwicklungsgesellschaften, Regional-Managern, professionellen Moderatoren, kommunalen Arbeitsgemeinschaften, Nachbarschaftsforen und Zweckverbänden initiiert und getragen. Zudem wird die Erarbeitung Regionaler Entwicklungskonzepte – wie sie § 13 des Bundesraumordnungsgesetzes vorsieht – in Brandenburg im Unterschied etwa zu Thüringen oder Mecklenburg-Vorpommern bisher nicht als eine Aufgabe der Regionalplanung betrachtet.

Die vorliegenden Vorschläge der Politik zur Reformierung der Raumord-

¹ Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung des Landes Berlin (Hrsg.): Zweiter gemeinsamer Raumordnungsbericht der Länder Berlin und Brandenburg, Berlin 2004, S. 147.

nung in Berlin-Brandenburg unter dem neuen Leitbild der "Europäischen Metropolregion" sehen eine Abschaffung der Dezentralen Konzentration und der Kategorien "engerer Verflechtungsraum" und "äußerer Entwicklungsraum" vor. Die Ausgleichsfunktion der Planung wird dadurch zugunsten der Wachstumsförderung zurückgenommen. Darüber hinaus werden auch eine Entflechtung der einzelnen Planungsebenen und eine Verschlankung der Planwerke angestrebt. Sollte der geplante zweite Anlauf für eine Länderfusion von Berlin und Brandenburg erfolgreich sein und es im Zuge einer Länderneugliederung auch zu einer bereits diskutierten Fusion von Landkreisen zu größeren Einheiten kommen, dann wird sich vermutlich die Konkurrenzfrage für die Regionalplanung erneut und in verschärfter Form stellen. ■

Ludger Gailing

Regionalparks – der Versuch einer landesplanerischen Innovation

Das hohe Siedlungs- und Verkehrsflächenwachstum hat in den 90er Jahren die Grenzen formeller Planungsinstrumente für den Schutz stadtreionaler und suburbaner Freiräume aufgezeigt. In einigen deutschen Stadtreionen wurden daher in Ergänzung zu dem vorhandenen Instrumentarium Ideen zur Implementierung regionaler Landschaftsparks als neue strategische und projektorientierte Konzepte der stadtreionalen Freiraumentwicklung und der Qualifizierung von Stadtlandschaften formuliert. Freiraum und die stadtreionale Kulturlandschaft wurden dabei nicht mehr nur als bloße Schutzgüter, sondern als Entwicklungsfaktoren interpretiert.

Auch in Berlin und Brandenburg wurde diese Regionalparkstrategie rezipiert und innovativ weiterentwickelt. Maßgeblicher Akteur war dabei die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (GL), die das Ins-

trument der Regionalparks 1998 im Landesentwicklungsprogramm (LEPro) und im Landesentwicklungsplan für den engeren Verflechtungsraum (LEPeV) verankerte. Mit dem LEPro wurde die Richtung vorgegeben: "Im engeren Verflechtungsraum ist unter Einbeziehung von Flächen des Berliner Stadtgebietes ein Grüngürtel durch eine Kette von Regionalparks zu sichern und zu entwickeln". Mit dem Status abwägungspflichtiger Grundsätze – also ohne "harte" Bindungskraft – versehen, wurden im LEPeV Suchräume für länderübergreifende Konzepte und Maßnahmen der Landschaftsentwicklung definiert: eine Kette aus acht Regionalpark-Entwicklungsräumen, die mit einem Radius von ca. 15 bis 30 km einen Ring um Berlin bilden. Die Zielstellung der Regionalparks bestand darin, als Gegenstrategie zum befürchteten "Speckgürtel" einen Beitrag zur Sicherung der vielerorts noch prägnanten "Stadtkante" und der Freiraumqualitäten in den von Siedlungsflächenwachstum bedrohten Zwischenräumen der Berliner Siedlungsachsen zu leisten. Dort sollte eine verträgliche Struktur von kleinräumiger Siedlungsentwicklung, zu schützenden Landschaftsbestandteilen, Erholungsformen und ökologisch verträglicher Land- und Forstnutzung erreicht werden.

Damit hatte die GL ein neues informelles Planungsinstrument sowie eine konkrete Gebietskulisse definiert und in ihr formelles Plansystem integriert. Da regionale Managementfunktionen oder andere umsetzungsorientierte Aufgaben laut Landesplanungsvertrag nicht in den Kompetenzbereich der GL fallen, waren die Regionalparks aber lediglich als landesplanerisches Angebot an die Brandenburger Kommunen, die Berliner Bezirke sowie die privaten Akteure und freiraumerhaltenden Landnutzer konzipiert. Es waren keine gesonderten rechtlichen Instrumente, Verwaltungsstrukturen oder Finanzmittel vorgesehen. Die Initiatoren bauten auf die Selbstorganisationsleistung freiwilliger Akteure und auf die Überzeugungskraft ihrer Idee. Die GL setzte allerdings für die als Regionalpark-Entwicklungsräume definierten Gebiete mit Unterstützung privater Planungs-

büros fachliche Impulse (z.B. über gutachterliche Entwicklungskonzepte, begleitende Moderation, die Erstellung von Regionalpark-Broschüren, die Entwicklung eines Dachlogos, die Finanzierung von Geschäftsstellentätigkeit). Dies geschah weniger im Sinne einer expliziten Steuerung über Geld- oder Machtmittel, sondern vielmehr als eine Art "Hilfe zur Selbsthilfe". Die Erfolgchancen der Regionalparkstrategie sind daher in hohem Maße abhängig von der Motivation und Einsatzbereitschaft einzelner Akteure vor Ort, ihrer Bereitschaft zur Kooperation und ihrer Fähigkeit, externen Sachverständigen einzuholen und Finanzmittel zu akquirieren.

Eine Zwischenbilanz

Zehn Jahre nach der Institutionalisierung der GL und acht Jahre nach der Verankerung der Regionalparkidee im landesplanerischen Instrumentarium fällt die Bilanz der Regionalparkentwicklung in Berlin und Brandenburg ambivalent aus. Misst man die Effekte an der weitgehenden Abhängigkeit von Selbstorganisationsprozessen, so ist die Regionalparkentwicklung als Erfolg zu bezeichnen. Misst man sie an der anspruchsvollen Zielformulierung, sind noch Defizite zu konstatieren. Sie bestehen vor allem in folgenden Aspekten:

- Die GL hat mit der Regionalparkstrategie einen Vorschlag für regionales Management entwickelt, verfügt aber weder über die finanziellen noch über die organisatorischen Mittel, um ein dauerhaftes Regionalparkmanagement in jeder Teilregion und damit ein effektives System zur Projektrealisierung zu installieren. Ein handlungsfähiges Regionalparkmanagement konnte folglich nicht in allen Teilregionen entstehen. In manchen Regionalpark-Entwicklungsräumen konnte sich gar keine Kooperationsstruktur etablieren, so dass diese nur als bloße Planelemente existent sind.
- Ohne eine gesicherte Finanzierung konnten zu wenig sichtbare Projekte entwickelt werden. Die GL verfügt über keine eigenen Fördermittel und diejenigen Berliner oder Brandenburger Ministerien, die potenziell

Beiträge hätten leisten können, haben dies nur in geringem Umfang getan. Ein wesentliches Hindernis in Brandenburg war die Fördersystematik, die im Sinne des Leitbilds der dezentralen Konzentration den engeren Verflechtungsraum um Berlin weitgehend aus der Förderung ausklammerte. Dies galt auch für freiraumpolitische Maßnahmen, obwohl angesichts des Siedlungsdrucks im Berliner Umland gerade hier der größte Handlungsbedarf in den Bereichen Freiraumschutz, Landschaftsentwicklung und Naherholungsplanung besteht. Als Folge dieser ungünstigen Rahmenbedingungen sind die Akteure in den Regionalparks zur kreativen Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten (in der Regel aus Mitteln zur Unterstützung des Zweiten Arbeitsmarktes) gezwungen.



Regionalparks: Berlin-Brandenburger Kulturlandschaftsentwicklung angeregt durch die GL

Dennoch kann im Zusammenhang mit der Umsetzung der Regionalparkstrategie auf spezifische Stärken verwiesen werden, so dass sie zu Recht als eines der erfolgreichen Kooperationsvorhaben der Länder Berlin und Brandenburg (siehe www.regionalpark.de) bezeichnet werden kann:

- Hervorzuheben sind insbesondere die entstandenen bürgerschaftlichen oder interkommunalen Organisations- und Trägerstrukturen. Die aus der Sicht der Arbeitseffizienz zu kritisierende Strategie der Delegation von Verantwortung an lokale Akteure hat positive Wirkungen gehabt: Es wurde Kooperation in Teilräumen angeregt, wo zuvor keine Kooperationsbereitschaft vorhanden war, und es wurden – wie im Fall des Regionalparks Barnimer Feldmark – bereits bestehende Netzwerke aktiver, engagierter Bürger gestärkt. Landwirte, Naturschützer und Tourismusanbieter sind in die Regionalentwicklung eingebunden worden. Kommunales, zivilgesellschaftliches und auch ökonomisches Engagement konnte trotz der geringen Anreizstrukturen generiert werden.

- Insgesamt wurden immerhin rund 120 Projekte in den Regionalparks umgesetzt. Beispiele sind die Vermarktung regionaler Produkte, Landschaftspflegemaßnahmen, die Ausschilderung von Wegenetzen, Dorf- und Biotopgestaltungsmaßnahmen oder die Schaffung von touristischen Informationszentren.

Innovative Kulturlandschaftspolitik

Die Regionalparks in Berlin und Brandenburg sind der Versuch einer innovativen Kulturlandschaftspolitik: Gemeinschaftsgutfunktionen wie die Naherholung oder der Freiraumschutz sollen nicht über ordnungsbehördliche Schutzmaßnahmen, sondern über kooperativ und "bottom-up" definierte Entwicklungsmaßnahmen gesichert werden.

Strukturelle Mängel fallen vor allem im Vergleich zu anderen Metropolregionen auf, die eine Regionalparkentwicklung aktiv betreiben¹. Im Ruhrgebiet wird mit EU-Strukturfondsmitteln – zunehmend aber auch mit Unterstützung der beteiligten Kommunen – der Emscher Landschaftspark entwickelt. Aufgaben des langfristig ausgerichteten freiraumbezogenen Regionalmanagements haben dabei beispielsweise der Regionalverband oder Entwicklungsgesellschaften (wie die ehemalige IBA Emscher Park GmbH oder die Projekt Ruhr GmbH) übernommen. Im Regionalpark RheinMain setzen eine Regionalparkdachgesellschaft sowie

¹ Gailing, Ludger: Regionalparks – Grundlagen und Instrumente der Freiraumpolitik in Verdichtungsräumen. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 121. Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund, 2005. – 234 S.

zahlreiche interkommunale Durchführungsgesellschaften in Kooperation mit dem regionalen Planungsverband Freiraumprojekte in stadtregeraler Perspektive um. Beiden Beispielen mangelt es weder an interkommunaler Kooperation noch an umsetzungsorientierter Freiraumentwicklung oder spektakulären landschaftsarchitektonischen Projekten, wohl aber an den in einigen der Berlin-Brandenburger Regionalparks vorhandenen, dezentral aktiven Regionalparkfördervereinen und Kooperationsnetzwerken diverser Landnutzer.

Ausblick

Regionalparkentwicklung ist eine sehr langfristige Aufgabe. Insbesondere bei fehlenden "top-down" geschaffenen Managementstrukturen sind Prozesse der Persuasion und Bewusstseinsbildung wichtig. Die Unterstützungsbereitschaft in Landes- und Kommunalpolitik, die interkommunale und ressortübergreifende Kooperation sowie die Akzeptanz und Bekanntheit in der Bevölkerung wachsen nur langsam und bedürfen beharrlicher Akteure und Lobby-Arbeit. Daher hat sich 2003 ein Dachverband der Regionalparks etabliert; 2004 konstituierte sich ein offizieller Beirat für den Dachverband, um über die oftmals ehrenamtlich arbeitenden Akteure der einzelnen Regionalparks hinaus weitere Partner aus Politik und Verwaltung der Länder Berlin und Brandenburg in die Regionalparkentwicklung einzubinden. Ziel ist die Erschließung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten der EU, des Bundes und der Länder. Regionalparks sollen demnach künftig Priorität bei der Vergabe von Fördermitteln (z.B. im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung) genießen. Dazu soll die länder- und landkreisübergreifende Kooperation forciert werden. Unabhängig davon, ob diese Ziele erfüllt werden: Die GL hat mit den Regionalparks in Brandenburg und Berlin einen innovativen Entwicklungsprozess in Gang gesetzt, dessen erfolgreicher Verlauf nun vor allem von den Akteuren in den Regionalparks und den Fördermittelgebern in Berlin und Potsdam abhängt. ■

Gerald Zahn

"Das beste am Kern ist oft das Drumherum"

Gastbeitrag



Gerald Zahn
Ernst Basler+Partner,
Geschäftsstelle des Städte-
kranzes Berlin-Brandenburg

... so lautete ein Slogan auf einer Werbeseite des RBB im Programmheft zur Potsdamer Schlössernacht im August 2000 und meinte damit die enge Beziehung von Berlin und Brandenburg. So sehen es natürlich in erster Linie die Brandenburger, und sie sehen sich als gleichberechtigte Partner, die vieles in die Gemeinschaft beider Länder einbringen können. Nicht nur Potsdam mit seiner Schlössernacht mag hier als Beispiel dienen. Die Aufzählung ließe sich in den Städtekrantz-Städten beliebig fortsetzen: Fläming-Skate, Festival des osteuropäischen Films in Cottbus, Familiengarten in Eberswalde, die Feierlichkeiten zum 750- bzw. 850-jährigen Bestehen der Städte Neuruppin bzw. Cottbus, ein Besuch der historischen Altstadt von Jüterbog kombiniert mit einem Konzertbesuch im Kulturquartier Mönchenkirche und, und, und ...

"Gemeinsamkeiten verbinden – Gemeinschaft stärkt" – so lautet das Motto des Städtekranzes Berlin-Brandenburg. Es könnte auch als Motto der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg dienen. Neben vielen Unterschieden gibt es auch viel Verbindendes und viele Gemeinsamkeiten. Zuallererst natürlich die Lage, aber auch die Geschichte, Tradition und die Mentalität der Menschen. "Gemein-

schaft stärkt" muss man eigentlich nicht weiter erläutern, ist aber in der Praxis oftmals erstaunlich schwer zu vermitteln. Das betrifft die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg ebenso wie die Kooperation der Brandenburger Städte mit ihren Umlandgemeinden. Hier gibt es viele Widerstände und Ängste zu überwinden.

Zehn Jahre Gemeinsame Landesplanung – Elf Jahre Städtekrantz Berlin-Brandenburg.

Zusammengefunden haben sich die Städte auf der Basis des Raumordnerischen Leitbilds der dezentralen Konzentration, welches der Gemeinsamen Landesplanung seinerzeit zu Grunde gelegt wurde. Danach bilden die an der ARGE REZ (Arbeitsgemeinschaft Regionaler Entwicklungszentren) beteiligten Städte die so genannten "Regionalen Entwicklungszentren des Städtekranzes (um Berlin)". Sie sind die "Kristallisationskerne" der regionalen Entwicklung und sollten nach den landesplanerischen Festlegungen als Entwicklungskerne gestärkt werden und so für die Entwicklung der Regionen eine wichtige Stabilisierungs- und Impulsfunktion übernehmen. Aus dem Bestreben heraus, diese Funktion bestmöglich auszufüllen, sahen die Städte im Erfahrungsaustausch und in der Kooperation in wichtigen Sachfragen mögliche Synergieeffekte für alle Beteiligten, aber auch für die Entwicklung des Gesamtgebietes Berlin-Brandenburg. Generell war und ist diese Form der interkommunalen Kooperation ein Novum, da die Städte weder in unmittelbarer Nachbarschaft noch in einer Region liegen, sondern nur durch die gleiche landesplanerische Funktion geeint werden.

Zusammenarbeit von Städtekrantz und Gemeinsamer Landesplanungsabteilung

Von Beginn an hat der Städtekrantz einen intensiven Kontakt zur Gemeinsamen Landesplanungsabteilung gehalten, die mit einem "Gäste-Status" an allen Sitzungen der Steuerungsgruppe und der Mitgliederversammlung der ARGE REZ beteiligt ist. Für den Städtekrantz standen bei der Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Landespla-

nungsabteilung immer folgende Aspekte im Vordergrund:

- Konsequente Anwendung und Berücksichtigung der gesetzlich festgelegten Grundsätze der Gemeinsamen Landesentwicklungsplanung,
- Vermeidung von Entwicklungen, die einer stabilisierenden und Impulsfunktion der landesplanerisch definierten Entwicklungszentren entgegenstehen bzw. Vermeidung von Entwicklungen, die zu einer weiteren Dezentralisierung staatlicher Subventionen führen,
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Land Berlin mit dem Ziel der Fusion beider Länder.
Der Städtekrantz Berlin-Brandenburg hat hier sogar eine Vorreiterrolle eingenommen. Neben gemeinsamen Veranstaltungen zur Eruiierung potenzieller Kooperationsfelder haben die Städte des Städtekranzes und Berliner Stadtbezirke im INTERREG-Projekt Metropolitan Areas mit der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung als Lead Partner gemeinsam die Metropolregion Berlin-Brandenburg vertreten. Anhand konkreter lokaler Projekte in den beteiligten Metropolenräumen bzw. Hauptstadtregionen von Berlin, Oslo, Stockholm und Vilnius wurde der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit insbesondere in folgenden Fragen vorangetrieben:
- Vergleich der verschiedenen Entwicklungen und Handlungsstrategien in den Metropolenräumen: Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Probleme und ihrer Lösung, der organisatorischen Strukturen der Handlungsträger und Instrumente.
- Umsetzung der Planungsstrategien in den lokalen Projekten (Berlin-Brandenburg war mit Projekten in den Städtekrantzmitgliedsstädten und einem Projekt in Berlin Tempelhof-Schöneberg vertreten. Projektvoraussetzung: Alle ausgewählten Projekte mussten zur Verstärkung der überörtlichen und überregionalen Standortqualitäten beitragen.)
- Erfahrungsaustausch und Transfer von Know-how zu besonderen Fragen der Nachhaltigkeit in der Raumordnung.

Gemeinsame Themenschwerpunkte

In den Arbeitsgremien des Städtekranzes – d. h. in den Projektgruppen – bestimmten und bestimmen folgende landesplanungsrelevante Themen die Arbeit:

- Realisierung einer funktions- und aufgabengerechten Finanzausstattung der Städte mit dem Ziel der Ermöglichung einer selbstständigen und eigenverantwortlichen Funktionswahrnehmung der Städte im Interesse ihrer jeweiligen Funktionsräume,
- Realisierung einer leistungsstarken und attraktiven Verkehrsverbindung der Städte von und nach Berlin – insbesondere auch im Schienenpersonennahverkehr (SPNV).
- Die demographische Entwicklung des Landes und deren konkrete Auswirkungen in den Städten wurden schon in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in der Projektgruppe "Wohnen" thematisiert. Heute werden in der Projektgruppe "Stadtumbau" Erfahrungen zu diesem alle beteiligten Städte betreffenden Thema ausgetauscht und Strategien zur Stärkung der Städte als "Ankerstädte" im Raum entwickelt.
- Angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation und der demographischen Entwicklung haben die Städte schon früh erkannt, dass die vorhandenen Kräfte noch konzentrierter und effizienter eingesetzt werden müssen. Eine stärkere ressortübergreifende Abstimmung von Vorgehensweisen und Förderstrategien sowie eine stärkere räumliche Fokussierung des Kräfte- und Mitteleinsatzes waren Forderungen, mit denen sich der Städtekranz bereits Mitte der 90er Jahre an die Landesregierung gewandt hatte.
- Seit Ende der 90er Jahre widmet sich der Städtekranz verstärkt dem

Thema Stadt-Umland-Kooperation und diesbezüglicher (erforderlicher) Rahmensetzungen seitens des Landes bzw. der Gemeinsamen Landesplanung. Ziel ist die kooperative Entwicklung attraktiver und leistungsstarker Stadtregionen. Im Rahmen des Projektes "StadtRegion 2015" wurden funktionale Verflechtungen, bestehende Kooperationen und potenzielle Kooperationsansätze sowie die spezifischen Image- und Profilbildungsfaktoren der Kernstädte analysiert.

- Das "Netzwerk Wirtschaftsförderung" ist damit befasst, Ansatzpunkte und Wege zur Attraktivitätssteigerung der Wirtschaftsstandorte und zur Optimierung der Wirtschaftsförderung zu eruieren und auf diese Weise einen Beitrag zur Stärkung der lokalen Wirtschaft zu leisten. Die Entwicklung eines web- und datenbankbasierten Berichtssystems "Kommunale Wirtschaftsberichte" ist eine der Aktivitäten, mit der eine Grundlage für die effiziente Nutzung der Standortpotenziale und für ein dauerhaftes Monitoring zur Entwicklung der Wirtschaftsstandorte geschaffen werden soll.

Die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Landesplanung

Die Städtekranz-Städte sehen sich im Rahmen der derzeitigen Diskussion um eine Neuausrichtung der Struktur- und Förderpolitik in wesentlichen Teilen ihrer Arbeit bestätigt. Das sind in erster Linie:

- eine stärkere räumliche Konzentration auf die Entwicklungsschwerpunkte des Landes, welche in der Regel durch Berlin und die großen bzw. größeren Städte des Landes Brandenburg markiert werden,
- eine Konzentration auf die vorhandenen Stärken und Entwicklungs-

potenziale und die Förderung der Potenzialaktivierung,

- Landesentwicklung nach polyzentralen Gesichtspunkten,
- eine integrierte Abstimmung der Ressortpolitiken,
- die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg mit dem Ziel der Stärkung der Gesamtregion.

Die Städte selbst und der Städtekranz werden ihre Leitbilder, Strategien und integrierten Entwicklungskonzepte weiterentwickeln und dabei immer auch die Einbindung der Städte in die regionalen Bezüge im Auge behalten. Dies bildet die Grundlage dafür, dass sie ihrer bisherigen Funktion als regionale Entwicklungszentren auch künftig als "Regionale Wachstumskerne" und "Ankerstädte" gerecht werden.

Im Rahmen der aktuellen Leitbilddiskussion für die Metropolregion Berlin-Brandenburg setzt sich der Städtekranz für eine stärkere "Vision" im Sinne einer stärkeren Betonung von identifikationsstiftenden und motivierenden Elementen ein. Dies bedeutet insbesondere, dass die profilbestimmenden Stärken des Landes Brandenburg noch deutlicher herausgearbeitet werden müssen. Bürger und Wirtschaftsunternehmen der beiden Länder müssen sich in dem Leitbild wiederfinden und zum Engagement für die gemeinsame Region motiviert werden. Nach "außen" soll das Leitbild Interesse erzeugen – Interesse an einem Besuch, Interesse, hier zu leben und Interesse, hier zu investieren. Berlin-Brandenburg ist eine Region mit ausgesprochen vielfältigen und interessanten Angeboten und Zukunftsperspektiven ...

... und: "Das beste am Kern ist oft das Drumherum" ■



städtekranz
BERLIN-BRANDENBURG



ARGE REZ- Arbeitsgemeinschaft Regionale Entwicklungszentren des Städtekranzes im Land Brandenburg

Jetzt nur keinen kurzen Leitbild-Prozess

Bald ist es amtlich. Die Länder Berlin und Brandenburg sollen sich als Hauptstadtregion profilieren. Schon lange sind die mit Fragen des länderübergreifenden Kommunikationsmanagements befassten Akteure in diesem Raum auf der Suche nach einem überzeugenden Raumbild, das sich im Wettbewerb der europäischen Metropolregionen sowohl innen- als auch außenwirksam profilieren lässt und als regionale Marke erkennbar wird. Marken bedürfen aber bekanntlich der ständigen kommunikativen Pflege. Wie die laufende Leitbilddebatte der letzten Monate unter Federführung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (GL) zeigt, bleibt in diesem Zusammenhang die Frage, was denn nun das Besondere dieses Raumes sei, immer noch zu klären und vor allem: zu kommunizieren. Die vorangegangenen Anleihen reichen vom Preußischen Adler und vom strapazierten Toleranz-Gedanken bis zu den bekannten, austauschbaren sowie meist auf Berlin fokussierten Positionierungsmustern der "Kulturmetropole", der "kreativen Stadt im Umbruch", der "Drehscheibe zwischen Ost und West" und in letzter Zeit zunehmend zum viel versprechenden "Wissensraum", der sich jetzt im attraktiven Spannungsverhältnis zwischen Urbanität und Naturraum weiter entwickeln soll.

Das IRS hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder mit konzeptuellen und zum Teil auch instrumentellen Grundfragen des räumlich orientierten Kommunikationsmanagements befasst. Dabei ist klar geworden, dass es sich hierbei um einen kommunikativen *Prozess* handelt, der sich keineswegs wie ein beliebiger Arbeitspunkt auf der regionalen Agenda eben mal abhaken lässt. Die Leitbilddebatte ist deshalb so wichtig für die Hauptstadtregion, weil sie in ihrem Prozessverlauf eine Wertediskussion beinhaltet und weil sie diesen Raum durch die Steigerung von Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung auf neue Weise handlungsfähiger macht. Es geht hier langfristig mithin um die Generierung von Orientierungs-

wissen und erst in einem zweiten Schritt um knackige Slogans oder Images.

Berlin und Brandenburg sind ein besonders spannender Fall für das räumlich orientierte Kommunikationsmanagement, weil es sich hier immer noch um einen transformativen Raum handelt, der ganz offensichtlich eigenen und auch eigenwilligen Prozessdynamiken folgt. Vielleicht hört das nie auf und vielleicht war das hier schon immer so. Gleichwohl wird jetzt angestrebt, die Leitbilddebatte im Sommer dieses Jahres abzuschließen und dann mit der 'Umsetzung' zu beginnen. Das geht vermutlich an der Realität vorbei und ist riskant. Offenbar gibt es noch sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, was denn das zielführende Leitbild sei und weswegen es gebraucht wird. Die raumpolitischen Akteure scheinen jedenfalls ganz unterschiedliche Deutungsmuster bereit zu halten, die mit der sozialräumlichen Wirklichkeit manchmal mehr und manchmal auch weniger zu tun haben. Die Kommunikationsexpertin Uli Mayer-Johanssen von 'Metadesign' gab hierzu auf einem Podium zur Leitbilddebatte im März den hilfreichen Hinweis, dass der Leitbildbegriff sowohl eine rationale (leiten) als auch eine emotionelle Konnotation (Bild) verbinden muss. Was zunächst profan klingt, trifft die Sache im Kern. Leitbilder öffnen einen Entscheidungskorridor für die Berücksichtigung unterschiedlicher Emotionen, Mentalitäten, Strategien und Instrumente. Nur ein solcher kommunikativer Korridor kann dabei helfen, den Menschen in einer disparitär strukturierten Gesamtregion dauerhaft Orientierung und einen proaktiven *Spirit* zu geben. Wir sollten uns deshalb nicht selbst vorschreiben, wann der Leitbildprozess zu enden hat. Auch dies macht die aktuelle Debatte wieder deutlich: Gegenüber Wien und London beispielsweise hat die deutsche Hauptstadtregion in den letzten Jahren vieles verpasst. Der daraus resultierende und neuerdings häufiger zu vernehmende Vorwurf, hier würde man sich zu viel mit sich selbst beschäftigen ist jedoch nicht richtig. Das Gegenteil ist der Fall. Und jetzt soll mit Hochdruck das Alleinstellungsmerkmal (sic!) "Hauptstadtregion" in kürzester Zeit alles richten, damit wir nicht den Anschluss verpassen?

Politischer Raum
Sozialer Raum
Wirtschaftsraum
Wissensraum
Lern- und Bildungsraum
Kulturlandschaftsraum
Siedlungsraum
Verkehrsraum
Grenzraum

Kommunikative Bezugsebenen im Leitbildprozess.

Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang: Der Terminus Hauptstadtregion bezieht neuerdings ganz Brandenburg mit ein. Und nebenbei: Was sollen die sozialen Milieus in der Prignitz oder in der Uckermark jetzt auf einmal mit Strategie begriffen wie 'Alleinstellungsmerkmal Hauptstadtregion' anfangen? Jedenfalls verschwindet das so genannte Identitätsproblem einer zunehmend disparitär sich entwickelnden Gesamtregion nicht einfach von der Tagesordnung, nur weil wir den Findungsprozess kappen. Erstaunlicherweise halten sich bewährte Zentralismusskeptiker und erprobte Bedenkenträger angesichts des manchmal unkritischen Gebrauchs von Marketingvokabeln um den Topos 'Hauptstadtregion' in letzter Zeit ziemlich bedeckt. Auch scheint man unbedingt daran interessiert zu sein, jeglichen Top-Down-Verdacht auszuräumen. Die Eckpunkte des Leitbildes stehen seit Wochen als Arbeitsentwurf der GL im Netz (www.metropolregion-berlin-brandenburg.de) und die raumpolitisch interessierte Öffentlichkeit ist ausdrücklich aufgefordert, sich per E-Mail kreativ einzubringen. Auch das IRS wird im Rahmen seines anwendungsbezogenen Leitprojekts in der Forschungsabteilung 3 zu *wissensbasierten Stadtregionsentwicklungen* weiterhin aktiv und kritisch dazu beitragen, den Prozess der Leitbildentwicklung in der Hauptstadtregion in diesem Sinn dauerhaft zu befördern. Weil der Weg allein nicht das Ziel sein kann, sollte sich vielleicht jeder, der hier über Raumbilder mitredet, zunächst selbst einmal ein Bild von dieser Region machen – wann und wo es nur geht. Sie verändert sich ständig. Sie ist kompliziert. Und vor allem ist sie renitent gegen zweidimensionale Ver-Kürzungen. ■

Internationale Kooperationen

IV. World Water Forum in Mexiko-Stadt

Vom 16. bis 22. März 2006 fand in Mexiko-Stadt das "IV. World Water Forum" (WWF) statt, organisiert vom World Water Council in Kooperation mit der Mexikanischen Comisión Nacional de Agua. Das Forum stand unter dem Motto "Local Actions for a Global Challenge" und gliederte sich in fünf thematische Schwerpunkte:

1. Water for Growth and Development,
2. Implementing Integrated Water Resources Management,
3. Water and Sanitation for All,
4. Water Management for Food and the Environment,
5. Risk Management.

In über 200 Veranstaltungen wurden verschiedene Themen mit besonderem Fokus auf guten lokalen Beispielen diskutiert.

Unter den 12.000 Teilnehmern des WWF war das IRS im Rahmen des PlaceMeg-Projektes mit Dr. Timothy Moss, Carsten Zehner und Gregor Prinzensing sowie den Projektpartnern Dr. Günther Grassmann (utility competence berlin – ucbl) und Ortrud Bonnet (Freie Universität Berlin – Lateinamerika-Institut – LAI) vertreten. Das PlaceMeg-Projekt wurde in der Ausstellung "local actions" mit einem Poster präsentiert.

Aus Sicht des IRS standen folgende Eindrücke im Vordergrund: Anders als bei früheren Konferenzen wurden Probleme im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung nunmehr weniger im technologischen Bereich identifi-

ziert. Vielmehr hob man als zentrale Herausforderung für eine ökologisch nachhaltige, ökonomisch tragfähige und sozial gerechte Organisation im Wasserdienstleistungsbereich das jeweilige institutionelle Arrangement und den entsprechenden politischen

nismen. In diesem Zusammenhang wurde ein Paradigmenwechsel von angebotsorientierter hin zu einer bedarfsgerechten Versorgung gefordert. Außerdem wurde die Notwendigkeit betont, das hochkomplexe Wirkungsgefüge der Ressource Wasser in interdisziplinärer Sichtweise wahrzunehmen, um die damit zusammenhängenden Probleme zu analysieren und entsprechende Lösungsstrategien zu entwickeln.

Neben dem World Water Forum fanden in Mexiko-Stadt zahlreiche Alternativveranstaltungen zum Thema Wasser statt. Im Rahmen des von NGOs organisierten "International Forum in the Defense of Water" wurden verstärkt Themen der Privatisierung, Demokratisierung und Ökologie diskutiert. Die Richter des "Tribunal Latinoamericano del Agua" verhandelten symbolisch Klagen und sprachen Urteile über konkrete Fälle von Wasserkonflikten.

Die frischen Erkenntnisse dieser Veranstaltungen konnte das Projektteam des IRS in der anschließenden PlaceMeg-Workshopserie "Concepts and Applications" in Guadalajara vom 27. bis 29. März 2006 einbringen, die zusammen mit den mexikanischen Kooperationspartnern der Universität von Guadalajara Dr. Jesús Arroyo

Alexandre und Dr. Carlos Riojas organisiert wurde.

Seitens des IRS nahmen Prof. Dr. Heiderose Kilper (Direktorin des IRS), Dr. Timothy Moss, Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner, Gregor Prinzensing, Carsten Zehner, Simone Schnabel und Astrid Beilke teil. Von den deutschen PlaceMeg-Projektpartnern waren Dr. Günther Grassmann, Prof. Dr. Marianne



Alle Projektverantwortlichen des PlaceMeg-Projektes auf einen Blick (vorn v.l.n.r.): Carlos Riojas (INESER), Heiderose Kilper (IRS), Jesus Arroyo Alexandre (DUCEA – Universität Guadalajara), Timothy Moss (IRS), Carsten Zehner (IRS)



Fünf der 12.000 Teilnehmer am World Water Forum: Dr. Timothy Moss (IRS), Ortrud Bonnet (LAI), Dr. Günther Grassmann (ucbl), Gregor Prinzensing (IRS) und Carsten Zehner (IRS) (v.l.n.r.)

Willen hervor. Die Stärkung der institutionellen Kapazitäten auf Gemeinde- und Regionalebene, einhergehend mit einer weitreichenden Einbindung der Zivilgesellschaft, wurde als Voraussetzung für effektives und adäquates Management der Ressource Wasser deutlich heraus gestellt. Darüber hinaus debattierten die Teilnehmer kontrovers über das Thema der Finanzierung und der entsprechenden Mecha-

Braig (Freie Universität Berlin – LAI), Prof. Dr. Reinhard Liehr (Freie Universität Berlin – LAI), Dr. Jürgen Baumann (Centrum für Internationale Migration und Entwicklung – CIM) und Thomas Bendzulla (Verein für internationalen und interkulturellen Austausch e.V. – VIA e.V.) anwesend.

Im Rahmen der Workshopserie wurden vier Sessions mit verschiedenen Gruppen aus den Bereichen Forschung, Verwaltung, Stadtplanung und NGOs durchgeführt. Mit den lokalen Akteuren diskutierte die Gruppe das methodische Vorgehen des Projektes und die Konzepte "Place Making" und "Technological Recesses" im Hinblick auf die Rahmenbedingungen Guadajaras. Sie wurden bereits intensiv im Rahmen des *PlaceMeg-Workshops "Methods and Concepts"* vom 20. bis 22. Februar 2006 in Erkner im bi-nationalen Projektteam zusammen mit internationalen Wissenschaftlern behandelt. Darüber hinaus fanden zwei Exkursionen durch Guadalajara statt, die besonders die Problematik unzureichender Wasserver- und Abwasserentsorgung in marginalisierten Stadtteilen verdeutlichten.

Kontakt: Dr. Timothy Moss, Tel.: 03362/793-185, mosst@irs-net.de
Dipl.-Ing. Carsten Zehner, Tel. 03362/793-256, zehner@irs-net.de

*

Transnationales Projekttreffen: ProgreSDEC – ESDP Steps

Am 16. und 17. Februar 2006 begegneten sich Vertreter regionaler Institutionen aus Italien, Spanien, Griechenland, den Niederlanden und Brandenburg zum zweiten ProgreSDEC-Projekttreffen am IRS in Erkner. ProgreSDEC wird als Regional Framework Organisation (RFO) im Rahmen von INTERREG IIIC gefördert und durch die Regione Lazio (Metropolregion Rom) geleitet. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Ausschreibung von Sub-Projekten, mit denen transnationale Kooperationen zwischen weiteren Akteuren der beteiligten Regionen in raumrelevanten Planungsfeldern angestoßen werden. ProgreSDEC liefert

damit einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Europäischen Raumentwicklungskonzeptes auf lokaler und regionaler Ebene. Die Erfahrungen der Sub-Projekte sowie ihre Einbettung in die bestehenden Planungsstrukturen der beteiligten Regionen wird unter Leitung des IRS durch das Projektteam evaluiert. Grundlegende Diskussionen zu geeigneten Evaluationsmethoden waren ebenfalls Inhalt des zweiten Projekttreffens. Die Auswahl der Sub-Projekte, die mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr im Sommer 2006 beginnen werden, erfolgt beim nächsten Projekttreffen im Juli 2006 in Turin.
Kontakt: Kirsten Kunkel, Tel. 03362/793-154, KunkelK@irs-net.de

*

Coronas Metropolitanas

Am 20. Februar 2006 lud das Projektteam von "Coronas Metropolitanas" in Kooperation mit der Technologie- und Innovationsberatungsstelle TIB der FH Eberswalde zum zweiten regionalen Workshop ein. Rund 40 Teilnehmer aus der regionalen Wirtschaft, der Fachhochschule und der Stadtverwaltung, aus Ministerien, Kammern und Verbänden nutzten die Gelegenheit zu einem Erfahrungsaustausch. Ziel dieser Transferveranstaltung war es, durch gelungene Beispiele aufzuzeigen, wie eine Kooperation zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen funktioniert und wie die Zusammenarbeit konkret organisiert werden kann. Dazu wurden gelungene Kooperationen aus anderen Regionen Brandenburgs ausgewählt und Erfolg versprechenden Ansätzen aus der Region Eberswalde/Barnim gegenübergestellt.

Geschildert wurden die externen Erfahrungen und die Beiträge aus der Region jeweils aus der Sicht eines Unternehmers und eines Angehörigen der Hochschulen. In der abschließenden Diskussion zeigte sich, dass die Bereitschaft zur Kooperation auf allen Seiten besteht. Allein der Mangel an Zeit, Personal, Anschubfinanzierungen und konkreten Ansatzpunkten behindert die Zusammenarbeit zwi-

schen FH und regionalen Unternehmen. Das auch in der Analysephase immer wieder benannte Problem mangelnder Kommunikation soll im weiteren Verlauf des Projekts durch einen im April gestarteten Studierendenwettbewerb zum Thema Marketing angegangen werden.

Jörn Krupa

*

Projekttreffen von "Coronas Metropolitanas" in Athen

Im Rahmen des Interreg III C-Projekts "Coronas Metropolitanas" trafen sich die internationalen Projektpartner vom 29. März bis 1. April 2006 in Athen, um sich über die Fortschritte des Projekts in den Metropolregionen Madrid, Rom, Athen und Berlin-Brandenburg auszutauschen. Im Mittelpunkt standen dabei die lokalen Pilotprojekte, die eine Umsetzung von Strategien der Rebalancierung ungleichgewichtiger Entwicklungen innerhalb der vier beteiligten Metropolregionen darstellen. Das Projektteam des IRS, in Athen durch Prof. Dr. Hans Joachim Kujath, Suntutje Schmidt und Jörn Krupa (alle Forschungsabteilung 1) vertreten, beschäftigt sich in dieser Umsetzungsphase mit der Kooperation zwischen regionaler Wirtschaft und Wissenschaft am Beispiel der Fachhochschulen in Eberswalde und Brandenburg an der Havel. Das IRS stellte die bisherigen Ergebnisse des lokalen Pilotprojekts vor und berichtete von den regionalen Aktivitäten (Workshops, Newsletter und Studierendenwettbewerbe). In der Zusammenschau der Partnerberichte wurde deutlich, welche Bedeutung Kommunikation und Netzwerkbildung bei der Umsetzung der Strategien haben. Nach organisatorischen Abstimmungen in der Steuerungsrunde stand eine Exkursion durch das Umland der gastgebenden Metropole auf dem Programm. Insgesamt ergaben sich im Verlauf des Meetings zahlreiche Gelegenheiten zum transnationalen Wissenstransfer im Kontext regionaler Entwicklungsstrategien.

Kontakt: Jörn Krupa, Tel. 03362/793-156, KrupaJ@irs-net.de
www.coronasmopolitanas.org

Konferenzen und Tagungen

Kulturlandschaft – Neue Steuerungsformen in Planung und Politik

Am 17. März 2006 fand in Hannover die Tagung "Kulturlandschaft – Neue Steuerungsformen in Planung und Politik" statt, die gemeinsam vom Institut für Umweltplanung der Universität Hannover (IUP) und vom IRS ausgerichtet wurde. Sie ist ein Ergebnis der Kooperation zwischen dem DFG-Projekt zur "Entstehung und Funktionsweise von Regional Governance bei Gemeinschaftsgütern des Ressourcenschutzes" des IUP und dem Leitprojekt "Institutionelle Entwicklungspfade und Gemeinschaftsgutfunktionen regionaler Güter" der IRS-Forschungsabteilung 2. Die Teilnahme von über hundert Wissenschaftlern und Praxisvertretern aus dem deutschsprachigen Raum machte die Relevanz des Themas für die Regionalentwicklung deutlich.

Prof. Dr. Heiderose Kilper, Direktorin des IRS, eröffnete die Tagung und verwies auf die zunehmende Bedeutung von Kulturlandschaften für die regionale Entwicklung in Europa. Die Beiträge des ersten Tagungsblocks näherten sich dem Thema Kulturlandschaft aus drei unterschiedlichen Perspektiven. Klaus Einig vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) in Bonn stellte dar, welche Möglichkeiten die Raumordnung hat, Kulturlandschaftsentwicklung über rechtliche Planungsinstrumente oder Leitbilder zu beeinflussen. Prof. Dr. Ulf Matthiesen vom IRS thematisierte raumkulturelle Aspekte der Kulturlandschaft und erörterte dabei die Frage, wie viel Kultur und vor allem welche in den hybriden Kulturlandschaften der Gegenwart steckt. Prof. Dr. Dietrich Fürst untersuchte, inwieweit sich aus Placemaking-Prozessen Arrangements von Regional Governance entwickeln können.

Im zweiten Tagungsblock standen theoretische Zugänge und empirische Befunde der Forschungsprojekte des IUP und des IRS im Mittelpunkt. Ludger Gailing und Andreas Röhring stellten Untersuchungsergebnisse des IRS zu institutionellen Dimensionen und



Teilnehmer der IRS-IUP Kulturlandschaftstagung im Leibnizhaus der Universität Hannover

Pfadabhängigkeiten der Kulturlandschaftsentwicklung vor. Beispielregionen waren die suburbane Kulturlandschaft des Barnim sowie die ländlich-periphere Kulturlandschaft des Oderbruchs in der Region Berlin-Brandenburg. Dr. Kim Pollermann vom IUP präsentierte Ergebnisse des DFG-Projekts am Beispiel von fünf Biosphärenreservaten in Großbritannien und Deutschland (u. a. Rhön und Schaalsee).

Im dritten Tagungsblock wurden Erfahrungen mit regionalen kulturlandschaftsbezogenen Steuerungsansätzen zur Diskussion gestellt. Michael Böcher vom Institut für Forstpolitik, Forstgeschichte und Naturschutz der Georg-August-Universität Göttingen referierte über politische Rahmenbedingungen für die Kulturlandschaftsentwicklung und die Bedeutung von Regional Governance bei der Umsetzung von "Leader plus" und "Regionen aktiv" im ländlichen Raum. Dieter Popp von der FUTOUR GmbH in München erläuterte am Beispiel der Zukunftsinitiative Eifel, wie die Etablierung einer Regionalmarke in einer Kulturlandschaft Impulse für die Ent-

wicklung des ländlichen Raumes geben kann. Dr. Lorenz Rautenstrauch von der Regionalpark RheinMain GmbH vermittelte Erfahrungen, wie ein patchworkartiger Ballungsraum als Kulturlandschaft wieder entdeckt wurde.

Zum Abschluss der Tagung wurden u.a. die Überlagerung von unterschiedlichen Handlungsräumen, die Entwicklung von tragfähigen Images sowie das Spannungsfeld zwischen bestehenden Regelungen (z.B. der Regional- oder Landschaftsplanung) und neuen entwicklungs-, marketing- und kooperationsorientierten Instrumenten diskutiert.

Die Tagungsbeiträge sind auf der Homepage des IRS unter www.irs-net.de verfügbar.

Kontakt: Andreas Röhring, Tel. 03362/793-170, RoehringA@irs-net.de

*

Tagung "Interregionale Ausgleichspolitik auf dem Prüfstand: Empirische Befunde des Forschungsprojekts 'Bundesstaatliche Ordnung und Bedeutung finanzieller Ausgleichssysteme für die Raumordnung'"

Ausgleichspolitische Maßnahmen zugunsten ökonomisch benachteiligter Regionen zählen zu den elementaren Maßgaben des bundesdeutschen föderativen Systems. Finanziert werden diese Maßnahmen vor allem von jenen Regionen, die sich durch eine hohe wirtschaftspolitische Wachstumsdynamik auszeichnen. Angesichts anhaltender Wachstumsschwäche der gesamten Volkswirtschaft wird zunehmend darüber diskutiert, mit welchen Veränderungen der Ausgleichspolitik den Empfänger-Regionen nachhaltiger als bisher geholfen werden kann. Für die Raumordnung sowie für die Regionalpolitik stellen sich hier zunehmend Fragen: Sollte ein zumindest teilweiser Wechsel von der Ausgleichspolitik zu einer eher wachstumsorientierten Raumentwicklungspolitik erfolgen? Welche konkreten Maßnahmen kom-

men hierfür in Frage? Mit welchen Instrumenten sollte in Zukunft für die ökonomisch benachteiligten Regionen gesorgt werden?

Gemeinsam mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) (Projektleitung) und der Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen, Münster (GEFRA) war das IRS an der Bearbeitung dieser Fragestellungen beteiligt. Auf einer Tagung am 30. Januar 2006 im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Berlin, an der über 80 Experten teilgenommen haben, sind die Ergebnisse des Projekts vorgestellt worden. Diese lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Es gibt nur schwache Indizien für die Vorteile einer Umlenkung von Finanzmitteln zugunsten der Geberregionen, aber eine Neufokussierung der Ausgleichspolitik zugunsten strukturschwacher Regionen kann erfolgreich sein.
2. Im Rahmen der Neuorientierung ausgleichspolitischer Maßnahmen könnte der Bund eine wachstumsorientierte Politik der Länder und intraregionale Kooperationen (auch über Ländergrenzen hinweg) gezielt belohnen.
3. Die Regionen selbst sollten bei der Umsetzung ihrer wachstumspolitischen Maßnahmen die eigenen Potenziale und gegebene Schwächen stärker beachten und den Austausch über "Best Practices" verstärken.

Der Endbericht sowie ein umfangreicher Materialienband liegen vor, u.a. mit einem Arbeitspapier zur Typisierung der deutschen Arbeitsmarktregionen als wachstumsstarke bzw. wachstumsschwache Regionen sowie als Geber- und Nehmerregionen im System der interregionalen Ausgleichspolitik, einer makroökonomischen Analyse zu den Effekten der interregionalen Ausgleichspolitik in Deutschland und je drei Fallstudien über Ausgleichsregionen in West- und Ostdeutschland.

Kontakt: Prof. Dr. Heiderose Kilper, Tel. 03362/793-115, kilper@irs-net.de

Workshops

Raum- und Sozialbezüge von Wissen bei Siemens in Erlangen

Im Rahmen des Leitprojekts "Wissensbasierte Stadtregionentwicklungen – Vergleichende Fallanalysen zur Dynamik und zu Steuerungsoptionen neuerer Raumentwicklungstendenzen" haben Prof. Dr. Ulf Matthiesen und Kerstin Büttner (beide IRS) am 23. und 24. Februar 2006 einen gemeinsamen Workshop mit dem Institut für Soziologie der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg (Leitung: Prof. Dr. Ilja Srubar) am IRS durchgeführt. Der Workshop mit dem Thema "Raum- und Sozialbezüge von Wissen bei Siemens in Erlangen" diente dem wissenschaftlichen Austausch empirischer Ergebnisse zu Fragen der Entstehung von Wissensmilieus in Erlangen, zu deren Kommunikationsstrukturen und räumlichen Bezügen.

Während sich die Erlanger Soziologen im Rahmen ihres DFG-Forschungsprojekts insbesondere mit der Frage nach dem Zusammenhang von Wissensarbeit und den (kommunikativen) Bezügen der Akteure in Unternehmen sowie über die Grenzen von Unternehmen hinaus beschäftigten, richtet sich der Forschungsfokus der Forschungsabteilung 3 des IRS insbesondere auf die Wechselbeziehungen zwischen lokalen Standortbindungen und der Flexibilisierung der Wissensproduktion des Siemens Konzerns.

In der intensiven Diskussion der Vorträge wurde deutlich, wie der Siemens-Konzern eine Einbettungsstruktur für bürger- und zivilgesellschaftliche wie für global agierende Wissensmilieus schafft. Diese entsteht durch die Konstruktion einer Firmenkultur, die im Sinne einer "re-invention of tradition" an traditionelle Vorstrukturen der Stadt anknüpft und diese aufgrund globalisierter gesellschaftspolitischer Entwicklungen diskursiv neu verortet. Durch die Ausweitung seiner Raumprofilierungen in stadtpolitische Themenfelder hinein befördert der Global Player Siemens ein informelles Beziehungsnetz (und damit eine Milieu-

struktur). Dies bietet zugleich Anknüpfungspunkte für weltweite Siemens-Kunden und für High-Tech-Firmen im Medizintechnikbereich. Siemens treibt zusammen mit der Erlanger Stadtverwaltung eine Stärkung des Leitbildes "Medizin- und Gesundheitsstadt Erlangen" als wirtschaftspolitischen Standortfaktor voran. Mit der "Familienfreundlichen Stadt" wird zugleich ein gesellschaftspolitisch relevantes Thema besetzt. Damit bekommt der auf die hugenottische Gründung zurückgehende Slogan "Erlangen – offen aus Tradition" eine neue Bedeutung: Er öffnet sich für global agierende High-Tech-Milieus und folgt einer zunehmenden Internationalisierung der Arbeitsstrukturen.

So werden vom Konzern und den sich anlagernden Wissensmilieus die zusammen mit Stadt und Land vorangetriebenen Investitionen in Forschungs-, Entwicklungs- und Bildungsinstitutionen sowie internationale Schulen und Kindergärten inzwischen als zwingend notwendige Standortfaktoren geschätzt. Zudem wird auch auf der Wissensseite in Erlangen in spezifische Wissensmilieustrukturen eingebettetes "Domänenwissen" im Medizintechnikbereich als Alleinstellungsmerkmal behandelt. Als neue Integrationsebene dieser unterschiedlichen Wissens- und Interaktionsstrukturen fungiert das Identitätsprofil der "Offenheit" des Standortes gegenüber neuen gesellschaftspolitischen Umbrüchen.

Während das IRS-Leitprojekt mit Hilfe der Forschungsheuristiken von "Wissensmilieus"¹ seine empirischen Ergebnisse präzisierete, verfolgte das Erlanger Forschungsnetz die Spur, wie Wissensmilieus entsprechend ihrer arbeits- und lebensweltlichen Kommunikations- und Interaktionsstrukturen als biographischer Raum durch neue work-life-balances strukturiert werden. Dieser biographische Raum und die da-

1 Vgl. Matthiesen, U. (Hg.) (2004): Stadtregion und Wissen. Wiesbaden: VS Verlag und Matthiesen, U. (2005): KnowledgeScapes – Pleading for a knowledge turn in a socio-spatial research (working paper), Erkner.

mit verbundenen wechselseitigen Vertrauens- bzw. Anerkennungsverhältnisse ist nicht lokal oder regional begrenzt (aber eben auch nicht: virtuell), sondern durch die soziale Zeit und einen vorgängigen gemeinsamen Erfahrungsraum der Beteiligten strukturiert.

Die Ergebnisse beider Forschungsteams erweisen sich insofern als komplementär, als sie für alle untersuchten Unternehmensbereiche zeigen, wie sich neue hybride KnowledgeScapes und biographisch strukturierte Räume parallel zu einem veränderten Modus der Wissensproduktion etabliert haben, der unter dem Titel "Mode 2 der Wissensproduktion"² mit flachen Hierarchien firmiert. Dieser Modus zeichnet sich im Kern u.a. durch eine stärkere Verschränkung von Verwertungsinteressen und wissenschaftlichen Interessen aus. Mit diesem Modus der Produktion ist keineswegs die Auflösung systemischer Eigenlogiken von Wirtschaft und Wissenschaft verbunden, sondern vielmehr ein Amalgam von unterschiedlichen Logiken (Sachlogik versus Verwertungslogik versus differente Organisationslogiken), die von den Akteuren in ihre jeweiligen Arbeitskontexte zu übersetzen und zu bearbeiten sind. Entsprechend dem 'Knowledge-Scape'-Ansatz zeigen sich jetzt Hybridstrukturen auf ganz unterschiedlichen Ebenen und für unterschiedliche Wissensformen (Expertenwissen, Steuerungswissen, ökonomisches Wissen, Milieuwissen, lokales Wissen). Gleichzeitig mit den eher mode 2-typischen, projekt- und zeitgebundenen, in ihren räumlichen Dimensionen und personalen Zusammensetzungen ständig sich verändernden Teambildungsprozessen lassen sich dabei weiterhin klassische mode 1-Strukturen identifizieren. Von besonderem Forschungsinteresse werden in Zukunft neue Kopplungsformen zwischen mode 1- und mode 2-Strukturen sein.

Kerstin Büttner

Kontakt: Prof. Dr. Ulf Matthiesen,
matthiesen@irs-net.de

2 Vgl. Bender, G. (2003): Mode 2 – Wissenszeugung in globalen Netzwerken? In: Matthiesen, U. (Hg.) (2004): Stadtregion und Wissen. Wiesbaden: VS Verlag.

"Strategische Planung – (k)ein Ansatz in ostdeutschen Städten?"

Unter Leitung von Manfred Kühn und Heike Liebmann trafen sich am 3. April 2006 im IRS ausgewählte Experten aus Wissenschaft und Praxis zu einem Expertenworkshop, um im Rahmen des Leitprojektes "Strategien der Regenerierung schrumpfender Städte" der Forschungsabteilung 4 Ansätze der strategischen Planung in Ostdeutschland zu debattieren.

Im Zentrum stand die Frage, inwieweit durch die Verknüpfung strategi-



Prof. Dr. Brake (Berlin) (li.) und Johann Jessen (Universität Stuttgart)

scher Leitbilder und Projekte – ähnlich dem Modell der IBA Emscherpark in den 90er Jahren – der Strukturwandel altindustrieller Regionen und die Regenerierung schrumpfender Städte befördert werden kann.

Beispiele aus Leipzig (Oliver Weigel), Neuruppin (Traugott Messow) und der IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt (Regina Sonnabend) wurden vorgestellt. Prof. Klaus R. Kunzmann (Universität Dortmund) brachte seine internationalen Erfahrungen ein. Er zeigte auf, dass in anderen westeuropäischen Ländern strategische Planung viel stärker verankert ist als in Deutschland und gerade für die Bewältigung von Schrumpfungsprozessen unverzichtbar erscheint.

Kontakt: Dr. Manfred Kühn, Tel. 03362/793-238, KuehnM@irs-net.de

Neues aus der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost

Die seit zwei Jahren am IRS bestehende Bundestransferstelle Stadtumbau Ost hat Anfang 2006 ihren ersten Statusbericht zu Stand und Perspektiven des Stadtumbau-Ost-Programms vorgelegt. Damit gibt es erstmals eine umfassende und systematische Auswertung zur Programmumsetzung und zum bisher erreichten Stand in den Bereichen Aufwertung und Rückbau. Der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, betont im Vorwort zum Statusbericht, dass die Programmziele des Stadtumbaus nicht aus den Augen verloren werden dürfen. Er fordert die Stadtumbau-Akteure auf, die Anstrengungen des Stadtumbaus verstärkt auf die Aufwertung von Stadtquartieren zu lenken. Gleichzeitig macht der Statusbericht aber auch deutlich, dass die Regenerierung ostdeutscher Städte mehr benötigt als die Aufwertung der Kernstädte und eine Stabilisierung der Wohnungsmärkte. Stadtumbau muss vielmehr als gesamtstädtische stadtentwicklungspolitische Aufgabe verstanden werden.

Die Inhalte des Statusberichts waren auch Gegenstand einer Fachveranstaltung, die am 5. April 2006 in den Räumen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie stattfand. Damit lenkte die Bundestransferstelle Stadtumbau Ost den Blick auf die wohnungswirtschaftlichen Aspekte des Stadtumbaus. Wie sich zeigte, gibt es bezüglich der Erfolge des Stadtumbau-Programms durchaus unterschiedliche Sichtweisen bei den beteiligten Akteuren. Insbesondere die privaten Haus- und Grundstückseigentümer mahnten ihre stärkere Einbeziehung bei der Stärkung der Innenstädte und Altbaubestände an.

Sowohl in den differenzierten Analysen des Statusberichts als auch in den Diskussionen im Rahmen der Fachveranstaltung wurde deutlich, dass viele ostdeutsche Städte, bedingt durch die künftige demographische Entwicklung, erst am Anfang eines langfris-

tigen und tiefgreifenden Schrumpfungprozesses stehen, der dazu führen wird, dass die Wohnungsnachfrage vielerorts langfristig weiter zurückgeht. Dies zwingt heute dazu, einerseits klarere Prioritäten hinsichtlich der in den nächsten Jahren umzusetzenden Maßnahmen vorzunehmen und andererseits frühzeitig eine Programmfortführung nach 2009 vorzubereiten.

Der Statusbericht der Bundestransferstelle steht zum Download auf der Website www.stadtumbau-ost.info zur Verfügung oder kann als gedrucktes Exemplar im IRS bestellt werden (stadtumbauost-transfer@irs-net.de; Tel. 03362/793-230).

Die Dokumentation der Fachveranstaltung vom 5. April 2006 in Berlin kann in Kürze ebenfalls auf der Website der Bundestransferstelle www.stadtumbau-ost.info eingesehen werden.

Kontakt: Dr. Heike Liebmann, Tel. 03362/793-242, Liebmann@irs-net.de

*

22. Brandenburger Regionalgespräch in Erkner: Was heißt hier Kulturlandschaften?

Kulturlandschaft. Das klingt immer wieder gut. In Brandenburg denken wir dabei gern an Lennés Sichtachsen, an Sanssouci oder auch an die Weiten des Oderbruchs. Es gibt aber noch eine andere Lesart, die den raumwissenschaftlichen und seit einigen Monaten nun auch den raumpolitischen Diskurs kennzeichnet. Beim letzten Regionalgespräch im Frühjahr 2006 brachte es Uwe Koch vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (MWFK) auf den Punkt. Das Kriterium der Schönheit sei "hier wohl nicht allein tauglich, zumal Schönheit Moden untergeordnet und subjektivem Empfinden ausgeliefert ist". Das 22. Regionalgespräch am IRS beleuchtete den Kulturlandschaftsbegriff somit von einer Seite, die nicht nur den ästhetischen Charakter von Kulturlandschaften, sondern auch ihre raumpolitischen Eigenschaften in den Blick nahm. In der Diskussion mit 40 Vertreterinnen und Vertretern aus Ministerien, Kommunen, Verbänden, freien Kulturträgern und Journalisten wurde

vor allem klar, dass sich der Begriff der Kulturlandschaft in einer dringend notwendigen Wertediskussion für das Land Brandenburg befindet.

Wer sich näher über das 22. Brandenburger Regionalgespräch zum Thema "Was heißt hier Kulturlandschaften?"



Kulturlandschaften? – Während des 22. Brandenburger Regionalgesprächs im IRS entwickelte sich vor allem eine Wertediskussion um diesen Begriff, die über herkömmliche – etwa rein touristische Aspekte – hinausging.

informieren möchte, findet die Statements zum Thema von Dr. Uwe Koch (MWFK), Ramona Simone Dornbusch (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) und Ludger Gailing (IRS) unter www.irs-net.de.

Kontakt: Gerhard Mahnken, Tel. 03362/793-113, mahnkeng@irs-net.de

9. Werkstattgespräch zur ostdeutschen Planungsgeschichte

Das nunmehr 9. Werkstattgespräch zur Planungsgeschichte, das die seit etwa einem Jahrzehnt etablierte Veranstaltungsreihe am IRS fortsetzte, führte am 19. und 20. Januar 2006 erneut siebzig Planungs- und Stadthistoriker verschiedener Disziplinen zusammen. Die Direktorin des IRS Prof. Dr. Heiderose Kilper betonte in ihrer Begrüßung den engen Zusammenhang der Werkstattgespräche mit den Wissenschaftlichen Sammlungen des Institutes. Deren wertvolle Bestände, wie z.B. der Nachlass Max Bergs, würden in Zukunft verstärkt der Öffentlichkeit präsentiert und spielten eine wichtige Rolle in der räumlich-baulichen Aufwertung des Institutsstandortes in Erkner, den sie

anstrebe. Die gemeinsam mit dem Schinkelzentrum der TU Berlin (Prof. Harald Bodenschatz) veranstaltete Konferenz legte diesmal einen Akzent auf die Zentrumsentwicklung in den DDR-Städten. Auch Perspektiven des internationalen Vergleichs und "klassischen" Ansätzen der Planungsgeschichte, wie z.B. biographischen Zugriffen, wurde ein Podium geboten.

Der Vortrag von Georg Wagner-Kyora (Hannover) über die Abrissplanungen für die Innenstadt Halles seit den 1960er Jahren provozierte heftige Diskussionen unter den anwesenden Zeitzeugen. Sie mochten Wagner-Kyoras überaus kritischer Bilanz zum Denkmalschutz in Halle als nur "langsam wachsendem Feigenblatt" und zu den städtebaulich mangelhaften zentrumsnahen

Neubauvierteln nicht folgen. In verschiedenen Diskussionsbeiträgen unter anderem von Thomas Topfstedt (Leipzig) und Bruno Flierl (Berlin) wurde deutlich, dass Halle ein Paradebeispiel für Anspruch, Niederlagen und (Teil-) Erfolge des Denkmalschutzes in der DDR bildet. Die Debatte um die sozialistischen Stadtzentren wurde bis in den zweiten Tag hinein fortgesetzt. Eduard Führ (Cottbus) plädierte am Beispiel der Planungen für Schwedt (Oder) entschieden für eine erweiterte Planungsgeschichte über die klassische Plananalyse hinaus. Florian Urban (Berlin) referierte über die "Erfindung der historischen Stadt" im Ost-Berlin der 80er Jahre. Unter den Vorträgen zu Biographien ostdeutscher Planer fanden die Ausführungen von Eduard Kögel (Berlin) über die Tätigkeit des späteren führenden DDR-Städtebauers Richard Paulick im Shanghai der 40er Jahre besondere Aufmerksamkeit. Kögel konnte anhand neuer Forschungen nachweisen, dass Paulick seine in der DDR hoch geschätzten Manager-Qualitäten im Städtebau bei den Planungen zur "organischen Dezentralisation" der Stadtregion "Groß-Shanghai" entwickelt hatte.



Christoph Bernhardt (IRS) bei der Einführung in das 9. Werkstattgespräch

Die international vergleichende Perspektive vertrat diesmal zum einen Nina Linke (Wien), die den Großsiedlungsbau in Ost-Berlin und Wien kontrastierend analysierte. Ebenfalls einen Vergleich zwischen Großsiedlungen in Ost-Berlin und Paris zog, aus dezidiert literaturwissenschaftlicher Perspektive, Toni Lorenzen (Paris). Der letzte Teil der Konferenz widmete sich gesamtstädtischen und regionalen Entwicklungslinien.

Die Tagung zeigte insgesamt, wie Harald Bodenschatz (Berlin) in seinem Schlusswort hervorhob, den inzwischen weit fortgeschrittenen Stand der disziplinübergreifenden Verständigung in diesem Themenfeld. Er votierte dabei entschieden für eine kritische Reflexion des Gehaltes zentraler Begriffe – wie etwa dem der "Platte" –, aber auch für kritische Analysen z.B. von staatlich organisierter Stadtzerstörung in ost- wie westdeutschen Kontexten.

Die Ergebnisse der Tagung werden veröffentlicht, ausführlichere Tagungsberichte und weitere Informationen sind zu finden unter <http://www.irs-net.de/download/Werkstatt9Abstracts.pdf>
Kontakt: Christoph Bernhardt, Tel. 03362/793-280, bernhardt@irs-net.de

Neues aus den Wissenschaftlichen Sammlungen

Die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS konnten im Januar 2006 ihre schon recht umfangreichen Bestände zur Garten- und Landschaftsarchitektur der DDR mit den persönlichen Arbeitsmaterialien des Gartenarchitekten Hugo Namslauer (1922-1999) ergänzen.

Hugo Namslauer war einer der wichtigsten und profiliertesten Vertreter der Landschaftsarchitektur in der DDR, hervorgegangen aus der Funcke/Lingner Schule. Nach einem Fachstudium als Gartenbautechniker fand Namslauer 1950 eine Anstellung beim Magistrat von Groß-Berlin und wechselte kurz darauf an die Vereinigung Volkseigener Betriebe Industrieentwurf in Berlin. 1954 wurde er Mitglied des Kollektivs Buchenwald, dem überdies Ludwig Deiters, Hans Grotewohl, Horst Kutzat, Hubert Matthes und Kurt Tausendschön angehörten. Sie entwarfen und projektierten die drei großen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR in Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen. Unterbrochen wurde diese Tätigkeit durch einen Aus-



Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald (1954-1958).
Archiv: IRS

landsaufenthalt in der Volksrepublik Korea (1956/57), wo er im Arbeitsstab mehrere Sportstadien und Kulturparks realisierte. 1961 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Denkmalpflege in Berlin.

Die nun dem IRS übereignete persönliche Sammlung Namslauers ist bereits erschlossen und liegt als Findbuch vor. Da viele Originalpläne aus der Zeit bis 1989 verlorengegangen sind und sie neben Archivalien und Büchern auch Planmaterial enthält, ist sie besonders wertvoll.

Kontakt: Alexander Obeth, Tel. 03362/793-124, ObethA@irs-net.de

Die Jahrhunderthalle von Max Berg und das Ausstellungsgelände in Breslau

Dem großen Architekten und Städtebauer des 20. Jahrhunderts Max Berg (1870 bis 1947) wurde vom 28. April bis 31. Mai 2006 eine Ausstellung im Architekturgebäude der Technischen Universität Berlin gewidmet. Sie war auch Teil der 'Langen Nacht der Wissenschaften'. Die Präsentation war ein Gemeinschaftsprojekt des Architekturmuseums Breslau (Muzeum Architektury we Wrocławiu), des Schinkel-Zentrums für Architektur, Stadtforschung und Denkmalpflege der TU Berlin und des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS).

Im Mittelpunkt der Ausstellung stand das bedeutendste Werk Max Bergs: die Jahrhunderthalle (Hala Stulecia) in der östlichen Vorstadt Breslaus. Sie wurde in den Jahren 1910 bis 1913 als Veranstaltungshalle zu Ehren des 100. Jahrestages der preußischen Befreiungskriege gegen Napoleon I. erbaut. Wegen ihrer kühnen Konstruktion ging sie in die Architekturgeschichte ein: Aus Stahlbeton mit einem Durchmesser des Innenraums von 95 Metern und einer Höhe von 41 Metern errichtet, war sie zum Zeitpunkt der Fertigstellung die weltweit größte Halle dieser Art. 2004 wurde die Jahrhunderthalle auf die polnische Liste der wichtigsten Baudenkmäler des Landes gesetzt und zur Aufnahme für die Weltkulturerbeliste der UNESCO vorgeschlagen.

Max Berg wurde am 17. April 1870 in Stettin geboren, studierte von 1889 bis 1893 an der Königlichen Technischen Hochschule zu Berlin in Charlottenburg bei Carl Schäfer und begann anschließend seine Architektenlaufbahn im Staatsdienst zunächst in Stettin, dann in Frankfurt am Main. Die fruchtbarsten Jahre seines künstlerischen Schaffens verbrachte er in Breslau, dem heutigen Wrocław. Dort baute er zahlreiche öffentliche Gebäude und teilte die Hochhaus-Begeisterung seiner Zeitgenossen.

Die Ausstellung wurde bereits von Juli bis November 2005 im Muzeum Archi-

tektury we Wrocławiu gezeigt und begeistert aufgenommen (s. IRS aktuell 49, S. 12). In Originalentwürfen (Farbskizzen und Vorentwürfen bis zu großformatigen Konstruktionszeichnungen), historischen und aktuellen Fotografien sowie Architekturmodellen aus den Beständen des Breslauer Architekturmuseums und den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS wurden alle



Modell der Jahrhunderthalle

Etappen der Planungs- und Baugeschichte, das historische Umfeld und die Bedeutung der Jahrhunderthalle gezeigt. In Berlin wurden Originalzeichnungen von Hans Poelzig aus der Plansammlung der Universitätsbibliothek der Technischen Universität Berlin ergänzt.

Im Rahmen der "Langen Nacht der Wissenschaften" am 13. Mai 2006 fanden mehrere gut besuchte Führungen statt. Außerdem ist zur Ausstellung ein reich illustrierter Katalog vorgelegt worden: Jerzy Ilkosz: Die Jahrhunderthalle und das Ausstellungsgelände in Breslau – das Werk Max Bergs. Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 28. Oldenbourg: 2006 (400 Seiten, 410 Abbildungen, gebunden. ISBN 3-486-57986-X, 39,80 Euro).

Kontakt: Alexander Obeth,
Tel. 03362/793-124,
ObethA@irs-net.de
www.schinkelzentrum.tu-berlin.de

Kurz notiert

Kommunales Nachbarschaftsforum Ost tagt im IRS

Am 8. Februar 2006 fand im IRS ein Arbeitstreffen des kommunalen Nachbarschaftsforums Ost statt. Die in vier Arbeitsgemeinschaften (AG Nord, Ost, Süd und West) organisierten Kommunalen Nachbarschaftsforen sind wichtige Initiativen zur informellen planerischen Zusammenarbeit über die Berlin-Brandenburger Landesgrenze hinweg. Mitglieder sind Landkreise, kreisfreie Städte, Berliner Bezirke und Gemeinden, die gemeinsam jeweils einen Berlin-Brandenburger Kooperationsraum bilden. Ständige Teilnehmer sind darüber hinaus u.a. Vertreter der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung, der jeweiligen regionalen Planungsstellen, der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der Industrie- und Handelskammern. Die

Zusammenarbeit im Rahmen der AG Ost vollzieht sich auf der Grundlage des Räumlichen Strukturkonzeptes H.A.S.E. (Hellersdorf-Altlandsberg-Strausberg-Erkner) und betrifft Kooperationsfelder wie die Verkehrerschließung oder die Entwicklung der Möglichkeiten zur Naherholung. Künftig sollen die kulturlandschaftlichen Potenziale stärker für die Entwicklung dieser Region erschlossen werden. Dazu konnte die Forschungsabteilung 2 des IRS "Regionaler Institutionenwandel zur Sicherung von Gemeinschaftsgütern" bereits auf der Sitzung des Nachbarschaftsforums in Strausberg im Oktober 2005 Grundlagen einbringen. Das jüngste Treffen im IRS unter der Leitung des Bezirksstadtrats von Marzahn-Hellersdorf, Herrn Dr. Heinrich Niemann, diente nun u.a. der räumlich fokussierten Vertiefung der Thematik. Nach einer Begrüßung von Dr. Timothy Moss hielt Ludger Gailing (beide IRS) einen Vortrag zur Kulturlandschaft

Barnim mit Forschungsergebnissen aus der an den Kooperationsraum der AG Ost angrenzenden Barnimer Feldmark. Dr. Rainer Zeletzki (Stadtplanungsamt Marzahn-Hellersdorf) referierte zur Bedeutung ländlicher Parks für die Kulturlandschaftsentwicklung im Raum zwischen Berlin und der Oder. Kontakt: Ingrid Apolinarski, Tel. 03362/793-276, Apolinal@irs-net.de

IRS unterstützt Museumsverbund Gerhart Hauptmann

Der in Erkner ansässige Verein zur Förderung der Gerhart-Hauptmann-Häuser wählte im April 2006 einen neuen Vorstand. Zum Vorsitzenden wurde Gerhard Mahnken (IRS-Forschungsabteilung 3 "Wissensmilieus und Raumstrukturen") gewählt. Damit unterstützt das IRS den Museumsverbund Gerhart Hauptmann in Zukunft noch intensiver als bisher. Der Museumsverbund vereinigt und koordiniert die Aktivitäten von insgesamt vier Hauptmann-Museen in Deutschland und Polen: Das Gerhart-Hauptmann-Museum in Erkner (Brandenburg), das Gerhart-Hauptmann-Haus in Kloster auf Hiddensee (Mecklenburg-Vorpommern) und in Polen das Städtische Museum Gerhart-Hauptmann-Haus in Agnetendorf bei Hirschberg (Jelenia Góra – Jagniatków) sowie das Carl und Gerhart Hauptmann Haus in Schreiberhau (Szklarska Poręba). Der Museumsverbund wird von einem deutschen und einem polnischen Verein getragen. Der Verein zur Förderung der Gerhart-Hauptmann-Häuser e.V. mit Sitz in Erkner und der polnische Trägerverein



In der Villa Lassen in Erkner befindet sich seit 1987 das Gerhart-Hauptmann-Museum. Die Ausstellung vermittelt einen Gesamtüberblick über Leben und Werk des Nobelpreisträgers. Foto: Marcus Bredt

zur Unterstützung der Gerhart-Hauptmann-Häuser (Agnietendorf) haben hierzu schon 2003 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit unterschrieben. Es ist für die Nachkriegsgeschichte deutsch-polnischer Kulturbeziehungen einmalig, dass deutsche und polnische Museen an der Realisierung gemeinsamer Ziele in dieser Form zusammenarbeiten. Leben und Werk Gerhart Hauptmanns werden somit durch eine interkulturelle Netzwerkarbeit neu entdeckt. Langfristiges Ziel ist es, auf der Basis literaturgeschichtlicher Pfade die kulturtouristischen Vermarktungspotenziale dieser Häuser und Museen überregional zu befördern. Grundlage hierfür ist zunächst ein Interreg-III-A-Projekt, in dessen Laufzeit bis Mitte 2007 ein gemeinsamer Internetauftritt, ein Tourismuskonzept, eine Veröffentlichung mit dem Titel "Literarische Orte" unter Federführung von Wolfgang de Bruyn, eine internationale Hauptmann-Konferenz und eine Dauerausstellung in Erkner realisiert werden. Mittelfristiges Ziel ist es für alle Beteiligten, das Hauptmann-Netzwerk zu verstetigen. Vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg wird das Projekt des Museumsverbundes nachdrücklich unterstützt.

www.gerhart-hauptmann.org
 Kontakt: Gerhard Mahnken, Tel. 03362/793-113, mahnkeng@irs-net.de

9R-Netzwerk berät sich in Leipzig

Am 7. April 2006 fand im Anschluss an eine Sitzung des 4R-Netzwerkes im Umweltforschungszentrum in Leipzig (UFZ) eine zweite Beratung im erweiterten Kreis statt. Zum so genannten 9R-Netzwerk gehören neben den drei raumwissenschaftlichen Partnerinstituten des IRS aus der WGL das Umweltforschungszentrum (UFZ), das Deutsche Institut für Urbanistik (difu) aus Berlin, die Bundesanstalt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) aus Bonn, das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW) aus Dortmund und das Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) aus Halle/Saale an.



Peter Wittmann (IfL), Dietmar Scholich (ARL), Heinrich Mäding (difu), Alfons Balmann (IAMO), Gregor Prinzensing (IRS), Heiderose Kilper (IRS), Bernhard Müller (IÖR), Ulrike Weiland (UFZ), Rainer Danielzyk (ILS), Ute Wardenga (IfL), Andreas Otto (IÖR), Wendelin Strubelt (BBR), Andreas Klee (ARL) (v.l.n.r.)
 Foto: UFZ

Zur guten Praxis des 9R-Netzwerkes gehört inzwischen der gegenseitige Informationsaustausch zwischen den Direktoren über wichtige Ereignisse, Entwicklungen und Vorhaben der Institute. Ein weiteres Thema war diesmal die Nutzung des Instruments "Evaluierung durch Beiräte bzw. durch externe Gutachter" als Mittel der Qualitätssicherung. Es wurde beschlossen, am 6. Dezember 2006 in Dresden einen ganztägigen internen Workshop zum Thema "Situation der außeruniversitären raumwissenschaftlichen Forschung in Deutschland" zu organisieren.

Kontakt: Gregor Prinzensing, Tel. 03362/793-272, prinzensing@irs-net.de

Weiterbildung für den wissenschaftlichen Nachwuchs

Zum Thema "Qualitative Sozialforschung" organisierten die Nachwuchswissenschaftler des IRS eine zweitägige Weiterbildungsveranstaltung. Die Workshops am 15. Dezember 2005 und am 22. März 2006 beleuchteten zum einen unter Anleitung von Thorsten Dresing ("dresing & pehl GbR – Lern- und Mediengestaltung, Marburg") die Anwendungsmöglichkeiten der Software "MAXqda2" im Auswertungsverfahren von qualitativen Forschungs-

daten. Zum anderen stellte Dr. Susanne Frieze ("QUARC – Qualitative Research & Consulting", Berlin und Wedemark bei Hannover) Methoden der qualitativen Text- und Interviewanalyse bzw. Interpretation sowie deren Anwendungsmöglichkeiten im Überblick und Vergleich vor. Beide Workshops erfreuten sich eines großen Zuspruchs.

Kontakt: Petra Jähnke, Katja Helms, Tel. 03362/793-182; JaehnkeP@irs-net.de

"Sommerkolleg" der IRS-Doktoranden

Vom 4. bis 6. Mai 2006 konnten die Doktoranden des IRS, unterstützt von der Institutsleitung, das erste selbstorganisierte "Sommerkolleg" abhalten. Tagungsort war der Hof Kokurin in Naugarten (Uckermark). Im Zentrum des Kollegs stand die intensive Diskussion der einzelnen Promotionsvorhaben. Um den unterschiedlichen Themenstellungen und Arbeitsständen gerecht zu werden, wurden die Diskussionen überwiegend in kleinen Arbeitsgruppen organisiert. Im so genannten "Dok-Café" hatten alle Teilnehmer die Gelegenheit, ihr Vorhaben unter den Aspekten "Fragestellung", "Theorie" und "Methode" in rotierenden Arbeitsgruppen zu diskutieren. Mit zusätzli-

cher Unterstützung durch Seniorwissenschaftler des IRS ergaben sich sehr offene und fruchtbare Diskussionen, in denen wertvolle Anregungen für die weitere Arbeit am Projekt Promotion gegeben wurden oder auch spezifische Fragen geklärt werden konnten.

Neben den inhaltlichen Diskussionen stand der Austausch über aktuelle institutspolitische Themen wie die Neuwahl der Doktorandensprecher, die Umsetzung der neuen Betriebsvereinbarung zur Nachwuchsförderung und die Vorbereitung des 4R-Doktorandentreffens im Herbst auf dem Programm.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des IRS-Doktorandenkolloquiums in Naugarten

Mit dem "Sommerkolleg" wurde ein erster Baustein der neuen Betriebsvereinbarung zur Nachwuchsförderung umgesetzt, die eine jährliche Veranstaltung von Doktorandenkollegs vorsieht.

In der Abschlussrunde des Sommerkollegs wurde von der Direktorin Prof. Dr. Heiderose Kilper bekräftigt, dass das Konzept des selbstorganisierten Kolloquiums unter Inanspruchnahme finanzieller und personeller Unterstützung des IRS in den nächsten Jahren weiter geführt werden kann. Kontakt: Ludger Gailing, Tel. 03362/793-252, Gailing@irs-net.de; Jörn Krupa, Tel. 03362/793-156, KrupaJ@irs-net.de



Aus den raumwissenschaftlichen Partnereinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft

ARL

Verfassungsreform verfassungswidrig?

Im Rahmen der Föderalisierungsreform finden derzeit umfassende Diskussionen um die Neuverteilung der Gesetzgebungskompetenzen im Bereich der Raumordnung statt, in die sich auch die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) mehrfach eingeschaltet hat. Der jetzige Entwurf überführt die Raumordnung von der Rahmengesetzgebung in die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes. Dabei wird jedoch jedem Land ein unbegrenztes Recht eingeräumt, vom Bundesgesetz durch eigene Gesetze abzuweichen. Nach Ansicht der ARL kann dies die Grundlagen einer geordneten Raumentwicklung in Deutschland zerstören. Denn die Länder hätten so die Möglichkeit, untereinander und gegenüber dem Bund völlig gegensätzliche Konzepte voranzutreiben. Damit wäre eine harmonische räumliche Entwicklung im Gesamtstaat Bundesrepublik Deutschland aus den Angeln gehoben.

Im Rahmen eines Ad-hoc-Arbeitskreises unter der Leitung von Dr. Ernst-Hasso Ritter hat sich die ARL vertieft mit diesem Problemfeld befasst. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Abweichungsklausel zugunsten der Länder unbedingt mit einer sinnvollen Begrenzung zu versehen ist. Mit einer einschränkungslosen Abweichungsmöglichkeit der Länder ist das Bundesstaatsprinzip für den Bereich der Raumordnung in Frage gestellt. Dies kann nach dem geltenden Grundgesetz selbst der Verfassungsgeber nicht tun. Diese Überlegungen sind als Positionspapier der ARL Nr. 65 "Zur Mo-

dernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (Bereich Raumordnung)" veröffentlicht und können über das Sekretariat der ARL bezogen werden (ARL@ARL-net.de).

IÖR

Auswirkungen städtischer Nutzungsstrukturen auf Grünflächen und Grünvolumen

Die stadtoökologische Qualität ist Teil der Umweltqualität. Sie gilt als Maß der Abweichung des städtischen Umweltzustandes von gesellschaftlichen Zielvorgaben für den Umwelt- und Naturschutz. Der Umweltzustand wird mit Hilfe der Indikatoren Bodenversiegelung und Grünvolumen gemessen. In Fortsetzung der Forschungslinie "Flächenleistungen und ökologische Qualität" sind methodische Ansätze zur Sicherung und Entwicklung der stadtoökologischen Qualität untersucht worden. Die empirischen Untersuchungen erfolgten in den 116 kreisfreien Städten auf der Grundlage eines Objektmodells "Stadt", das sowohl zweidimensionale (versiegelte, offene Fläche, Grün- und Wasserfläche) als auch dreidimensionale Elemente (Vegetation und Gebäude) einbezieht. Den Schwerpunkt bilden Wirkungsbeziehungen zwischen Flächennutzungsstrukturen, Grünflächenanteilen und flächenspezifischen Grünvolumen. Des Weiteren interessieren das stadttypische ökologische Leistungsvermögen, die nutzungsstrukturellen Lagewerte der Städte und daraus abgeleitete strategische Orientierungswerte im Handlungsfeld der Flächennutzung. Die Ergebnisse sind stochastische Modelle des flächenspezifischen Grünvolumens für die Raumebenen Kernstadt und Stadtregion sowie fünf qualitätsspezifische Städte-Cluster.

Günter Arlt, Jörg Hennersdorf, Iris Lehmann, Nguyen Xuan Thinh

Auswirkungen städtischer Nutzungsstrukturen auf Grünflächen und Grünvolumen.

Eine CD-ROM enthält die der Untersuchung zugrunde gelegten GIS-basierten Strukturtypenansätze.

Dresden 2005, ISBN 3-933053-28-5, Schutzgebühr 11,00 EUR

Deutsche Autobahnen – Entwicklung und Flächenwirkung

Autobahnen sind Lebensadern moderner Staaten. Deutschland hat weltweit das dichteste Autobahnnetz. Mit einer Gesamtlänge von ca. 12.000 km ist es nach den USA das zweitlängste der Welt. Im Bundesverkehrswegeplan werden die volkswirtschaftlichen Vorteile wie umweltorientierte Nachteile (Lärm, Schadstoffe usw.) berücksichtigt. Wenig Beachtung fanden bisher jedoch die Auswirkungen an den Autobahn-Anschlussstellen. Im Laufe von zehn und mehr Jahren siedeln sich dort Industrie und Gewerbe an, Wohnsiedlungen entstehen. Damit verbunden sind erhebliche Auswirkungen auf Umwelt und Landschaft. Bis 2015 sind weitere 1.730 km Autobahn in Deutschland geplant, zusätzlich entstehen transeuropäische Verkehrskorridore. Angesichts der Umweltauswirkungen und des mit 93 ha pro Tag (2003) zu hohen Flächenverbrauchs in Deutschland sind Grundlagendaten für eine verbesserte Planung notwendig.

Im Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. (IÖR) wurde nun die Entwicklung und Umweltwirkung des deutschen Autobahnnetzes von 1935 bis 2000 analysiert. Dazu wurde der Verlauf und das Fertigstellungsdatum jedes der ca. 2.000 Autobahnabschnitte erfasst. Aus diesen Geodaten und unter Nutzung des Flächennutzungsdatensatzes CLC2000 wurden verschiedene räumliche Indikatoren berechnet. Dazu gehören die Entwicklung der Erreichbarkeit des Autobahnnetzes sowie die spezifische Flächennutzung um die Trassen.

Autobahn-Anschlussstellen haben eine hohe Anziehungskraft für Siedlungsentwicklungen wie Gewerbe und Wohnen. Dies konnte durch den Vergleich des Anteils bebauter Fläche um Anschlussstellen mit bundesdeutschen Durchschnittswerten nachgewiesen werden. So ist der Anteil von Siedlungsflächen im Umfeld der Anschlüsse um den Faktor 7, bei Flächen mit Wohnbebauung um das Dreifache höher als im bundesweiten Durchschnitt.

Den positiven Aspekten eines dichten Autobahnnetzes steht eine Reihe bedenklicher Umweltwirkungen gegenüber. Durch das Autobahnnetz sind über 10.000 km² der Bundesfläche stark verlärmert; die Zerschneidungswirkung der Autobahn ist durch Wildfanzäune, Lärmschutzwände, Leitplanken, ihre Breite und Verkehrsdichte besonders stark.

Die Arbeiten des IÖR ermöglichen Prognosen zur Siedlungsentwicklung um neue Anschlussstellen von Autobahnen. Sie stellen ein wichtiges Instrument für eine zukünftig umweltverträgliche, flächenschonendere und effizientere Planung dar. Die Forscher um Dr. Gotthard Meinel schlagen vor, die ermittelten und nach Raumkategorien differenzierten Flächennutzungsbilanzen zukünftig für die Weiterentwicklung der Bundesverkehrswegeplanungen und des transeuropäischen Verkehrsnetzwerkes (TEN) zu nutzen.

Die Ergebnisse zu Flächennutzung, Erreichbarkeit, Erschließungsqualität sind zusammen mit interaktiven Karten unter <http://map.ioer.de/website/autobahn/index.htm> verfügbar. Kontakt im IÖR: Dr. Gotthard Meinel, Tel. 0351/4679-254 g.meinel@ioer.de

NatureProtection:GIS International Symposium on Geoinformatics in European Nature Protection Regions

Das International Symposium on Geoinformatics in Nature Protection Regions findet in der Zeit vom 13. bis 14. November 2006 in Dresden statt. Um dieses Vorhaben umzusetzen, können Kurzfassungen in englischer oder deutscher Sprache eingereicht werden. Der Termin für die Einreichung ist der 15. Mai 2006.

Veranstaltungsort: Dresden, Blockhaus, Neustädter Markt

Veranstalter: Technische Universität Dresden; Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V.; Sächsische Landesstiftung für Natur und Umwelt
Kontakt: Prof. Dr. Elmar Csaplovics
Tel. 0351/46333-372; E-Mail: NatureProtection-GIS@gmx.de

I f L

Visualisierung des Raumes II "Karten machen – Macht der Karten"

22. bis 24. Juni 2006 im Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig

Aus Anlass der Fertigstellung des zwölfbändigen "Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland", bei dem in den letzten acht Jahren über 600 Autoren aus der Geographie und ihren Nachbarwissenschaften mitgewirkt haben, soll das Thema der Visualisierung von geographischen Forschungsinhalten in einer abschließenden Tagung im Mittelpunkt stehen. Die Tagung bietet ein Forum für Geographen, Kartographen, Historiker sowie weitere Kultur- und Sozialwissenschaftler aus Forschung und Medien. Ziel ist es, bislang weitgehend getrennte Diskussionsstränge rund um kartographische Visualisierungen zusammenzuführen und neue Perspektiven für zukünftige Darstellungen – sei es in Textbeiträgen als Illustrationen, in Atlanten oder in *Online*-Publikationen – aufzuzeigen.

Seit den Anfängen der wissenschaftlichen Geographie sind Karten und kartenähnliche Darstellungen ein wichtiges Instrument, um wissenschaftliche Aussagen zu kommunizieren, aber auch, um zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu gelangen. Computerkartographie und Geographische Informationssysteme ermöglichen es heutzutage relativ rasch, neue und auch bislang äußerst aufwendige, innovative Visualisierungen herzustellen. Bislang werden die neuen Möglichkeiten zum "Karten machen" in vielen Bereichen kaum umgesetzt. Die Tagung will daher eine Brücke zwischen neuen kartographischen Visualisierungstechniken und aktuellen sozialwissenschaftlichen Raumkonzepten schlagen.

Gleichzeitig interpretieren neuere kulturwissenschaftliche Ansätze Visualisierungen als ein – neben Sprache – zentrales Element der Zeichensysteme. Vor diesem Hintergrund wird es für Geographie und Kartographie zur Aufgabe, die vielfach impliziten Konventionen beim Entwerfen, Produzieren und Lesen von Karten hinsichtlich ihrer

Bedeutung für die disziplinäre, interdisziplinäre und öffentliche Kommunikation und damit die "Macht der Karten" zu hinterfragen.

Das Programm der Tagung ist im Internet unter www.ifl-leipzig.de zu lesen.

Anmeldung:

S_Tzschaschel@ifl-leipzig.de

Teilnahmegebühren: 30,00 Euro (inkl. Tagungsunterlagen, Verpflegung während der Tagung und DVD des Tagungsmitschnitts); die Anmeldung wird mit Eingang der Teilnahmegebühr auf das Konto 10 21 302 bei der Commerzbank Leipzig, BLZ 860 400 00, Verwendungszweck "VISU-2" gültig.

Neu im IRS

Gleich drei neue wissenschaftliche Mitarbeiter verstärken seit Beginn des Jahres 2006 das Team der IRS-Forschungsabteilung 3 "Wissensmilieus und Raumstrukturen".



Bereits am 1. Januar 2006 hat *PD Dr. Gerd Held* seine Tätigkeit aufgenommen. Zu seinen Aufgaben gehört die Einbeziehung internationaler Erfahrungen und Forschungsstände (besonders Frankreich) in das Leitprojekt der Abteilung und die Mitarbeit im EU-Projekt "Governance for Sustainability", das im Februar angelaufen ist.

Gerd Held studierte Sozialwissenschaften und Sozialphilosophie in Hannover und Paris, arbeitete mehrere Jahre in Forschungsprojekten in Frankreich und Spanien, bis er 1994 an die Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund kam (Promotion und Habilitation).

Das Thema seiner Habilitationsschrift lautete: "Territorium und Großstadt. Studien zur räumlichen Differenzierung der Moderne". Seine fachlichen Schwerpunkte liegen in der Technik- und Wissenssoziologie sowie in der Erforschung von Governance und Institutionenbau. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den Einflüssen, die durch unterschiedliche Raumstrukturen ins Spiel kommen.



Seit Mitte Februar erweitert *Eva Reisinger* als wissenschaftliche Mitarbeiterin das Team des kürzlich angelaufenen und von der EU geförderten Forschungsprojekts "Governance for Sustainability" (G-FORS). Sie studierte an der Universität Wien Geographie mit den Schwerpunkten Wirtschaftsgeographie sowie Methoden der geographischen Datenverarbeitung. 2001 schloss sie das Diplomstudium mit einer Arbeit über regionale Wettbewerbsfähigkeit ab. An der Universität Salzburg absolvierte sie einen Fernlehrgang im Bereich "Geographischer Informationssysteme" (UNIGIS). Von 1999 bis 2003 arbeitete sie am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien in mehreren Forschungsstudien zu Frauen- und Genderfragen in der Regionalentwicklung. Von 2003 bis 2005 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geographische Wissenschaften der Freien Universität Berlin im Projekt "Frauen- und Genderforschung in den Geowissenschaften".

Im Projekt G-FORS, das von Projektpartnern aus neun europäischen Ländern durchgeführt wird, beschäftigt sich Frau Reisinger aktuell mit der Frage, wie Nachhaltigkeitspolitiken qualitativ gestärkt werden können und entwickelt in Vorbereitung auf die empirische Phase ein theoretisches Rahmenkonzept, das Governance- und Wissensprozesse systematisch miteinander ins Verhältnis setzt.

Seit 1. März 2006 bearbeitet *Toralf González* das DFG-Projekt "Suburbanisierung im 21. Jahrhundert". Zwischen 1997 und 2005 war er in Drittmittelprojekten an der TU Hamburg-Harburg tätig, die sich neben der Suburbanisierungsforschung den Handlungs- und Forschungsfeldern soziale Stadtteilentwicklung sowie Stadtteil- und Quartiersökonomie zuordnen lassen. Zuletzt evaluierte der Stadtsoziologe prozessbegleitend eine "Entwicklungspartnerschaft" in Hamburg-Wilhelmsburg im Rahmen des EU-Programms EQUAL. Im Hamburger Stadt- und Regionalplanungsbüro CONVENT arbeitete er zwischen 1995 und 2001, u.a. im Bereich der Regionalentwicklung. Ein Schwerpunkt seines Soziologiestudiums an der Universität Hamburg war die qualitative Sozialforschung.



Zurück am IRS



Dr. James Scott ist seit dem 1. April 2006 wieder ans IRS zurückgekehrt und in der Forschungsabteilung 4 "Regenerierung schrumpfender Städte" tätig. Anlässlich seiner Habilitation an

der Freien Universität Berlin war er seit März 2000 vom IRS freigestellt worden, hat aber während dessen einen engen Kontakt zum Institut gepflegt. Während der Assistenzzeit am Geographischen Institut der FU koordinierte er das EU-Forschungsprojekt "EXLINEA" (www.exlinea.org) und arbeitete weiterhin an Governance-bezogenen Aspekten der Stadt- und Regionalplanung. Neben seiner Mitarbeit am Leitprojekt der Forschungsabteilung 4 wird James Scott ein weiteres EU-Projekt koordinieren. Das Vorhaben "EUDIMENSIONS" untersucht die Entwicklung von grenzübergreifenden Netzwerken zivilgesellschaftlicher Initiativen in Europa und wird aus Mitteln des 6. EU-Rahmenprogramms finanziert.

Zu Gast am IRS



Seit Oktober 2005 ist *Ross Beveridge* für ein halbes Jahr als Gastwissenschaftler in der Forschungsabteilung 2 tätig. Gefördert wird sein Aufenthalt vom DAAD und von der University Association for Contemporary European Studies (UACES). An der Universität Newcastle (GB) promoviert er über Konflikte und Lösungsansätze bei der Bewirtschaftung von Wasserressourcen auf lokaler und regionaler Ebene. Er nutzt seinen Aufenthalt am IRS, um eine Fallstudie zum Raum Berlin-Brandenburg durchzuführen und damit die langjährige Kooperation zwischen der Universität Newcastle und dem IRS zum Thema "Stadttechnische Infrastruktursysteme" zu intensivieren. Darüber hinaus arbeitet er an gemeinsamen Publikationen mit IRS-Mitarbeitern und hält in der Region Berlin-Brandenburg Vorträge über seine Forschungsschwerpunkte.

Lehrveranstaltungen von IRS-Wissenschaftlern im Sommersemester 2006

Dr. Christoph Bernhardt

Proseminar: Die Integration Europas seit 1945

Ort/Zeit: Technische Universität Berlin, Institut für Geschichte und Kunstgeschichte, mittwochs 16.00-18.00 Uhr (2 SWS)

Beginn: 26.04.2006

PD Dr. Gerd Held

Vorlesung/Seminar: Theorien und Modelle der Raumentwicklung.

Ort/Zeit: Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung, donnerstags 10.00-12.00 Uhr (2 SWS)

Beginn: 20.04.2006

Prof. Dr. Heiderose Kilper

Seminar: Stadtökonomie

Ort/Zeit: Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Studiengang Stadt- und Regionalplanung, montags 11.30-13.00 Uhr (2 SWS)

Beginn: 10.04.2006

Seminar: Regionalentwicklung in Europa

Ort/Zeit: Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Studiengang Stadt- und Regionalplanung, montags 13.45-15.15 Uhr (2 SWS)

Beginn: 10.04.2006

Thomas Knorr-Siedow

Vorlesung: Einführung in die Stadtsoziologie für Stadtplaner und Architekten

Ort/Zeit: Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Studiengang Stadt- und Regionalplanung, donnerstags 11.30-13.15 Uhr (2 SWS)

Beginn: 11.04.2006

Dr. Thomas Kuder

Seminar: Starker Sport – Starke Städte?

Ort/Zeit: Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung, donnerstags 10.00-14.00Uhr (4 SWS)

Beginn: 20.04.2006

Dr. Manfred Kühn

Proseminar: Regionalplanung in Suburbia: Teltow-Kleinmachnow – Stahnsdorf

Ort/Zeit: Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regional-

planung, dienstags 10.00-14.00 Uhr (4 SWS)

Beginn: 18.04.2006

Prof. Dr. Hans Joachim Kujath

Vorlesung: Standortlehre und Regionalökonomie I

Ort/Zeit: Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung, montags 14.00-16.00 Uhr (2 SWS)

Beginn: 24.04.2006

Seminar: Ausgewählte sektorale Planungen: Infrastrukturplanung in Großstadträumen – Metropole und Hinterland

Ort/Zeit: Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung, montags 16.00-18.00 Uhr (2 SWS)

Beginn: 24.04.2006

Prof. Dr. Ulf Matthiesen

Seminar: Regionalküchen in Europa

Ort/Zeit: Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Europäische Ethnologie, freitags 14.00-17.00 Uhr, 14-tägig (2 SWS)

Beginn: 28.04.2006

Matthias Naumann/

Dr. Markus Wissen

Projektseminar: Ungleiche Entwicklung. Theoretische Ansätze und aktuelle Entwicklungen.

Ort/Zeit: Universität Potsdam, Institut für Geographie, dienstags 9.15-12.45 Uhr, 14-tägig (2 SWS)

Beginn: 18.04.2006

Suntje Schmidt / Dr. Sabine Zillmer

Seminar: Metropolen als Wachstumsmotoren – Zunehmende oder auflösende Verflechtungen zum metropolitanen Hinterland?

Ort/Zeit: Universität Potsdam, Institut für Geographie, freitags 09.00-10.30 Uhr (2 SWS);

Beginn: 21.04.2006

Dr. James Scott

Oberseminar: Metropolitan Transformation in Postsocialist Contexts.

Ort/Zeit: Freie Universität Berlin, Geographisches Institut, dienstags 11.00-13.00 Uhr (2 SWS)

Beginn: 18.04.2006

Berufungen

Prof. Dr. Heiderose Kilper wurde vom Bundesminister Wolfgang Tiefensee für die 16. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages in den Beirat für Raumordnung berufen.

Prof. Dr. Ulf Matthiesen ist für den Zeitraum von 2005 bis 2007 in den Editorial Advisory Board (EAB) der Internationalen Planerzeitschrift DISP (ETH Zürich) berufen worden.

Dr. Timothy Moss ist sowohl zum Mitglied des Arbeitskreises "Wasser und Raumplanung" der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) als auch zum Mitglied des ARL-Arbeitskreises "Zukunftsfähige Infrastruktur und Raumentwicklung – Handlungserfordernisse für Ver- und Entsorgungssysteme" berufen worden.

Beratungsleistungen in Politik und Verwaltung

Zum Thema "Demografischer Wandel im Land Brandenburg" beriet **Prof. Dr. Hans Joachim Kujath** als Sachverständiger den Hauptausschuss des Landtags Brandenburg unter Leitung des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Günter Baaske auf seiner 16. Sitzung (öffentliche Anhörung) am 16. Februar 2006.

Mit einem Statement zu Kultur- und Raumentwicklungen in Berlin und Brandenburg nahm **Prof. Dr. Ulf Matthiesen** am 15. Februar 2006 an einer Anhörung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landtags Brandenburg zu den Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Kultur im Land Brandenburg teil.

Im Rahmen einer Anhörung des Ausschusses für Infrastruktur und Raumordnung des Landtages Brandenburg am 30. März 2006 referierte **Dr. Heike Liebmann** zu "Fragen der Stadtentwicklung und des Stadtumbaus in Brandenburg".

Vorträge

- Im Wintersemester 2005/2006 hielt **Katja Helms**, Gastdoktorandin am IRS in der Forschungsabteilung 4 und Stipendiatin des "Europa Fellows Programm" der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und des BMBF, im Collegium Polonicum in Slubice im postgradualen Aufbaustudiengang der Viadrina "Schutz europäischer Kulturgüter" zwei Vorträge: am 09. Januar 2006 zur Einführung in die Problematik der "Schrumpfenden Städte" und am 10. Januar 2006 zur Einführung in die Förderprogramme "Stadtumbau Ost" und "Städtebaulicher Denkmalschutz".
- **Dr. Timothy Moss** hielt auf dem systemwissenschaftlichen Kolloquium der Universität Osnabrück am 12. Januar 2006 einen Vortrag zum Thema "Zwischen Rhetorik und Realitäten. Institutionelle Anforderungen und Umsetzungsprobleme bei der Wiederherstellung von Überschwemmungsgebieten in England, Frankreich und Deutschland".
- Auf dem Workshop der UK Water Industry Research am 9. Februar 2006 in London zum Thema "Traces of Water: Developing the social science of domestic water consumption" hielt **Dr. Timothy Moss** einen Vortrag zum Thema "Infrastructure stress from negative consumption and the re-ordering of consumer-utility relations".
- **Christoph Haller** hielt am 09. Februar 2006 einen Vortrag am GeoTalk der Universität Trier zum Thema: "Aktuelle Tendenzen und Probleme im Stadtumbau Ost".
- Auf der Tagung "Spatial planning systems and the implementation of the Water Framework Directive in the Baltic Sea Region countries" am 14. Februar 2006 in Stockholm hielt **Dr. Timothy Moss** einen Vortrag zum Thema "Spatial planning and the Water Framework Directive: the case of Germany".
- **Ludger Gailing** und **Andreas Röh-ring** referierten am 22. Februar 2006 im Berliner Schloss Glienicke auf der ämterinternen Statustagung "Was soll mit den Kulturlandschaften Brandenburgs geschehen?" zum Thema "Kulturlandschaften – ein Potenzial für die regionale Entwicklung". Veranstalter war das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (MWFK).
- Auf der Diskussionsveranstaltung des SPD-Landesverbandes und der SPD-Landtagsfraktion unter dem Motto "Das zupackende Land" mit Matthias Platzeck, Ministerpräsident des Landes Brandenburg und Günter Baaske, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion hielt **Prof. Dr. Hans Joachim Kujath** am 28. Februar 2006 den Vortrag "Zukunftsentwicklung des Landes Brandenburg. Herausforderungen aus der demografischen Entwicklung, dem wirtschaftlichen Wandel und den sinkenden Mitteln aus dem Solidar-pakt II."
- Am 1. März 2006 stellte **Dr. Heike Liebmann** auf der Fachtagung "Werkstatt-Stadt Gute Beispiele im Städtebau" in Bonn die Projektdatenbank Stadtumbau Ost vor.
- Die Ergebnisse des ESPON-Projekts 2.4.2 "Integrated Analysis of Transnational and National Territories Based on ESPON Results" wurden gemeinsam vom BBR und dem IRS auf dem diesjährigen ESPON-Seminar in Salzburg am 13. und 14. März 2006 vorgestellt. Für das IRS hielt **Dr. Sabine Zillmer** dazu einen Vortrag zur "Analyse der transnationalen Kooperationsräume der EU".
- Zum Thema "Raumkulturelle Aspekte der Kulturlandschaft, oder: Wieviel Kultur und vor allem welche steckt in den hybriden Kulturlandschaften der Gegenwart" sprach **Prof. Dr. Ulf Matthiesen** auf der gemeinsamen Tagung "Kulturlandschaft – Neue Steuerungsformen in Planung und Politik" des Instituts für Umweltplanung (IUP) und des IRS am 17. März in Hannover.

- Auf Einladung der privaten University of Management and Communication (UMC Potsdam) hielt *Gerhard Mahnken* am 17. März 2006 einen Vortrag, der sich mit "Stadtmarken als Thema der Internen Kommunikation" befasste. Der Vortrag stand im Zusammenhang mit dem Workshop "Stadt als Marke", den die UMC und das IRS für die Stadtverwaltung Potsdam (Bereich Marketing/Kommunikation) durchführten.
- In den Räumen der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung fand am 23. März 2006 der Workshop "Neue Felder für die Stadt – urbane Landwirtschaft als Instrument der Stadtentwicklung?" statt. *Ludger Gailing* referierte zum Thema "Die Integration der Landwirtschaft in städtische Raumkontexte als innovative Strategie – Chancen und Realisierungshürden".
- Am 23. März 2006 wirkte *Dr. Heike Liebmann* gemeinsam mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im BMVBS, *Ulrich Kasparick* und der Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, *Hella Dunger-Löper* an einer Podiumsdiskussion der Berliner Wirtschaftsgespräche e.V. zum demographischen Wandel und zur Wohnungswirtschaft mit.
- Vom 23. bis 25. März 2006 fand an der Universität Brescia (Italien) das Europäische Regionaltreffen der "International Association for the Study of Common Property" (IASCP) statt. *Andreas Röhring* hielt dort einen Vortrag zum Thema "The common good aspects and institutional problems of cultural landscape – an analysis of regional development issues using institutional theory approaches". Er untersetzte dabei die theoretischen Ansätze der Kulturlandschaftsforschung mit Untersuchungsergebnissen aus der Fallstudie zum Oderbruch. Die Konferenzbeiträge sind zunächst unter <http://iascp-europe.eco.unibs.it> zugänglich und werden später in die "Digital Library of the Commons" der Universität Indiana aufgenommen.
- Auf der gemeinsamen Frühjahrstagung der LAG Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern und der LAG Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der ARL zum Thema "Strukturwandel in den Regionen Ostdeutschlands" stellte *Suntje Schmidt* als Geschäftsführerin der AG "Umbau von Städten und Regionen – Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven" am 24. März 2006 die zentralen Ergebnisse der Arbeitsgruppe vor. Die Beiträge der Arbeitsgruppe werden demnächst als Arbeitsmaterialien der ARL Nr. 324 erscheinen.
- Im Schloss Wendgräben, dem Bildungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sachsen-Anhalt, gab *Gerhard Mahnken* am 26. März 2006 ein Statement im Rahmen einer Fachtagung der Deutschen Public Relations Gesellschaft (DPRG) für den Arbeitskreis Public Affairs. Thema des Vortrags war: "Wissenschaftliche Politikberatung als Faktor der Regionalentwicklung". Gleichzeitig wurde *Gerhard Mahnken* im Rahmen dieser Tagung in den Bundesarbeitskreis Public Affairs der DPRG berufen.
- *Ludger Gailing* hielt am 6. April 2006 in Saarbrücken einen Einführungsvortrag zum Thema "Qualifizierung von Stadtlandschaften: Regionalparks in Deutschland als Kooperationsplattformen". Veranstalter des Planerforums zu "Kooperation als Erfolgsfaktor für Regionen im Wandel" waren das saarländische Ministerium für Umwelt sowie die Landesarbeitsgemeinschaft Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland der ARL.
- Auf der 9. Betriebs- und Personalrätekonferenz der Ver.di-Bundesfachgruppe Wasserwirtschaft hielt *Matthias Naumann* am 6. April 2006 in Berlin einen Vortrag zum Thema "Räumliche Auswirkungen des Wandels in der Wasserwirtschaft – Bedeutung für Unternehmen und ihre Beschäftigten".
- Zum Thema "Vorhandene Ansätze und Anforderungen einer Evaluation des Programms Stadtumbau Ost" referierten *Dr. Heike Liebmann* und *Christoph Haller* auf der Frühjahrstagung "Stadtumbau evaluieren – aber wie?" des Arbeitskreises Stadt- und Regionalentwicklung der Deutschen Gesellschaft für Evaluation am 07. April 2006 in Potsdam.
- Im Rahmen eines gemeinsamen Doktorandenkollegs der BTU Cottbus und der Bauhaus-Universität Weimar am 08. April 2006 hielt *Christoph Haller* einen Vortrag zum Thema "Schrumpfungprozesse und Regenerierungsansätze als Untersuchungsgegenstand in ausgewählten Projekten des Forschungsverbundes 'Stadt 2030'".
- *Prof. Dr. Hans Joachim Kujath* hielt auf der Fachtagung "Flächenmanagement und Entwicklung von Wirtschaftsstandorten" des IREGIA e.V. – An-Institut der Technischen Universität Chemnitz – am 20. April 2006 in Chemnitz einen Vortrag zum Thema "Demographischer und wirtschaftlicher Strukturwandel – Konsequenzen für die Entwicklung von Wirtschaftsräumen".
- Auf einem wissenschaftlichen Symposium "Über den Umgang mit dem zeichnerischen Nachlass der Industrie" am 26. April 2006 hielt *Alexander Obeth* einen Vortrag zum Thema: "Die Wissenschaftlichen Sammlungen des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) – Bau- und Planungsgeschichte in den neuen Bundesländern".
- *Prof. Dr. Ulf Matthiesen* referierte am 27. April 2006 auf der 25. Sitzung des Stadtforums Potsdam zu "Funktionen der Landeshauptstadt Potsdam unter der Randbedingung disparitärer Raumentwicklungen" zum Thema: "Potsdam und seine Funktionen als Landeshauptstadt".

- Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner hielt am 10. Mai 2006 auf dem Internationalen Symposium der London School of Economics & Alfred Herrhausen Society "Urban Age III: German Cities" in Halle einen Vortrag zum Thema "'Erfolg jenseits von Wachstum' – Planung für wen und mit wem?".
- Matthias Naumann hielt am 11. Mai 2006 auf der Fachtagung "Technische Infrastruktur und Siedlungsdichte" am Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden einen Vortrag zum Thema "Infrastruktur und regionale Disparitäten - Neue Herausforderungen für Kommunen".

Veröffentlichungen

- AEHNELT, Reinhard; KÜHN, Manfred; SCHÜTTE, Inga (2006): Lebensqualität in Klein- und Mittelstädten. Monitoring im Städtekranz Berlin-Brandenburg, IRS REGIO transfer 6, Erkner, 2006. – 168 Seiten



- BARTSCHERER, Lara ; HALLER, Christoph ; IHLOW, Jörg ; LEUE, Gerald: Eisenhüttenstadt 2030 – Bericht über ein Forschungsvorhaben. Ber-

lin: Leue Verlag, 2005. – 318 Seiten, ISBN 3-923421-94-X, Bestellungen: www.leue-verlag.de

- BERNHARDT, Christoph: Cambio institucional regional en la administración del agua bajo una perspectiva histórica: La región del Oder durante la República Democrática Alemana (RDA). In: Carlos Riojas (Hrsg.): Diálogos regionales: Contextos de transformación institucional en América Latina y Europa Central. Universidad de Guadalajara, Guadalajara 2005, p. 313-355
- BRANDSTETTER, Benno ; PFEIFER, Anne ; LANG, Thilo: Umgang mit der schrumpfenden Stadt – ein Debattenüberblick. In: Berliner Debatte Initial 6/2005, S. 55-68
- BRANDSTETTER, Benno ; HALLER, Christoph ; LANG, Thilo ; PFEIFER, Anne: Vier Jahre Programm Stadtumbau Ost. Kurzfristige förderpolitische Intervention oder langfristig stabilisierender Stadtentwicklungsprozess? In: Städte im Umbruch 3/2005, Berlin, S. 3-8. Im Internet unter www.schrumpfendestadt.de; darin auch Beiträge von Heike Liebmann und Thomas Kuder
- BÜTTNER, Kerstin ; DROSTE, Christiane ; LANGE, Bastian; MAHNKEN, Gerhard: Wissensnetze im Stadtumbau des Landes Brandenburg – Analysen und Empfehlungen. In: Raumforschung und Raumordnung. 6/2005. S. 423- 431
- BUNDESTRANSFERSTELLE STADTUMBAU OST (Heike Liebmann / Beate Glöckner / Christoph Haller / Ralf Schulz): Statusbericht Stadtumbau Ost – Stand und Perspektiven. Herausgegeben vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Berlin 2006. – 89 Seiten, ISBN 3-87994-022-3, Bestellungen über stadtumbauost-transfer@irs-net.de / Download als pdf unter www.stadtumbau-ost.info



- GAILING, Ludger ; KEIM, Karl-Dieter: Analyse von informellen und dezentralen Institutionen und Public Governance mit kulturlandschaftlichem Hintergrund in der Kulturlandschaft Barnim. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume (LandInnovation), Nr. 6, Berlin, 2006. – 80 Seiten (<http://www.bbaw.de/bbaw/Forschung/Forschungsprojekte/Land/de/bilder/arbeitspapier6.pdf>)
- GROTH, Niels Boje ; LANG, Thilo ; JOHANSSON, Mats ; KANNINEN, Vesa ; ANDERBERG, Stefan ; CORNETT, Andreas P. (eds.): Restructuring of Medium Sized Cities: Lessons from the Baltic Sea Region, KVL, 2005. – 288 Seiten
Darin:
 - LANG, Thilo: Johansson, Mats: Cities in Transformation – Introduction, S. 38-42;
 - LANG, Thilo: Economic transformation, globalisation and local influence, S. 90-100;
 - LANG, Thilo: Local strategies and socio-economic regeneration, S. 124-134;
 - SONNTAG, Monika ; TENZ, Eric: The role of culture for urban development in small and medium-sized cities; S. 171-184
- HELD, Gerd: Territorium und Großstadt. Die räumliche Differenzie-

- ung der Moderne. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, – 410 Seiten, ISBN 3-531-14423-5
- HELMS, Katja: Förderprogramme für die Zukunft ostdeutscher Städte. Die Städtebauförderungsprogramme "Stadtumbau Ost" und "Städtebaulicher Denkmalschutz" – Instrumente für Management und Steuerung von Stadtschrumpfung und Revitalisierung in historischen Stadtkernen der östlichen Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland. In: Joanna Dlugosz/Marcin Witkowski: Perspektiven für Europa – Eine Neue Öffnung? / *Perspectives of Europe - The New Opening?* Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2006, S. 255-272
 - JÄHNKE, Petra: Wissensbasierte unternehmensbezogene Dienstleistungen in der Metropolregion Berlin – zur räumlichen Dimension funktionaler Beziehungen und informeller Vernetzungen. In: M. Bontje und L. Deben (Hrsg.) *Creativity & Diversity – key challenges to the 21th-century city*. Amsterdam 2006, p. 122-143
 - KÜHN, Manfred: Mark und Metropole – Thesen zur Landes- und Regionalplanung in Berlin-Brandenburg. In: *PlanerIn. Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung*, Heft 2/06, Berlin 2006, S. 18
 - KUJATH, Hans Joachim: Demographischer und wirtschaftlicher Strukturwandel – Konsequenzen für die Entwicklung von Wirtschaftsräumen. In: *Flächenmanagement und Entwicklung von Wirtschaftsstandorten* (Tagungsband zur Fachtagung am 20./21.04.2006 in Chemnitz), IREGIA-Schriften, Heft 2, Chemnitz 2006, S. 31-41
 - VAN KEMPEN, Ronald ; MURIE, Alan ; KNORR-SIEDOW, Thomas (Hrsg.): *Regenerating large housing estates in Europe. A guide to better practice*. RESTATE, Urban and Regional research centre Utrecht, Utrecht 2006. – 192 Seiten
 - LANG, Thilo: In the 'world to win'-mood or: about lock-ins, breakouts and the underestimation of local opportunities. In: ISR (Hrsg.): *Urban Economic Development in a Globalising World*. Berlin 2005, S. 113-119
 - LANG, Thilo: Socio-economic Regeneration. Lessons from medium sized cities in the Baltic Sea Region. A brief presentation of a case-study of the Interreg IIIB project Medium Sized Cities in Dialogue around the Baltic Sea. Danish Centre for Forest, Frederiksberg: *Landscape and Planning*, 2005. – 6 p. ISBN 87-7903-222-2
 - LANGE, Bastian: Generation Warschau. In: Bittner, Regina (Hrsg.): *Transit-Räume – Transitional Spaces*. Edition Bauhaus. Band 19, Berlin 2005, S. 206-230
 - LIEBMANN, Heike; TILLE, Dagmar 2006: Flächenrecycling in Stadtumbauregionen unter Finanzierungsaspekten: Das Programm Stadtumbau Ost. In: *MehrWert für Mensch und Stadt: Flächenrecycling in Stadtumbauregionen*. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in Kooperation mit dem Umweltbundesamt und dem Projektträger Jülich. S. 195-198
 - LIEBMANN, Heike: Genese, Stand und Perspektive der Großsiedlungen in Ostmitteleuropa. In: *Informationen zur Raumentwicklung*. Heft 3/4 2006. Bonn 2006, S. 215-224
 - MATTHIESEN, Ulf: Braindrain made in Brandenburg? In: *Wo liegen die Entwicklungspotenziale des Ostens? Konsequenzen aus der Bevölkerungsentwicklung und Strukturwandel für den Arbeitsmarkt, die Regionen und die Wirtschaftsförderung im Ostdeutschland*. Dokumentation der Anhörungen "Geschäftskreis Wissenschaft und Politik". Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V., Berlin, 2005, S. 31-34
 - MONSTADT, Jochen ; VON SCHLIPPENBACH, Ulrike: Privatisierung und Kommerzialisierung als Herausforderung regionaler Infrastrukturpolitik. Eine Untersuchung der Berliner Strom-, Gas- und Wasserversorgung sowie Abwasserentsorgung. Deutsches Institut für Urbanistik, netWORKS-Papers, Heft 20, Berlin 2005. – 71 Seiten
 - MOSS, Timothy: La transformación institucional inducida "desde arriba" y la capacidad de adaptación de las instituciones regionales. Sobre la puesta en práctica en Alemania de la Directivo marco de la Unión Europea reactiva al agua (DMA). In: Carlos Riojas (Hg.): *Diálogos regionales: Contextos de transformación institucional en América Latina y Europa Central*. Universidad de Guadalajara, Guadalajara 2005, p. 201-257
 - NAUMANN, Matthias ; WISSEN, Markus (2006): *Neue Räume der Wasserwirtschaft. Untersuchungen zur Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung in den Regionen München, Hannover und Frankfurt (Oder)*. Deutsches Institut für Urbanistik Berlin: netWORKS-Papers, Heft 21, Berlin 2006. – 79 Seiten
 - ZILLMER, Sabine: *Perspektiven der EU-Förderung in den neuen Mitgliedsländern und Ostdeutschland auf der Grundlage der regionalen Humankapitalausstattung*. In: Karl Martin Born, Timo Fichtner, Stefan Krätke (Hrsg.): *Chancen der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland*, Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 321, Hannover 2006, S. 51-66
- Online*
- Moss, Timothy et al.: Detailed Report of the Final Report on the EU-funded project "Intermediaries". Dezember 2005 (www.irs-net.de/texte/intermediaries/Detailed-Report.pdf). – 48 Seiten

Nachlese . . .

Das IRS in den Medien

"Der Abzug als Chance" – Experte rät zur Weitsicht. Der Abzug der Amerikaner stellt Städte vor neue Aufgaben. Andreas Röhring vom Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung rät zu langfristigem Planen und ruft die Gemeinden auf, Netzwerke zu bilden. *Frankfurter Rundschau*: Welche Probleme kommen auf Gemeinden zu, aus denen sich die GIs teils in großer Zahl, teils völlig verabschieden? *Andreas Röhring*: Die negativen Folgen bestehen vor allem im Verlust an Kaufkraft, an Arbeitsplätzen und Aufträgen für die regionale Wirtschaft. Es ergeben sich aber auch Chancen; Flächen werden wieder verfügbar und können in die kommunale Entwicklung integriert oder zur Deckung von Wohnungsbedarf genutzt werden ... (Frankfurter Rundschau, 18.02.2006)

Experten warnen erneut vor Verödung ... Zwar wurde ... Brandenburg von Experten durchaus bescheinigt, dass die von Regierungschef Matthias Platzeck (SPD) eingeleitete Konzentration der Förderpolitik auf ausgewählte Wachstumskerne im Land, auf innovative Branchen sowie Bildungs- und Wissenschaftspolitik richtig ist. "Die frühere Strategie einer breiten Förderung ist nicht mehr finanzierbar", sagt Prof. Hans Joachim Kujath vom Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner. Es müsse darum gehen, die Abwärtsspirale zu stoppen, die Bevölkerung zu halten ... (Der Tagesspiegel, 20.02.2006)

Im Osten wird's immer leerer: Städte suchen neues Profil – und buhlen um Arbeitsplätze ... Heike Liebmann, Expertin für schrumpfende Städte beim Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner bei Berlin glaubt, dass viele Oststädte zu lange auf den Abwärtstrend nur reagiert haben. "Allenfalls buhlen sie darum, dass der große Investor kommt und alle Arbeitsplatzsorgen mit einer einzigen Fabrik löst." Diesen Träumen hängt niemand mehr an ... (Stuttgarter Nachrichten, 25.03.2006)

Kulturlandschaften als Potenzial. Eine noch größere Runde als zuvor hatte sich kürzlich zum nunmehr 22. Regionalgespräch auf Einladung des Leibniz-In-

stituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner eingefunden. Zu schönen Tradition hat sich dieser informelle, hierarchiefreie Wissens- und Meinungsaustausch inzwischen entwickelt, und auch die jüngste Veranstaltung zum Thema Brandenburger Kulturlandschaften als Entwicklungspotenzial reihte sich in diesen Erfolg ein ... (Märkischer Markt, 12./13.04.2006)

Potsdam als Schimpfwort – Stadtforum debattiert Landeshauptstadt-Funktion: Patenschaften für neidische Randregionen? Wird Potsdam seiner Verantwortung als Landeshauptstadt gerecht? Dieses brisante Thema behandelte am Donnerstagabend im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte das Stadtforum, ein aus hochrangigen Fachleuten zusammengesetztes Beratungsgremium ... Zuvor waren von Prof. Ulf Matthiesen, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung ... allerdings viel weitergehende Ideen vorgebracht worden. Für ihn steht fest, dass Brandenburgs Regionen auf lange Zeit durch eine ungleiche Entwicklung zwischen Wachstum, Stagnation und Rückgang geprägt werden. Die "Starken" im Speckgürtel um Berlin müssten den "Schwachen" helfen. Matthiesen empfahl, dass Potsdam zeitweilige Patenschaften über Landstädte übernimmt und "Raumpioniere" an die Peripherie entsendet, die dort für Aufschwung sorgen ... (Der Tagesspiegel, 29.04.2006)

Entsendet Raumpioniere! Hauptstadt mit dem Hintern zum Land. Bravo-Rufe nur an einer Stelle: Die Landeshauptstadt möge den "Rückanschluss an die asketische Linie Preußens" suchen, hatte Professor Ulf Matthiesen vom Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner empfohlen. Der Applaus gründete sich weniger auf den Neid der siechen Peripherie als vielmehr auf das schlechte Gewissen jener, denen die Gnade der politgeographischen Lage Niemeyer-Bäder, Landtagsschlösser und neue Kulturpaläste beschert: Mehrheitlich Hiesige waren zum Stadt-Forum am Neuen Markt gepilgert, um Potsdams Verantwortung für den Rest des Landes zu besprechen... (Märkische Allgemeine, 29.04.2006)

Das Institutsgebäude des IRS an der Flakenstraße in Erkner bei Berlin ist mit dem Regionalexpress von Berlin Mitte in 25 Minuten zu erreichen.



Die Fußgängerbrücke über das Flakenfließ führt vom S-Bahnhof Erkner zum IRS.

I M P R E S S U M

IRS aktuell No. 51/52 Juni 2006
ISSN 0944-7377

Herausgeber: Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS

Leitung: Prof. Dr. Heiderose Kilper

Redaktion: Gregor Prinzensing (v.i.S.d.P.)
und Petra Koch

DTP: Petra Geral

Fotos: IRS: S. 14, 23, 27, 29, 31, 32,
33, 34 oben, 36
Autoren: S. 3, 4, 9, 24

Anschrift: Flakenstraße 28-31
D-15537 Erkner

Telefon: + 49 (0) 03362/793-0
Fax: + 49 (0) 03362/793-111
E-Mail: Prinzensing@irs-net.de
Internet: www.irs-net.de

Bestellung von Publikationen: 03362/793-118

IRS aktuell erscheint vierteljährlich
(Januar, April, Juli, Oktober)
Bei Abdruck Belegexemplar erbeten.

Druck: Druckerei Schulz